

Soziale Stadt „Innenstadt-Beresinchen“ Frankfurt (Oder)



Integriertes Entwicklungskonzept 2015-2020

**Evaluierung und 1. Fortschreibung
des Integrierten Handlungskonzeptes 2008**

Stand: 17.05.2016

Impressum

Auftraggeber

Stadt Frankfurt (Oder), Dezernat II, Bauamt
Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder)
Mark Isken
Telefon: 0335 / 552 6112
E-Mail: mark.isken@frankfurt-oder.de

Dezernat III, Amt für Jugend und Soziales
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)
Cornelia Scheplitz
Telefon: 0335 / 552 5100
E-Mail: cornelia.scheplitz@frankfurt-oder.de

Auftragnehmer

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
Ostrower Straße 15, 03046 Cottbus
Telefon: 0355 / 780020
E-Mail: buero-cottbus@dsk-gmbh.de

Bearbeitung

Philip Gehrke
Denise Dittmann
Sören Radigk

und – sofern nicht bereits genannt – die

Mitglieder der erweiterten AG Soziale Stadt

Marieluise Handrup, Stadt Frankfurt (Oder), Bauamt
Jenny Friede, Quartiersmanagement Frankfurt (Oder) „Innenstadt-Beresinchen“
Milena Manns, Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH
Rene Pankow, Stadt Frankfurt (Oder), Gesundheitsamt
Hanka Richter, Stadt Frankfurt (Oder), Jugendhilfeplanung
Annerose Rink, Stadt Frankfurt (Oder), Sozialplanung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird nachfolgend bei Personenbezeichnungen darauf verzichtet, sowohl die weibliche als auch die männliche Schreibweise zu verwenden. Sofern nicht anders angegeben, gilt die gewählte Bezeichnung für beide Geschlechter.

Abbildungsnachweis: Titelseite oben links und MGH Mikado (2) QM Frankfurt (Oder), alle übrigen Fotos DSK.

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG.....	7
1 EINLEITUNG	10
1.1 ANLASS UND ZIEL.....	10
1.2 AUFBAU	11
1.3 CHRONOLOGIE / ZEITPLAN.....	11
2 ENTWICKLUNG DER GEBIETSKULISSE IN ZAHLEN SEIT 2007.....	12
2.1 METHODISCHE VORBEMERKUNG	12
2.2 BEVÖLKERUNG UND HAUSHALTE	13
2.2.1 Einwohnerentwicklung.....	13
2.2.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung	14
2.2.3 Räumliche Bevölkerungsbewegung	15
2.2.4 Altersgruppen.....	16
2.2.5 Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund.....	17
2.2.6 Private Haushalte.....	19
2.3 WIRTSCHAFT, AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG.....	21
2.3.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.....	21
2.3.2 Auszubildende.....	22
2.3.3 Gewerberaumleerstand.....	23
2.4 ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT.....	24
2.4.1 Allgemeine Arbeitslosigkeit.....	24
2.4.2 Jugendarbeitslosigkeit.....	25
2.4.3 Langzeitarbeitslosigkeit	26
2.4.4 Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	27
2.4.5 Alleinerziehende Hilfebedürftige.....	29
2.4.6 Kinderarmut.....	30
2.4.7 Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.....	32
2.5 BILDUNG UND JUGENDHILFE	32
2.5.1 Öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung	32
2.5.2 Erziehungs- und Familienberatung.....	34
2.5.3 Sprachförderung.....	35
2.5.4 Schülerzahlen	37
2.6 GESUNDHEIT	38
2.6.1 Sozialstatus von Familien mit Schulanfängern	38
2.6.2 Medizinisch relevante Befunde bei Einschülern	39
2.7 WOHNEN.....	40
2.7.1 Wohnungsbestand	40
2.7.2 Wohnungsleerstand	43
2.8 ZWISCHENFAZIT.....	44
3 EVALUIERUNG DER BISHERIGEN PROGRAMMUMSETZUNG	46
3.1 LEITBILD UND ÜBERGREIFENDE ZIELE.....	46
3.2 GESAMTÜBERBLICK ÜBER DIE GEPLANTEN PROJEKTE 2008-2014.....	46
3.2.1 Umgesetzte oder fortlaufende Projekte.....	46

3.2.2	<i>Nicht umgesetzte Projekte</i>	49
3.3	HANDLUNGSFELD 1: LOKALE WIRTSCHAFT, ARBEIT, ARMUT	51
3.3.1	<i>Ziele und Indikatoren</i>	51
3.3.2	<i>Umgesetzte Projekte</i>	52
3.3.3	<i>Bewertung</i>	55
3.4	HANDLUNGSFELD 2: KINDER, JUGEND, FAMILIE, SENIOREN	56
3.4.1	<i>Ziele und Indikatoren</i>	56
3.4.2	<i>Umgesetzte oder laufende Projekte</i>	56
3.4.3	<i>Bewertung</i>	61
3.5	HANDLUNGSFELD 3: STÄDTEBAU, WOHNUMFELD, INFRASTRUKTUR.....	62
3.5.1	<i>Ziele und Indikatoren</i>	62
3.5.2	<i>Umgesetzte oder laufende Projekte</i>	63
3.5.3	<i>Bewertung</i>	68
3.6	HANDLUNGSFELD 4: BÜRGERMITWIRKUNG UND STADTTEILLEBEN.....	69
3.6.1	<i>Ziele und Indikatoren</i>	69
3.6.2	<i>Fortlaufende Projekte</i>	70
3.6.3	<i>Bewertung</i>	74
3.7	ORGANISATIONSSTRUKTUR.....	75
3.8	ZWISCHENFAZIT	77
4	ABLEITUNG DES VERBLEIBENDEN HANDLUNGSBEDARFS	79
5	FORTSCHREIBUNG DES INTEGRIERTEN HANDLUNGSKONZEPTES 2008.....	81
5.1	LEITBILD UND ÜBERGREIFENDE ZIELE.....	81
5.2	HANDLUNGSFELDER.....	82
5.3	GESAMTÜBERBLICK ÜBER DIE GEPLANTEN PROJEKTE 2015-2020	83
5.4	HANDLUNGSFELD 1: LOKALE WIRTSCHAFT, ARBEIT, AUSBILDUNG.....	85
5.4.1	<i>Ziele</i>	85
5.4.2	<i>Geplante Projekte</i>	85
5.5	HANDLUNGSFELD 2: INTEGRATION, TEILHABE, GESUNDHEIT	87
5.5.1	<i>Ziele</i>	87
5.5.2	<i>Geplante Projekte</i>	87
5.6	HANDLUNGSFELD 3: STÄDTEBAU, WOHNUMFELD, INFRASTRUKTUR.....	93
5.6.1	<i>Ziele</i>	93
5.6.2	<i>Geplante Projekte</i>	94
5.7	HANDLUNGSFELD 4: BÜRGERMITWIRKUNG UND STADTTEILLEBEN.....	102
5.7.1	<i>Ziele</i>	102
5.7.2	<i>Geplante oder fortlaufende Projekte</i>	102
5.8	ORGANISATIONSSTRUKTUR.....	107
5.9	BEGLEITENDES MONITORING	108
5.10	VERSTETIGUNG	110
6	VERZEICHNISSE	111
6.1	ABBILDUNGEN.....	111
6.2	TABELLEN	112
6.4	ABKÜRZUNGEN	113
6.6	QUELLEN	114
7	ANLAGEN.....	115

Kurzfassung

Im September 2008 wurde die ca. 228 ha große Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“ in Frankfurt (Oder) in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Hauptziele dieses von Bund, Ländern und den beteiligten Kommunen zu je einem Drittel finanzierten Programms der Städtebauförderung sind die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter Stadtquartiere, die Verbesserung der Teilhabechancen der in diesen Gebieten lebenden Bevölkerung sowie die Förderung lebendiger Nachbarschaften und des sozialen Zusammenhaltes.

Inhaltliche Grundlage für die damalige Festlegung der o.g. Gebietskulisse gemäß § 171e BauGB war ein mit Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren erarbeitetes, von der Stadtverordnetenversammlung (SVV) beschlossenes und vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) genehmigtes Integriertes Handlungskonzept (IHK) aus dem Jahr 2008. Das vorliegende Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) beinhaltet die Evaluierung und Fortschreibung des IHK. Im Kern geht es dabei zum einen um die Beschreibung und Bewertung der bisherigen Entwicklung anhand von Statistiken und der umgesetzten Projekte, zum anderen um die Ableitung neuer, der Zielerreichung dienlicher Projekte für den Zeitraum 2015-2020.

Das IEK ist zwingende Voraussetzung für die Gewährung weiterer Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt. Notwendig wurde die Fortschreibung vor allem, weil (1) der überwiegende Teil der bisher geplanten und umsetzbaren Projekte realisiert wurde, (2) dennoch weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht und (3) der konzeptionelle Rahmen für die Entwicklung der Gebietskulisse mit dem Beschluss des INSEK wesentliche Änderungen erfahren hat.

Auf der einen Seite hat sich das Gebiet in mancher Hinsicht – für sich genommen und im Vergleich mit der Gesamtstadt – positiv entwickelt oder zumindest stabilisiert. Dies betrifft u.a. die Bevölkerungsentwicklung, die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Gebietsbevölkerung, die gesunkene Jugendarbeitslosigkeit, den Rückgang der Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II und der alleinerziehenden Hilfebedürftigen, den Ausbau der Kapazitäten in den öffentlich geförderten Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und den Rückgang der Zahl von Einschülern mit Sprachauffälligkeiten.

Auf der anderen Seite deutet Einiges auf das Fortbestehen und sogar die Verfestigung bestimmter sozialer und ökonomischer Problemlagen und damit einhergehender Benachteiligungen hin. Zu nennen sind hier u.a. der in Teilen relativ hohe Gewerberaumleerstand, die gestiegene Langzeitarbeitslosigkeit und die hohe Quote an Empfängern von Leistungen zur Grundsicherung im Alter. Ein unverändert großer Handlungsbedarf resultiert aus der – trotz aller o.g. positiven Entwicklungen – räumlichen Konzentration von Arbeitslosen, Geringverdienern, alleinerziehenden Hilfebedürftigen sowie von Armut betroffenen oder armutsgefährdeten Haushalten in der Gebietskulisse. Hinzu kommt die im Landesvergleich nach wie vor höchste Kinderarmutsquote (auf gesamtstädtischer Ebene). Eine aktuelle und stark an Bedeutung zunehmende Herausforderung (und u.U. zugleich auch Chance) stellt der steigende Zustrom an Flüchtlingen und Asylbewerbern dar.

Im IHK 2008 waren unter dem Leitmotiv der Unterstützung der „Angebots- und Aktivitätenvielfalt zur Verbesserung der Lebensqualität“ insgesamt 31 Vorhaben für eine Realisierung vorgesehen. 20 davon sind abgeschlossen oder befinden sich in der Umsetzung, wobei drei

einen fortlaufenden, die Gesamtmaßnahme begleitenden Charakter haben. Das entspricht einer Umsetzungsquote von 64 Prozent.

Für die abgeschlossenen, noch in Umsetzung befindlichen oder fortlaufenden Maßnahmen wurden im Zeitraum 2008-2014 Fördermittel in Höhe von etwa 4,3 Mio. €¹ verausgabt, davon etwa 3,4 Mio. € im Regelprogramm und etwa 900.000 € im Sonderprogramm. Hinzu kommen weitere Mittel in Höhe von ca. 650.000 € für drei Projekte des Sonderprogramms, die noch dem bisherigen Umsetzungszeitraum zuzurechnen sind, aber erst 2015 abgeschlossen wurden.

Etwa 70 Prozent der o.g. Ausgaben entfielen auf investive Maßnahmen. Der weit überwiegende Teil wurde für die umfassende Sanierung und Aufwertung des einzigen Grundschulstandortes in der Gebietskulisse (Grundschule Mitte) sowie von zwei Kitas und des Mehrgenerationenhauses MIKADO verwendet. Unter den nicht-investiven Maßnahmen fallen insbesondere die Offene Jugendarbeit / Straßensozialarbeit und das Quartiersmanagement ins Gewicht. Insgesamt bemerkenswert ist, dass 14 der 20 umgesetzten oder fortlaufenden Projekte einen überwiegend sehr hohen Beitrag zur Erreichung der Ziele des jeweiligen Handlungsfeldes geleistet haben.

Eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Programmziele kam und kommt dem Quartiersmanagement zu. Seine Hauptaufgabe besteht insbesondere in der Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe – etwa durch Information, Unterstützung und Vernetzung einer Vielzahl lokaler Akteure oder durch die Einbindung der Bewohnerschaft in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Hinzu kommen eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung kleinteiliger Projekte aus dem Quartiersfonds (über 130 im Zeitraum 2008-2014). Diese Projekte haben einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Identifikation mit der Gebietskulisse und ihrer Belebung sowie zur Aktivierung und Vernetzung der Akteure geleistet.

Die Evaluierung zeigt, dass sowohl das Leitmotiv als auch die Ziele des IHK grundsätzlich weiterhin ihre Gültigkeit behalten. Notwendig ist hier lediglich eine geringfügige Neuabgrenzung und Ergänzung der Handlungsfelder. Zum einen heißt das Handlungsfeld 1 nun „Lokale Wirtschaft, Arbeit, Ausbildung“. Zum anderen wurde die Benennung des Handlungsfeldes 2 inhaltlich präzisiert („Integration, Teilhabe, Gesundheit“).

Das Integrierte Entwicklungskonzept sieht für den Umsetzungszeitraum 2015-2020 gegenwärtig insgesamt 20 Projekte vor. Zwei davon wurden zwischenzeitlich in Abstimmung mit dem LBV bereits realisiert. Für zwei weitere, bereits vom LBV bestätigte Vorhaben werden gegenwärtig die notwendigen Planungen erarbeitet. Vier weitere haben fortlaufenden Charakter. Der geschätzte Fördermittelbedarf beträgt insgesamt etwa 12,2 Mio. € bis 2020², davon etwa 10,3 Mio. € für jene 12 neuen Projekte, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder vom LBV bestätigt noch bereits begonnen wurden. Fast 90 Prozent der Ausgaben sind für investive Maßnahmen eingeplant. Diese beziehen sich insbesondere auf die weitere Sanierung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (3 Schulen, 1 Kita) und die gezielte Aufwertung des öffentlichen Raumes (Straßen, Plätze, Grünflächen, Parks). Der Anzahl nach halten sich investive und nicht-investive Maßnahmen in etwa die Waage.

¹ Zzgl. Ausgaben für Planungsleistungen und die Verfahrenssteuerung, die keinem der vier Handlungsfelder zugeordnet sind und deshalb nicht als Projekte geführt werden (vgl. KoFi).

² Zzgl. Ausgaben für Planungsleistungen und die Verfahrenssteuerung (vgl. KoFi).

Der überwiegende Teil der Projekte soll bis 2017 umgesetzt oder zumindest begonnen werden. Von den investiven Maßnahmen haben insbesondere der Beginn oder die Fortsetzung der Sanierung bzw. Aufwertung diverser Kita- und Schulstandorte eine hohe Priorität. Wichtig und dringend sind auch die Teilsanierung des ehemaligen Straßenbahndepots und Maßnahmen zur Aufwertung des nördlichen Teils des Lennéparks. Hinzu kommen etliche nicht-investive Maßnahmen, die auf vielfältige Weise darauf abzielen, die Lebensbedingungen der Quartiersbevölkerung zu verbessern, der Ausgrenzung und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken und nachhaltige Strukturen aufzubauen. Auf den Zeitraum nach 2017 entfallen auf investiver Seite u.a. die Fertigstellung des Neubaus für die Ulrich-von-Hutten-Oberschule (Haus 2) und weitere Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes.

Eine hohe Priorität hat schließlich die Weiterführung der die Gesamtmaßnahme flankierenden Aufgaben. Sie sind sowohl für den Erfolg der Programmumsetzung als auch für die Verstetigung geschaffener Strukturen unverzichtbar und sollen die Innenstadtentwicklung / den Stadtumbau bis mindestens 2020 begleiten.

Die bisherige Organisationsstruktur mit der dezernatsübergreifenden AG Soziale Stadt als zentrales Steuerungs- und Koordinierungsgremium für die Programmumsetzung hat sich mit Ausnahme des Begleitausschusses bewährt. Um dem Anspruch des integrierten Denkens und Handelns noch besser gerecht zu werden, soll der Kern der Arbeitsgruppe dauerhaft um einen Vertreter der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH (Bereich Sozialmanagement / Quartiersbetreuung) erweitert werden. Als zweites Wohnungsunternehmen mit größeren Beständen in der Gebietskulisse könnte perspektivisch auch die WohnBau e.G. einen Vertreter in die Arbeitsgruppe entsenden.

Um eine systematische Beobachtung und Analyse der weiteren Entwicklung der Gebietskulisse zu ermöglichen, soll künftig ein jährliches, die Gesamtmaßnahme begleitendes und aus 30 Indikatoren bestehendes Monitoring durchgeführt werden. Damit können zugleich die seit 2013 bestehenden Anforderungen des Bundes und der Länder erfüllt werden.

Um die erfolgreichen Bemühungen im Rahmen der Programmumsetzung nach Auslaufen der Förderung sichern und fortführen zu können, sollten frühzeitig Überlegungen angestellt werden, wie deren Verstetigung gelingen kann. Mögliche Ansätze sind z.B. der Ausbau der ressortübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, die Überführung des Quartiersmanagements in reguläre Strukturen und die Gewinnung weiterer privater Partner für konkrete Projekte im Sinne der Ziele der Sozialen Stadt. Mittelfristig könnte ein Verstetigungskonzept vertiefende Antworten liefern.

1 Einleitung

1.1 Anlass und Ziel

Die Stadt Frankfurt (Oder) nimmt seit September 2008 mit dem Gebiet „Innenstadt-Beresinchen“ am Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ teil. Hauptgrund für die damalige Programmaufnahme war die hohe Konzentration und Komplexität sozialer, ökonomischer und städtebaulicher Problemlagen in der Gebietskulisse.

Inhaltliche Grundlage für die Bewältigung dieser Problemlagen war das im Jahr 2008 von der SVV beschlossene und vom LBV genehmigte Integrierte Handlungskonzept. Da eine den aktuellen Anforderungen entsprechende und aus dem INSEK entwickelte städtebauliche Zielplanung zwingende Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln aus dem Programm Soziale Stadt ist, war nach einer inzwischen gut sechsjährigen Umsetzungsphase eine Evaluierung und Fortschreibung des IHK 2008 notwendig. Dabei wurde der Begriff des Integrierten Handlungskonzeptes zwischenzeitlich durch den des Integrierten Entwicklungskonzeptes³ ersetzt.

Die Notwendigkeit einer Fortschreibung lässt sich im Einzelnen wie folgt begründen:

- **Hoher Umsetzungsstand:** Seit der förmlichen Festlegung der Gebietskulisse wurden von insgesamt 31 geplanten Maßnahmen 20 kleine und große, investive und nicht-investive Projekte umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung, drei davon haben fortlaufenden Charakter. Da die übrigen Maßnahmen entweder anderweitig oder aus verschiedenen Gründen (bisher) nicht umgesetzt wurden, ist die Entwicklung neuer, auf den Handlungsbedarf zugeschnittener Projekte erforderlich.
- **Weiterhin dringender Handlungsbedarf:** Trotz sichtbarer Erfolge auf der Projektebene und hinsichtlich einiger statistischer Indikatoren besteht sowohl in Bezug auf die Verbesserung der städtebaulichen Situation als auch der individuellen Lebensbedingungen und Teilhabechancen der Gebietsbevölkerung weiterhin dringender Handlungsbedarf.
- **Notwendige Evaluierung der bisherigen Umsetzung:** Nach einer gut sechsjährigen Umsetzungsphase bedarf es einer Analyse der bisherigen Entwicklung der Gebietskulisse und der im Rahmen der Sozialen Stadt geförderten Aktivitäten. Auf dieser Grundlage ist die Bestätigung (oder ggf. Neuausrichtung) der damals festgelegten Ziele und die Entwicklung neuer, der Zielerreichung dienlicher Projekte möglich.
- **Anpassung an die Fortschreibung des INSEK:** Zu beachten ist schließlich, dass der konzeptionelle Rahmen für die Entwicklung der Gebietskulisse mit dem Beschluss des INSEK 2014-2025 wesentliche Änderungen erfahren hat, die es bei der Fortschreibung zu berücksichtigen gilt.

³ Wesentliche Rechtsgrundlagen sind u.a. § 171e Absatz 4 BauGB und die Städtebauförderungsrichtlinie 2015 des MIL des Landes Brandenburg vom 26. Oktober 2015.

1.2 Aufbau

Der Hauptteil des Integrierten Entwicklungskonzeptes ist in insgesamt vier Kapitel gegliedert. Zunächst widmet sich Kapitel 2 der zahlenmäßigen Beschreibung relevanter demografischer, sozialer, ökonomischer und städtebaulicher Entwicklungen der Gebietskulisse im Verhältnis zur Gesamtstadt. Den Ausgangspunkt bildet dabei das Jahr vor Beginn der förmlichen Festlegung der Gebietskulisse (2007). Das Kapitel schließt mit einem Zwischenfazit ab.

Kapitel 3 beinhaltet die Evaluierung der bisherigen Programmumsetzung. Im Vordergrund steht eine Beschreibung und Bewertung der umgesetzten bzw. fortlaufenden (investiven und nicht-investiven) Projekte in den vier Handlungsfeldern einschließlich der umfangreichen Aktivitäten des Quartiersmanagements. Auch dieses Kapitel schließt mit einem Zwischenfazit ab.

Aus den statistischen Daten einerseits und der Evaluierung der bisherigen Programmumsetzung andererseits wird im Kapitel 4 der verbleibende Handlungsbedarf abgeleitet, welcher wiederum die Grundlage für die eigentliche Fortschreibung des Handlungskonzeptes aus dem Jahr 2008 bildet (Kapitel 5). Diese Fortschreibung beinhaltet im Wesentlichen eine Aktualisierung der Ziele und Handlungsfelder sowie die Ableitung neuer, der Zielerreichung dienender Projekte einschließlich ihrer Priorisierung und der Benennung des künftigen Fördermittelbedarfs. Darüber hinaus enthält das Kapitel 5 Aussagen zu der für die Programmumsetzung erforderlichen Organisationsstruktur und zum Aufbau eines begleitenden Monitorings sowie einige Überlegungen zur Verstetigung nach Auslaufen der Förderung.

1.3 Chronologie / Zeitplan

09/2008	Beschluss des IHK und Aufnahme der Gebietskulisse in das Programm Soziale Stadt
09/2008	Start der Programmumsetzung
12/2008	Start des Quartiersmanagements
04/2014	Beginn der Fortschreibung des IHK 2008 (Zusammenstellung und Auswertung statistischer Daten, Beschreibung und Bewertung der durchgeführten Projekte und Ideenfindung für neue Projekte)
bis 12/2014	Abschluss oder fortlaufende Umsetzung von 20 der insgesamt 31 geplanten Projekte
02/2015	Vorgezogene Bestätigung erster neuer Projekte durch das LBV im Umsetzungsplan 2015-2017
09/2015	Erstmalige Einreichung des IEK-Entwurfes beim LBV
bis 06/2016	Abstimmung des IEK-Entwurfes innerhalb der Stadtverwaltung Beratung in den zuständigen Ausschüssen der SVV Überarbeitung des IEK-Entwurfes und Beschlussfassung durch die SVV
Sommer 2016	Bestätigung des IEK durch das LBV Einreichung neuer Projekte zur Aufnahme in den Umsetzungsplan 2015-2017
Herbst 2016	Ausschreibung / Vergabe / Beginn der Umsetzung neuer Projekte

2 Entwicklung der Gebietskulisse in Zahlen seit 2007

2.1 Methodische Vorbemerkung

Ein wichtiger Baustein im Rahmen der Fortschreibung des Handlungskonzeptes von 2008 ist die Beschreibung und Bewertung der Entwicklungen in der Gebietskulisse anhand ausgewählter statistischer Daten. Da diesbezügliche Veränderungen nicht immer im Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt stehen, geht es hier überwiegend um eine vom Programm unabhängige und über dieses Programm hinausreichende Betrachtung. Bei der anschließenden Evaluierung der bisherigen Programmumsetzung (vgl. Kapitel 3) stehen dagegen die konkreten Handlungsfelder, Ziele und Projekte der Sozialen Stadt im Mittelpunkt. Beide Bausteine ergänzen einander und bilden zusammen die Grundlage für die anschließende Fortschreibung.

Die statistische Beschreibung und Bewertung der Entwicklungen in der Gebietskulisse erfolgt anhand folgender Themenbereiche:

- Bevölkerung und Haushalte
- Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung
- Armut und Arbeitslosigkeit
- Bildung und Jugendhilfe
- Gesundheit
- Wohnen.

Die Auswahl dieser Themenbereiche und der dazugehörigen Indikatoren erfolgte unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit relevanter Daten, der vier Handlungsfelder in der Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“, der für die Bewertung der Projekte festgelegten Indikatoren und der Empfehlungen der Arbeitshilfe Monitoring Soziale Stadt des BMVBS von 2009.

Die nachfolgend verwendeten Daten stammen überwiegend aus folgenden Quellen:

- Stadt Frankfurt (Oder), Kommunale Statistikstelle
- Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales
- Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Um einerseits die Entwicklung in der Gebietskulisse aufzeigen und andererseits eine Vergleichbarkeit zur Gesamtstadt herstellen zu können, wurden – sofern verfügbar – jeweils Daten für den Zeitraum 2007-2013 ausgewertet und teilweise durch eigene Berechnungen (z.B. Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten) ergänzt. Ein direkter Vergleich mit den für das IHK 2008 ausgewerteten Daten ist meist nicht möglich, da sich diese in der Regel auf die statistischen Einheiten der kleinräumigen Gliederung beziehen (Wohnbezirke, Stadtteile etc.).

Zahlen für die Gebietskulisse liegen zum Teil lückenhaft oder erst ab dem Jahr 2009 bzw. 2011 vor (z.B. Wanderungsbewegungen, Langzeitarbeitslosigkeit). Damit ist die Aussagekraft bzw. Vergleichbarkeit mancher Datenreihen momentan eingeschränkt. Dementsprechend wird mitunter auf eine Interpretation des Zahlenmaterials verzichtet. Zugleich bilden die bereits vorhandenen Datensätze eine gute Grundlage für die künftige Fortschreibung im Rahmen des ohnehin notwendigen, begleitenden Monitorings (vgl. Abschnitt 5.9).

Sofern statistische Daten (z.B. zur Kinderarmut) nur auf Ebene der Gesamtstadt verfügbar und damit keine Aussagen zur Gebietskulisse möglich waren, wurde versucht, eine Bewertung der Entwicklung im o.g. Betrachtungszeitraum ersatzweise durch den Vergleich mit Daten zu den anderen kreisfreien Städten im Land Brandenburg zu ermöglichen.

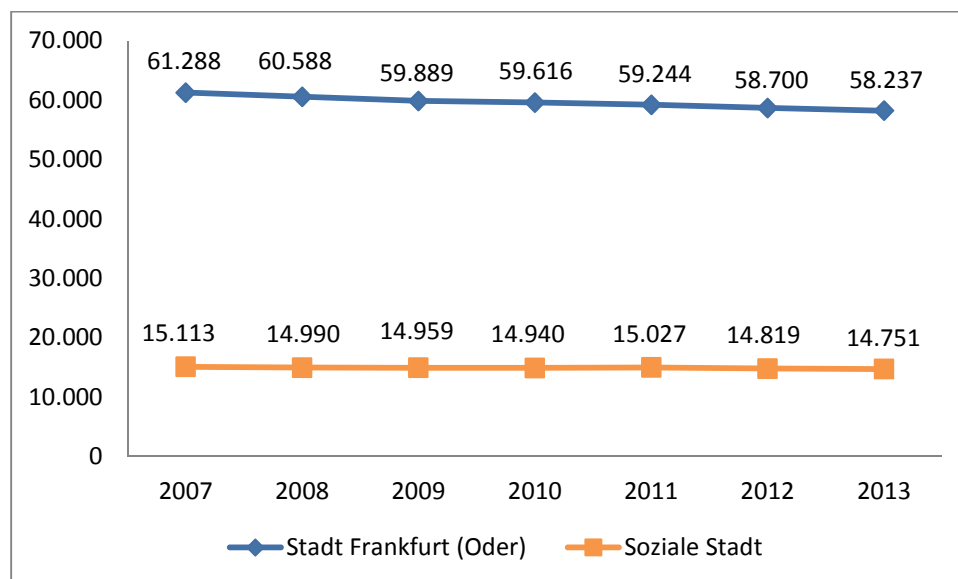
2.2 Bevölkerung und Haushalte

2.2.1 Einwohnerentwicklung⁴

Am 31.12.2013 waren 58.237 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Frankfurt (Oder) gemeldet. Davon lebten 14.751 Personen oder 25,3 Prozent⁵ in der Gebietskulisse Soziale Stadt. Hier ging die Zahl der Einwohner gegenüber dem Jahr 2007 um 362 oder 2,4 Prozent zurück. Im Vergleich dazu betrug der Rückgang in der Gesamtstadt im gleichen Zeitraum mit 5 Prozent etwas mehr als das Doppelte (vgl. Abbildung 1).

Von den 14.751 Einwohnern, die Ende 2013 in der Gebietskulisse wohnten, waren 7.767 weiblich (etwa 53 Prozent) und 6.984 männlich (etwa 47 Prozent). Die Verteilung der Geschlechter in der Gesamtstadt war ähnlich.

Abbildung 1: Anzahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz im Vergleich Gebietskulisse - Gesamtstadt 2007-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

⁴ Prozentangaben eigene Berechnungen.

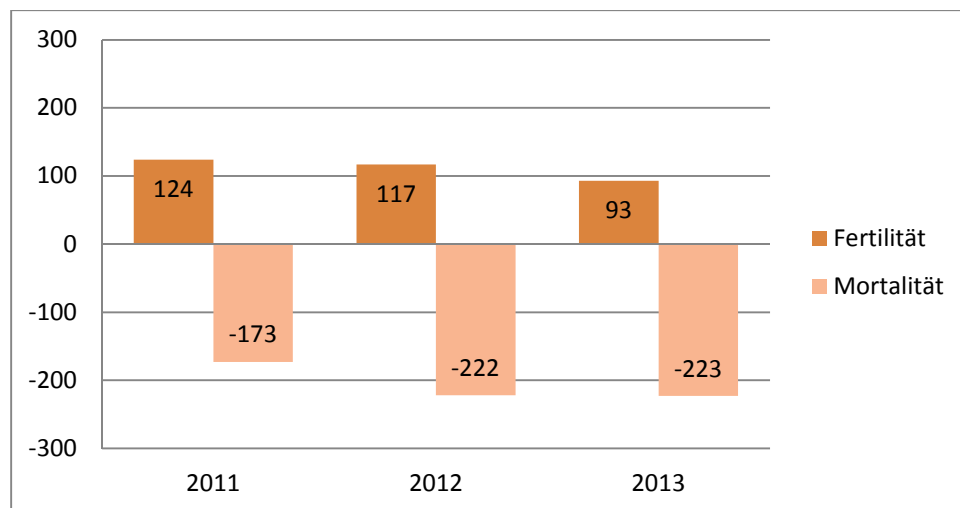
⁵ Dieser Bevölkerungsanteil bildet im weiteren Verlauf wiederholt die Grundlage für die Bewertung der Entwicklung der Gebietskulisse im Vergleich mit der Gesamtstadt in Bezug auf ausgewählte Indikatoren (z.B. Anteil an Geburten / Sterbefällen, an Arbeitslosen und Empfänger von Leistungen nach SGB II).

2.2.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung⁶

Daten über die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle existieren für die Gebietskulisse lediglich für die Jahre 2011 bis 2013 (vgl. Abbildung 2). Eine zuverlässige Interpretation dieser Daten ist damit nicht möglich. Im genannten Zeitraum ist der Sterbeüberschuss von 49 auf 130 Personen und damit um etwa 165 Prozent gestiegen. Auch die Gesamtstadt (vgl. Abbildung 3) hatte im Betrachtungszeitraum jeweils einen Sterbeüberschuss zu verzeichnen. Dieser ist zwischen 2011 und 2013 jedoch nur um etwa 26 Prozent gestiegen.

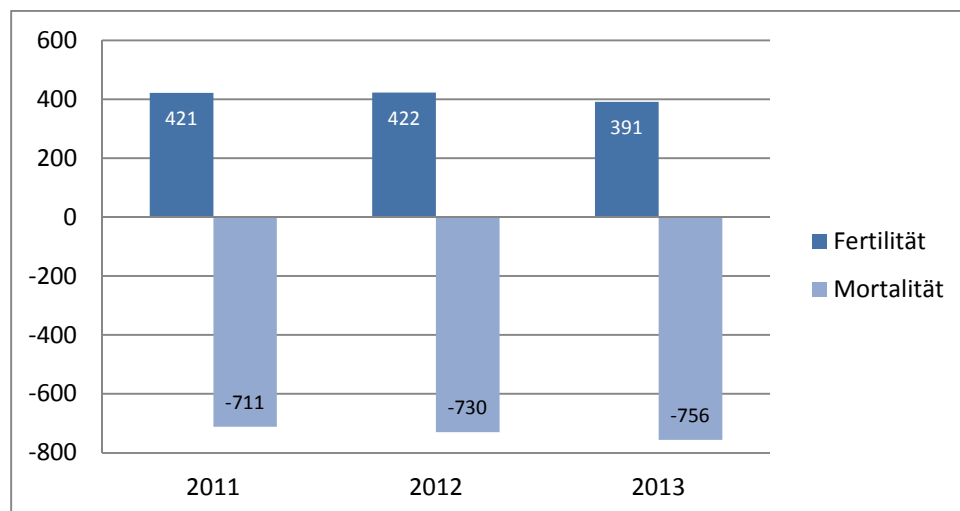
Von allen Geburten des Jahres 2013 in der Stadt Frankfurt (Oder) entfiel auf die Gebietskulisse ein Anteil von knapp 24 Prozent (gemessen am Bevölkerungsanteil ein leicht unterdurchschnittlicher Wert). Mit knapp 30 Prozent deutlich überdurchschnittlich war dagegen der Anteil der Gebietskulisse an allen Sterbefällen dieses Jahres.

Abbildung 2: Anzahl der Geburten und Sterbefälle in der Gebietskulisse 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Abbildung 3: Anzahl der Geburten und Sterbefälle in der Gesamtstadt 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

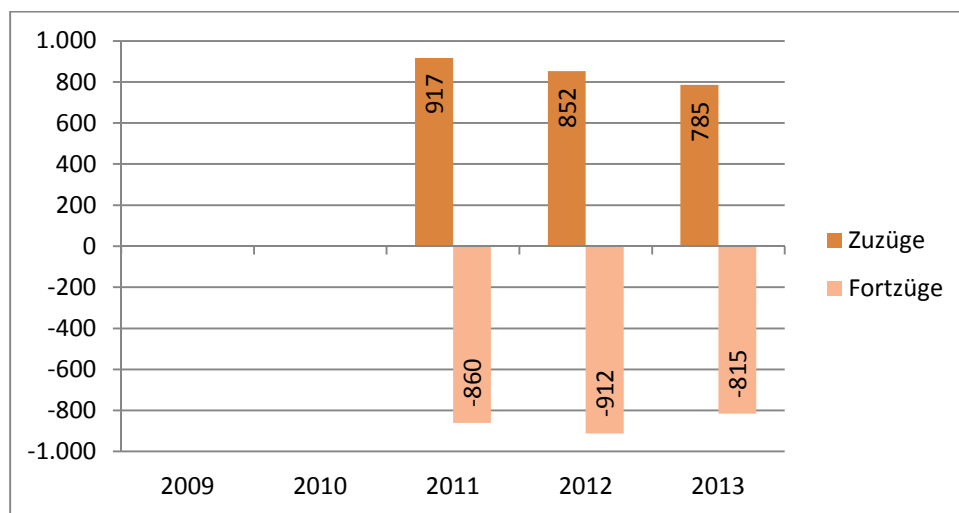
⁶ Prozentangaben eigene Berechnungen.

2.2.3 Räumliche Bevölkerungsbewegung

Daten über die Entwicklung der Zu- und Fortzüge existieren für die Gebietskulisse lediglich für die Jahre 2011 bis 2013 (vgl. Abbildung 4). Eine zuverlässige Interpretation dieser Daten ist damit nicht möglich. Die entsprechende Zeitreihe weist schwankende Werte auf. Zuletzt hat die Gebietskulisse durch Wanderungen im Saldo 30 Einwohner verloren.

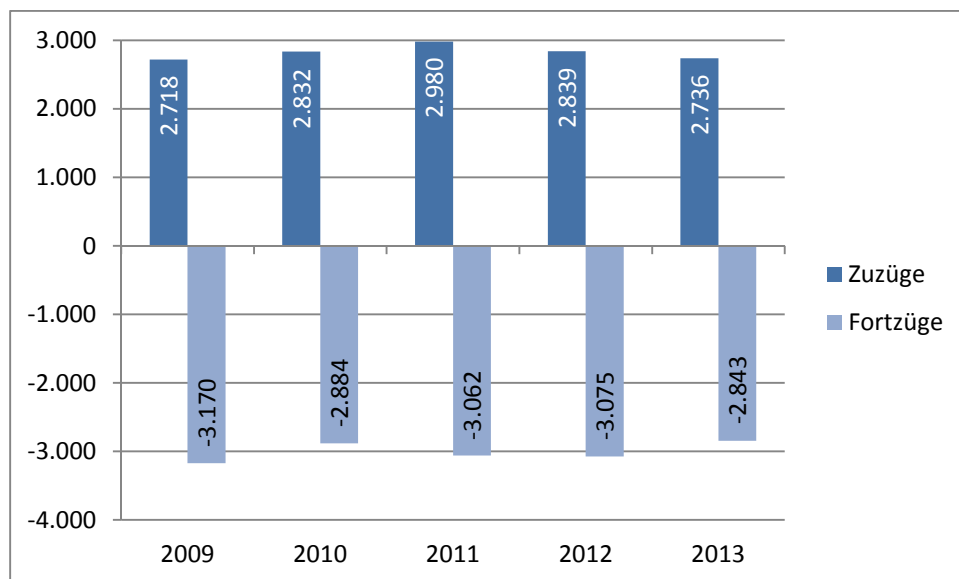
Für die Gesamtstadt liegen Daten von 2009 bis 2013 vor (vgl. Abbildung 5). Dabei fällt auf, dass die Zahl der Zuzüge im Jahr 2011 ihr Maximum erreicht und dann wieder zurückgeht, während die Zahl der Fortzüge tendenziell leicht sinkt. Der Wanderungssaldo fiel im Betrachtungszeitraum von -452 auf -107. Als ein wichtiger Einflussfaktor ist die Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes, v.a. in der Solarindustrie, zu nennen.

Abbildung 4: Anzahl der Zu- und Fortzüge in die / aus der Gebietskulisse 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Abbildung 5: Anzahl der Zu- und Fortzüge in die / aus der Gesamtstadt 2009-2013

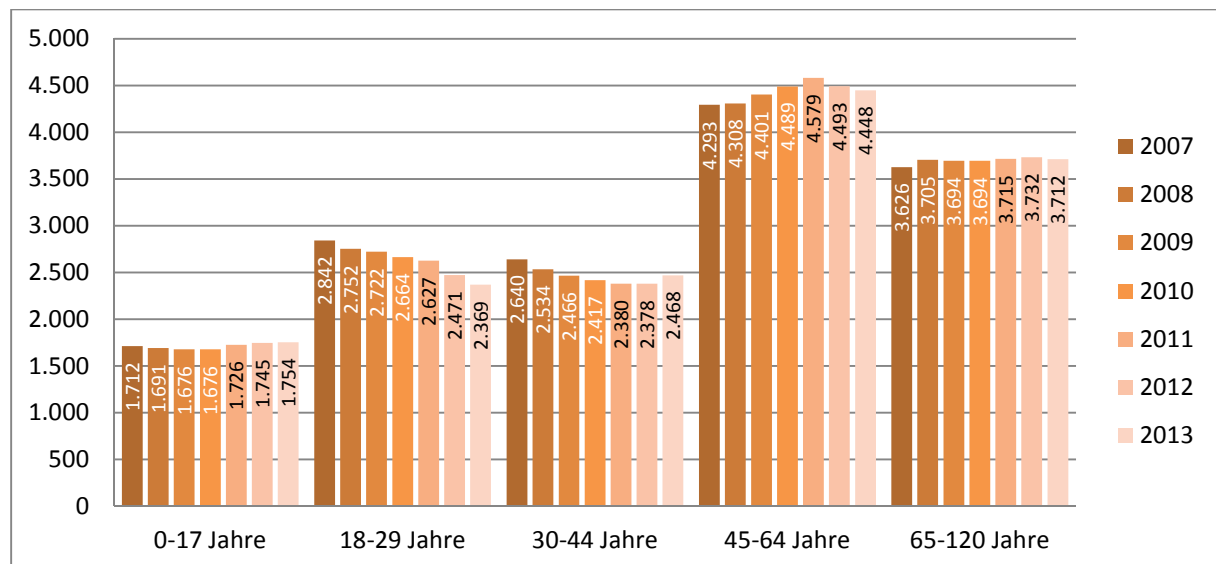


Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

2.2.4 Altersgruppen⁷

Die in der Gebietskulisse Soziale Stadt zum 31.12.2013 mit 4.448 Personen am stärksten vertretene Altersgruppe war die der 45- bis 64-Jährigen. Dies entspricht einem Anteil von etwa 30 Prozent. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 wuchs diese Altersgruppe leicht um 155 Personen oder rund 4 Prozent. Personen, die 65 Jahre oder älter waren, bildeten im gesamten Zeitraum die zweitstärkste Altersgruppe in der Gebietskulisse. Ihr Anteil lag Ende 2013 bei etwa 25 Prozent und damit leicht über dem Wert von 2007. Die Altersgruppe der unter 18-Jährigen blieb im Betrachtungszeitraum in etwa stabil und stellte Ende 2013 einen Anteil von knapp 12 Prozent aller Einwohner in der Gebietskulisse. Deutliche Verluste verzeichneten hingegen die Altersgruppen der 18-29-Jährigen sowie der 30-44-Jährigen. Die erstere schrumpfte im o.g. Zeitraum um knapp 17 Prozent auf 2.369 Personen, die letztere um knapp 7 Prozent auf 2.468 Personen (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Anzahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz nach Altersgruppen in der Gebietskulisse 2007-2013

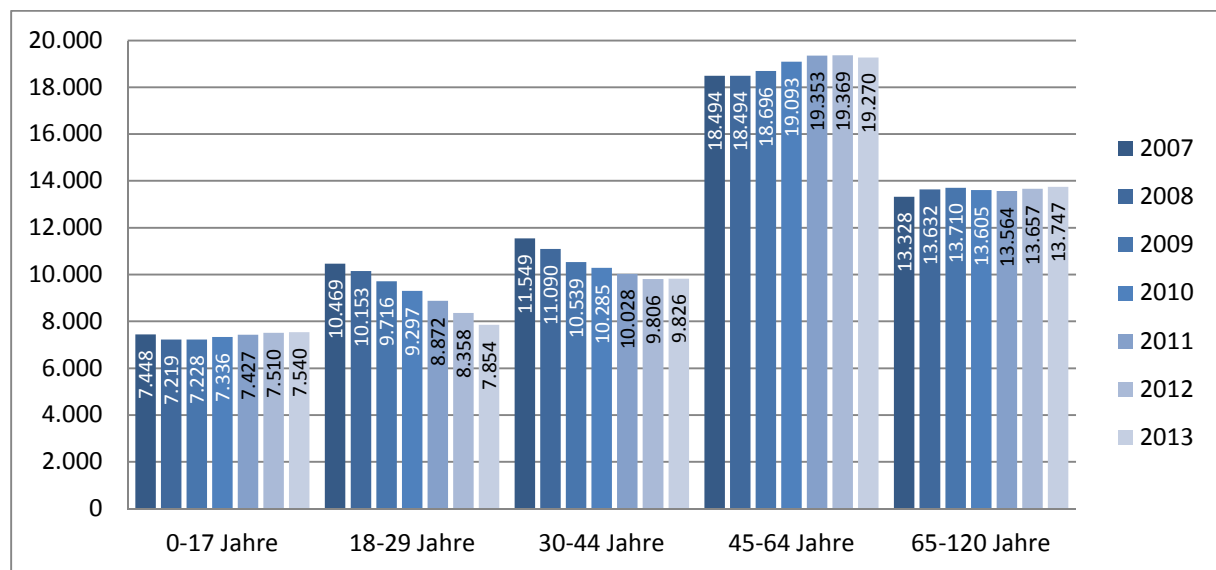


Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Die Verteilung der Altersgruppen stellt sich in der Gesamtstadt ähnlich dar. Deutliche Unterschiede gibt es jedoch bei den Entwicklungstendenzen. Die mit einem Anteil von etwa 33 Prozent größte Bevölkerungsgruppe am 31.12.2013 war auch hier die der 45-64-Jährigen. Wie auch die Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der über 64-Jährigen verzeichnete sie einen leichten Anstieg im Betrachtungszeitraum. Dagegen mussten die Altersgruppen der 18-29-Jährigen sowie der 30-44-Jährigen in der Gesamtstadt deutlich höhere Verluste in Kauf nehmen als in der Gebietskulisse Soziale Stadt. Die erstere schrumpfte seit 2007 um 25 Prozent, die letztere um fast 15 Prozent (vgl. Abbildung 7).

⁷ Prozentangaben eigene Berechnungen.

Abbildung 7: Anzahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz nach Altersgruppen in der Gesamtstadt 2007-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Dass die Entwicklung in der Gebietskulisse deutlich positiver ausgefallen ist als in der Gesamtstadt, kann als Indiz für den Erfolg der umfangreichen Bemühungen zur Stärkung der (erweiterten) Innenstadt von Frankfurt (Oder) gewertet werden, zu dem auch die Investitionen und Projekte des Programms Soziale Stadt maßgeblich beigetragen haben. Zugleich deuten die sinkende Bevölkerungszahl und die Verschiebungen der Altersgruppen auch in der Gebietskulisse auf den demografischen Wandel einschließlich der damit verbundenen Herausforderungen und Probleme hin.

2.2.5 Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund⁸

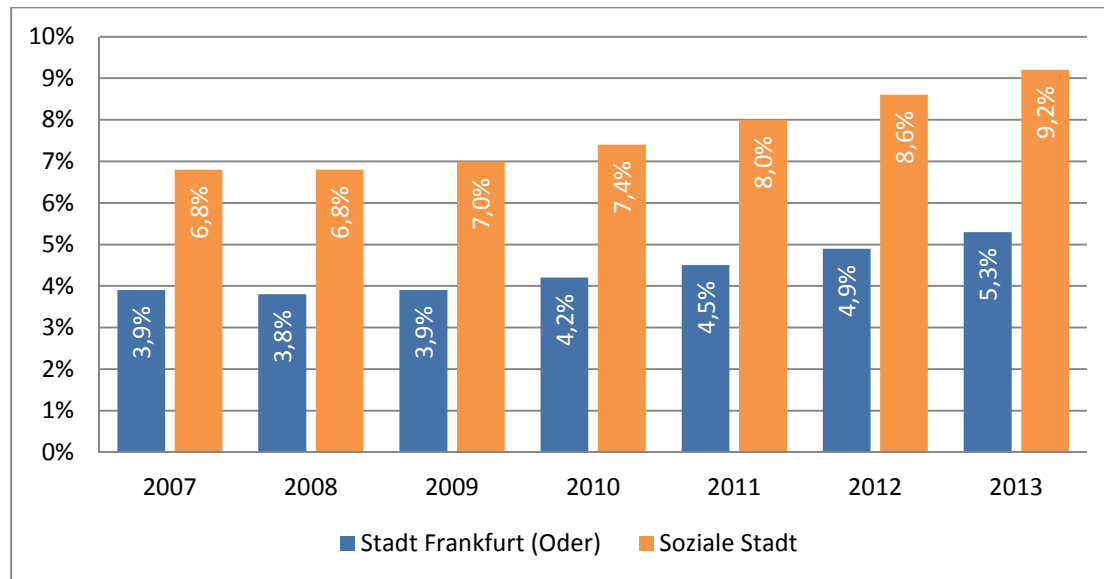
In der Gebietskulisse waren am 31.12.2013 insgesamt 1.360 Ausländer⁹ gemeldet. Davon waren etwa 56 Prozent Frauen und etwa 44 Prozent Männer. Gegenüber 2007 stieg der Anteil der ausländischen Bevölkerung von knapp 7 auf etwa 9 Prozent. In der Gesamtstadt waren Ende 2013 insgesamt 3.083 Ausländer gemeldet. Die Verteilung nach Geschlecht entspricht in etwa der in der Gebietskulisse. Gegenüber 2007 stieg der Anteil in der Gesamtstadt von knapp 4 auf gut 5 Prozent und lag damit deutlich unter dem in der Sozialen Stadt (vgl. Abbildung 8). Darüber hinaus entfiel mit fast 44 Prozent der im Jahr 2013 gemeldeten Ausländer auch ein – gemessen am Bevölkerungsanteil – überdurchschnittlich hoher Anteil der Ausländer auf die Gebietskulisse.

⁸ Prozentangaben eigene Berechnungen.

⁹ Zur Gruppe der Ausländer gehören alle zugewanderten (1. Generation) oder in Deutschland geborenen Einwohner (2. und nachfolgende Generationen) mit einem ausländischen Pass.

Von den Ausländern zu unterscheiden sind die Personen mit Migrationshintergrund¹⁰. Deren Zahl lag in der Gebietskulisse Ende 2013¹¹ bei 2.055. Davon waren 437 unter 18 Jahre, 1.370 im Haupterwerbsalter sowie 248 Personen 65 Jahre und älter. Die Zahl der Ende 2013 in der Gesamtstadt gemeldeten Einwohner mit Migrationshintergrund betrug 5.319. Davon waren 1.121 unter 18 Jahre, 3.593 im Haupterwerbsalter sowie 605 Personen 65 Jahre und älter.

Abbildung 8: Anteil der Ausländer mit Hauptwohnsitz im Vergleich Gebietskulisse - Gesamtstadt 2007-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung / Berechnungen.

Von hoher aktueller Relevanz ist der v.a. aufgrund der Zunahme von Armut, Perspektivlosigkeit und kriegsrischen Auseinandersetzungen in anderen Teilen der Erde stark steigende Zustrom von Flüchtlingen in Richtung Europa. War die Stadt Frankfurt (Oder) im Jahr 2012 lediglich zur Aufnahme von 19 Flüchtlingen verpflichtet, waren es zwei Jahre später bereits 152. Die Prognose geht für das Jahr 2016 von 264 Menschen aus. Die Zahl der tatsächlich in der Stadt lebenden Flüchtlinge¹² belief sich 2012 auf 117 und 2014 auf 222 (davon 152 männlich, 70 weiblich und 39 Kinder). Für das Jahr 2016 sind 614 Flüchtlinge prognostiziert.¹³

¹⁰ Zu dieser Gruppe zählen neben den Ausländern auch alle Deutschen mit ausländischen Wurzeln. Der Migrationshintergrund wird indirekt aus bestimmten Daten des Einwohnermelderegisters ermittelt. Inbegriffen sind Personen mit einem persönlichen (1. Generation) oder familiären Migrationshintergrund (2. und nachfolgende Generationen), also zugewanderte Deutsche, Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder. Nicht inbegriffen sind vor dem 24.05.1949 geborene Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Gebieten in Osteuropa.

¹¹ Aus den Vorjahren liegen keine Daten vor.

¹² Die Hauptherkunftsländer sind gegenwärtig Russland, Kamerun, Syrien, Pakistan, Eritrea, Somalia, Albanien und Kenia.

¹³ Vgl. Präsentation des Amtes für Jugend und Soziales der Stadt Frankfurt (Oder) vom 09.04.2015

Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt gegenwärtig überwiegend in Gemeinschaftsunterkünften. Dabei handelt es sich zum einen um die ehemalige Oderland-Kaserne (Kapazität 240 Plätze) als Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt und die Unterkunft „An den Seefichten“ (Kapazität 170). Drei weitere Gemeinschaftsunterkünfte sind geplant, von denen eine in der Gebietskulisse der Sozialen Stadt liegt und v.a. Familien aufnehmen soll (Karl-Ritter-Platz, Kapazität 120 Plätze). Bemühungen, die Flüchtlinge künftig verstärkt dezentral in Wohnungen unterzubringen, sind angelaufen.¹⁴ So haben sich die Stadt Frankfurt (Oder) und die Wohnungswirtschaft GmbH im April 2015 in einer Kooperationsvereinbarung darauf verständigt, 250 Asylbewerber und Flüchtlinge über das gesamte Stadtgebiet verteilt mit Wohnraum zu versorgen.

Parallel sind eine Fülle weiterer, über die reine Unterbringung hinausgehende Herausforderungen zu bewältigen. Dazu gehören u.a. die interkulturelle Nachbarschaftsarbeit, die medizinische und soziale Betreuung, die Integration der Kinder in Kitas und Schulen, Sprachunterricht sowie die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Von großer Bedeutung sind schließlich auch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und die Stärkung der Willkommenskultur.

Neben den Angeboten der Verwaltung ist sehr viel ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge von Initiativen und Privatpersonen zu verzeichnen. Verschiedene Gremien, insbesondere die AG Flüchtlinge und das Migrationsnetzwerk „THINK“, koordinieren die vielfältigen Angebote und Projekte.

Die Relevanz dieses Themas spiegelt sich auch in der Fortschreibung der Ziele und Handlungsfelder sowie den geplanten Projekten im Programm Soziale Stadt wider (vgl. Kapitel 5).

2.2.6 Private Haushalte¹⁵

In der Gebietskulisse existierten am 31.12.2013 insgesamt 7.763 private Haushalte. Davon wurde der mit etwa 52 Prozent größte Anteil von einer Person bewohnt. Bei weiteren 2.501 Wohneinheiten oder etwa 32 Prozent handelte es sich um 2-Personen-Haushalte. Im Zeitraum von 2011 bis 2013 sank die Gesamtzahl der Haushalte in der Sozialen Stadt um 256 oder etwa 3 Prozent (vgl. Abbildung 9).

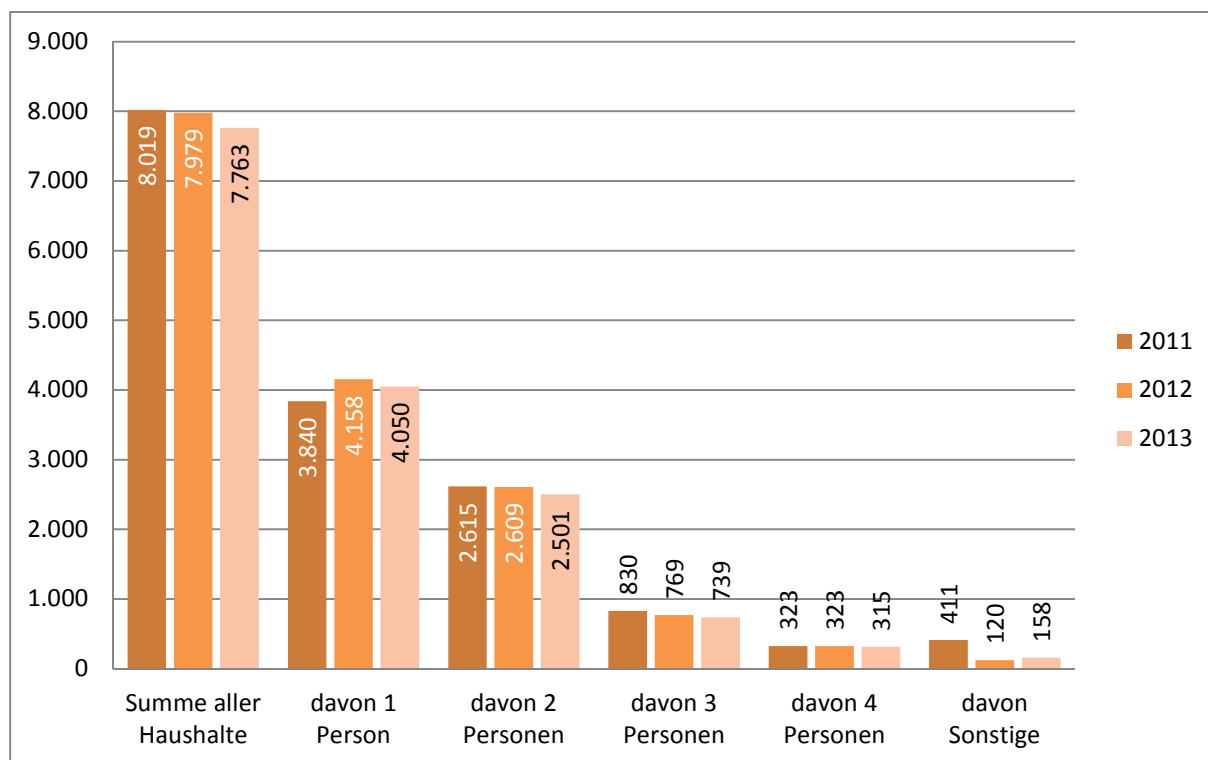
Die Zahl aller privaten Haushalte in der Gesamtstadt belief sich Ende 2013 auf 31.385. Auch hier stellen die 1-Personen-Haushalte den größten Anteil. Dieser ist mit 45 Prozent jedoch deutlich kleiner als in der Gebietskulisse. Auch in der Gesamtstadt folgen auf Platz 2 mit einem Anteil von etwa 34 Prozent die 2-Personen-Haushalte. Im Zeitraum von 2011 bis 2013 sank die Zahl aller privaten Haushalte in der Gesamtstadt um 671 oder gut 2 Prozent (vgl. Abbildung 10).

Da aus den Vorjahren weder Zahlen für die Gesamtstadt noch für die Gebietskulisse vorliegen, ist eine zuverlässige Interpretation jedoch aufgrund des begrenzten Zeitraums nicht möglich.

¹⁴ Ebenda.

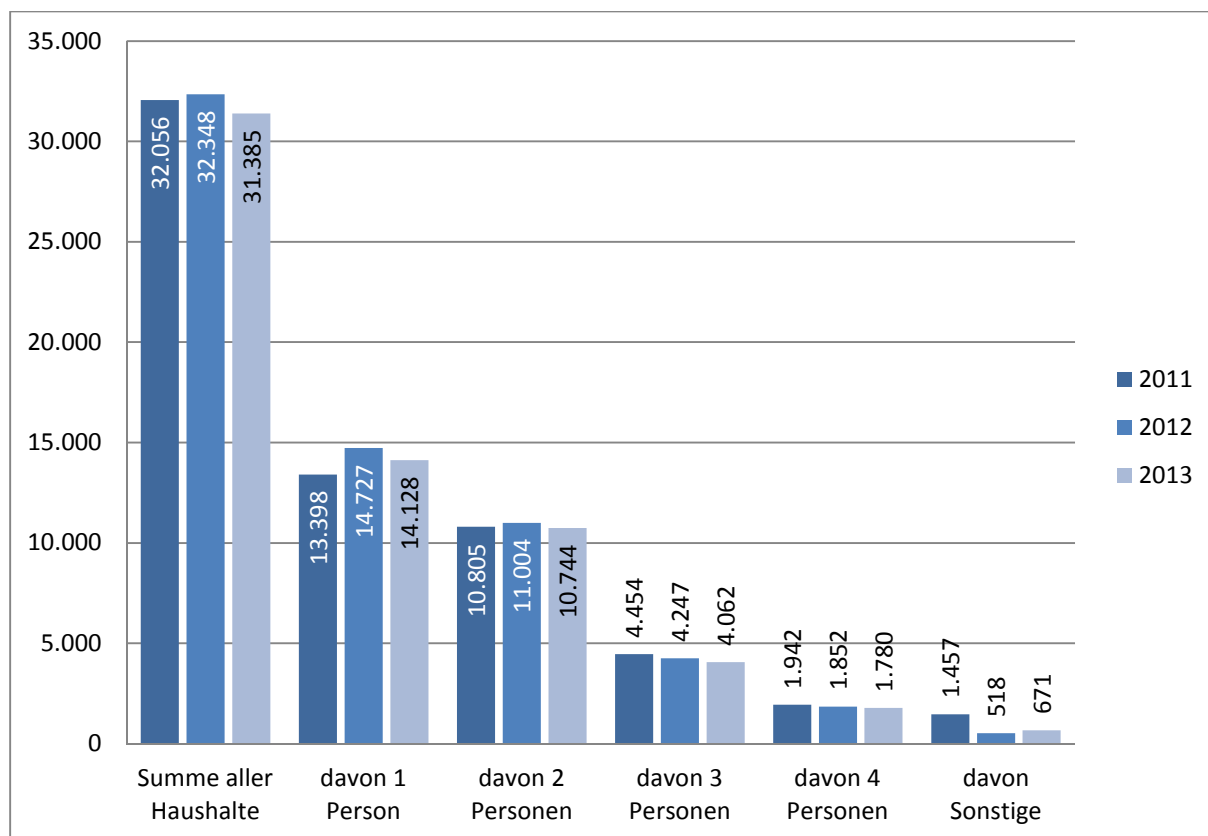
¹⁵ Prozentangaben eigene Berechnungen.

Abbildung 9: Haushaltsgrößen in der Gebietskulisse 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Abbildung 10: Haushaltsgrößen in der Gesamtstadt 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

2.3 Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung

2.3.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁶

Die Anzahl bzw. der Anteil der Einwohner mit Hauptwohnsitz, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, ist ein Indikator für die Beteiligung am Erwerbsleben. Deren Zahl belief sich in der Gebietskulisse am 30.06.2013 auf 4.560. Daraus resultierte eine Beschäftigtenquote¹⁷ von etwa 49 Prozent. Seit 2009 ist sowohl die Zahl als auch der Anteil der Beschäftigten leicht gestiegen. Dies ist (im positiven Sinne) umso bemerkenswerter, als die absolute Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum von 2007 bis 2013 um 5 Prozent zurückgegangen ist.

In der Gesamtstadt gingen im Juni 2013 20.155 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Frankfurt (Oder) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Dies entsprach einer Quote von rund 55 Prozent. Die Anzahl erreichte, bezogen auf den Zeitraum von 2009 bis 2013, im Jahr 2011 den Höhepunkt und fiel dann wieder leicht ab. Die Beschäftigungsquote ist dagegen leicht gestiegen. Auch diese Zahlen sind grundsätzlich positiv zu bewerten, wenn man bedenkt, dass auf gesamtstädtischer Ebene die Zahl der Einwohner im Haupterwerbsalter seit 2007 um fast 9 Prozent (und damit noch stärker als in der Gebietskulisse) zurückgegangen ist (vgl. Abbildung 11).

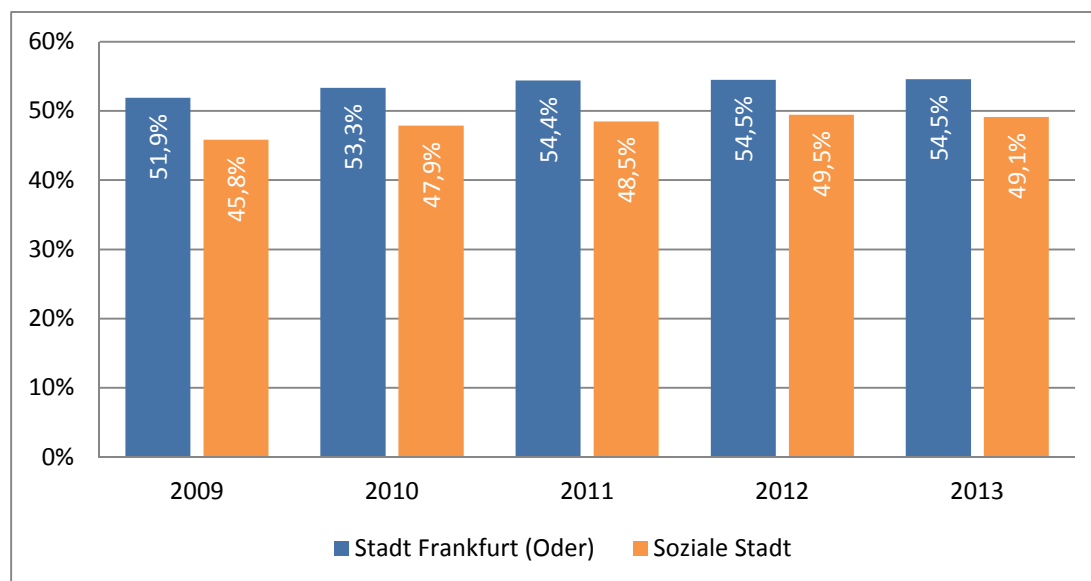
Trotz positiver Tendenzen lag die Beschäftigungsquote in der Gebietskulisse im Betrachtungszeitraum jeweils deutlich unter den Werten für die Gesamtstadt. Deshalb kommt es (auch künftig) darauf an, einerseits das Angebot an (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigungsmöglichkeiten (mit positiven Effekten für die Gebietskulisse) auszubauen und andererseits vorhandene Zugangs- und Vermittlungshemmnisse (insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen) abzubauen (zu geplanten Projekten im Handlungsfeld 1 vgl. Abschnitt 5.4). Darüber hinaus bringt grundsätzlich auch der Zuzug von Erwerbstätigen positive Effekte mit sich – zum einen für die Beschäftigungsquote und zum anderen für die Zusammensetzung der Gebietsbevölkerung.

Bei der Bewertung von Beschäftigungsquoten sollte jedoch grundsätzlich berücksichtigt werden, dass die Anzahl der Erwerbstätigen, deren Einkommen nicht zur Deckung des Lebensunterhaltes ausreicht, in den letzten Jahren tendenziell zugenommen hat (sog. Aufstocker). Darunter befindet sich auch ein erheblicher Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

¹⁶ Prozentangaben eigene Berechnungen.

¹⁷ Die Beschäftigtenquote gibt den Anteil der Beschäftigten an allen Einwohnern im Haupterwerbsalter an. Die im Rahmen des IEK vorgenommene Berechnung der Quoten basiert auf den von der Kommunalen Statistikstelle zur Verfügung gestellten, absoluten Daten und bezieht sich auf die Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen. Dagegen liegt den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit die Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen zugrunde.

Abbildung 11: Beschäftigungsquote im Vergleich Gebietskulisse – Gesamtstadt 2009-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung / Berechnungen.

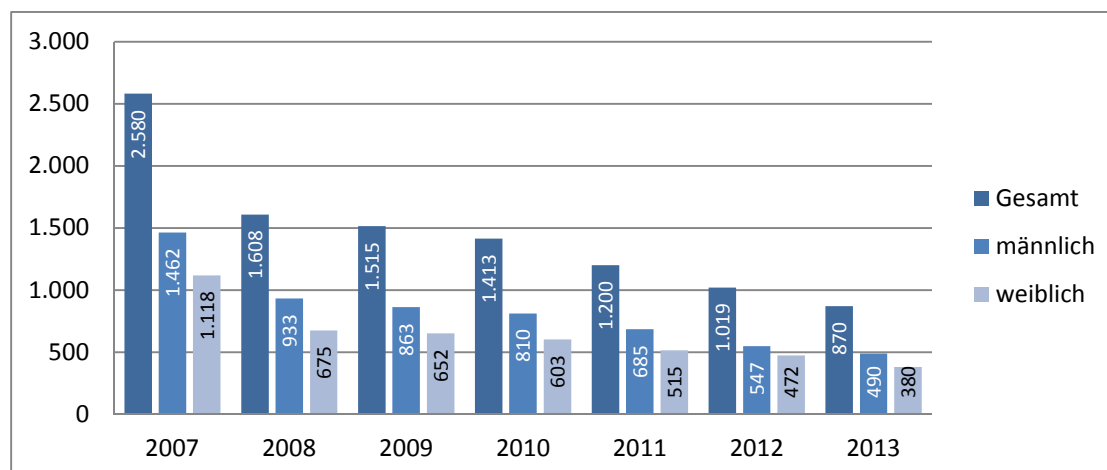
2.3.2 Auszubildende

Daten zur Entwicklung der Zahl der Auszubildenden lassen u.a. Rückschlüsse auf die Berufswahl von Jugendlichen / jungen Erwachsenen und zum Nachwuchs an Fachkräften für die lokale / regionale Wirtschaft zu, sind aber zugleich auch Ausdruck demografischer Veränderungen (Abwanderung, Geburtenrate etc.).

Daten liegen nur auf Ebene der Gesamtstadt vor. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die Zahl aller Auszubildenden im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 dramatisch gesunken ist, und zwar um zwei Drittel von 2.580 auf 870. Dieser Rückgang betrifft weibliche und männliche Auszubildende gleichermaßen (vgl. Abbildung 12). Das Phänomen tritt in ähnlicher Weise auch in vielen anderen Kommunen und Regionen auf, wird aber in vergleichsweise strukturschwachen Regionen (wie Ostbrandenburg) von selektiven Wanderungsverlusten (v.a. in der Altersgruppe der ca. 18- bis 30-Jährigen) und den Auswirkungen des Geburtenknicks nach der Wende überlagert.

Während also der potenzielle Nachwuchs für die lokale / regionale Wirtschaft schrumpft, nimmt vielerorts zugleich die Zahl der Jugendlichen / jungen Erwachsenen, die aus Sicht der Wirtschaft die Anforderungen an einen Ausbildungsplatz nicht erfüllen (aber auch keine Alternativen haben) tendenziell zu. Da einerseits die Stärkung der lokalen Wirtschaft und Beschäftigung ein wichtiges Handlungsfeld im Programm Soziale Stadt ist und andererseits nicht vermittelte / schwer vermittelbare Jugendliche und junge Erwachsene häufig aus benachteiligten Verhältnissen stammen, besteht bei diesem Thema grundsätzlich auch in der Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“ weiterhin Handlungsbedarf. Dieser bezieht sich auch auf andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen, v.a. Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund (zu den geplanten Projekten vgl. Abschnitt 5.4.2).

Abbildung 12: Anzahl der Auszubildenden in der Gesamtstadt 2007-2013



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Um den Zugang und die Wege zu erleichtern, haben sich drei öffentliche Einrichtungen aus Frankfurt (Oder) – die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und die Stadtverwaltung – zusammengetan und im Januar 2015 die Jugendberufsagentur (JBA) gegründet. Als einen primären Ansatzpunkt, um jungen Menschen aus der Region den Blick für ihre eigene Zukunft frei zu halten, sehen die Partner der JBA die gezielte Unterstützung Jugendlicher, beginnend in der Schulzeit über die Phase der Ausbildung bis hin zum Einstieg in ein selbstbestimmtes und selbstfinanziertes Berufsleben. Dafür verfolgen die Partner der JBA den Ansatz einer systematischen und – wo nötig – rechtskreisübergreifenden Ansprache der Jugendlichen und ihrer Eltern und bieten in der JBA auf kurzen Wegen schnelle Hilfe an. Durch das gemeinsame Agieren der Partner leistet die JBA einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Region und trägt letztlich zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit bei.

2.3.3 Gewerberaumleerstand

Da sowohl die Innenstadt von Frankfurt (Oder) als auch der durch Mischnutzung geprägte Stadtteil Altberesinchen innerhalb der Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“ liegen, spielt auch der Gewerberaumleerstand eine wichtige Rolle – zum einen im Hinblick auf die lokale Wirtschafts- und Beschäftigungssituation, zum anderen als Indiz für die Attraktivität und das Image des Quartiers.

Flächendeckende, quantitative Daten zum Gewerberaumleerstand auf Ebene der Gebietskulisse liegen gegenwärtig nicht vor. Ersatzweise können Angaben aus einem aktuellen Gutachten¹⁸ herangezogen werden. Danach entfielen von einer Gesamtverkaufsfläche von etwa 131.400m² im Jahr 2012 etwa 21.300m² auf den zentralen Versorgungsbereich¹⁹ der Innen-

¹⁸ Dr. Lademann & Partner (2012): Potenzialanalyse des Einzelhandels in Frankfurt (Oder) und Słubice. Ergebnispräsentation vom 17.09.2012.

¹⁹ Dieser ist gemäß Einzelhandels- und Zentrenkonzept identisch mit dem Hauptgeschäftszentrum von Frankfurt (Oder). Dieses A-Zentrum reicht vom Bereich beiderseits der Słubicer Straße im Norden bis zum Oderturm-Areal im Süden sowie von den Flächen rund um das Rathaus und die Marienkirche im Osten bis zum Kaufland-Areal im Westen (vgl. ebenda, S. 37ff.).

stadt. Darüber hinaus standen in der Gesamtstadt Verkaufsflächen von etwa 19.800 m² leer, die Hälfte davon im Stadtteil Innenstadt.²⁰

Die räumlichen Schwerpunkte des Leerstandes innerhalb der Gebietskulisse befinden sich im nördlichen Teil der Karl-Marx-Straße (Magistrale), in der benachbarten Großen Scharrnstraße sowie in einigen Straßenabschnitten im Stadtteil Altberesinchen (z.B. Leipziger Straße / Dresdener Straße). Die Gründe sind vielfältig und reichen von der fehlenden Marktgängigkeit der Ladeneinheiten über städtebauliche / funktionale Mängel auf der Quartiersebene bis zum unzureichenden Kaufkraftpotenzial im Einzugsbereich (bzw. dessen mangelnder Bindung).

Im Rahmen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt kann dem Gewerberaumleerstand nur bedingt entgegengewirkt werden. Vielmehr kommt es darauf an, die Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschafts- und Beschäftigungssituation sowie das Image des Quartiers weiter zu verbessern und darüber hinaus die Akteure und Angebote vor Ort so zu fördern / zu vernetzen, dass u.U. auch die Nachfrage nach Gewerberäumen mittelfristig wieder steigt.

2.4 Armut und Arbeitslosigkeit

2.4.1 Allgemeine Arbeitslosigkeit²¹

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem SGB II und III belief sich in der Gebietskulisse am 31.12.2013 auf 1.486 Personen. Das entsprach einer Arbeitslosenquote²² von 16 Prozent. Gegenüber 2009 ist das eine Steigerung um etwa 1 Prozent. Auch die absolute Zahl aller Arbeitslosen ist in diesem Zeitraum leicht gestiegen. Mit 1.240 Personen waren deutlich über 80 Prozent aller in der Gebietskulisse gemeldeten Arbeitslosen im Jahr 2013 dem Rechtskreis des SGB II zuzuordnen. Gegenüber 2009 ist dieser Anteil (nahezu) unverändert hoch. In der Gesamtstadt lag diese Quote im Jahr 2013 bei etwa 76 Prozent. Von Bedeutung sind diese Anteile deshalb, weil diese Bevölkerungsgruppe tendenziell auch einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt ist.

Von den 1.486 Arbeitslosen in der Gebietskulisse im Jahr 2013 waren 844 oder rund 57 Prozent männlich. Damit ist die Quote arbeitsloser Männer deutlich höher als deren Anteil an der Gesamtbevölkerung in der Gebietskulisse (47 Prozent). Rund 13 Prozent aller Ende 2013 registrierten Arbeitslosen waren Ausländer. Auch ihr Anteil ist damit deutlich höher als der an der Gesamtbevölkerung in der Gebietskulisse (9 Prozent). Diese Verteilung sollte – zusammen mit anderen Faktoren – bei der Entwicklung von Maßnahmen der Beschäftigungsförderung berücksichtigt werden.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass nicht nur die Arbeitslosenquoten in der Gebietskulisse durchgängig deutlich über denen der Gesamtstadt liegen, sondern auch, dass der Anteil der Arbeitslosen, der auf die Gebietskulisse entfällt, mit Werten zwischen etwa 31 und 34 Prozent durchgängig deutlich höher ist als ihr Bevölkerungsanteil an der Gesamtstadt (vgl.

²⁰ Gemeint ist hier nicht das A-Zentrum, sondern die statistische Abgrenzung gemäß der kleinräumigen Gliederung der Stadt Frankfurt (Oder).

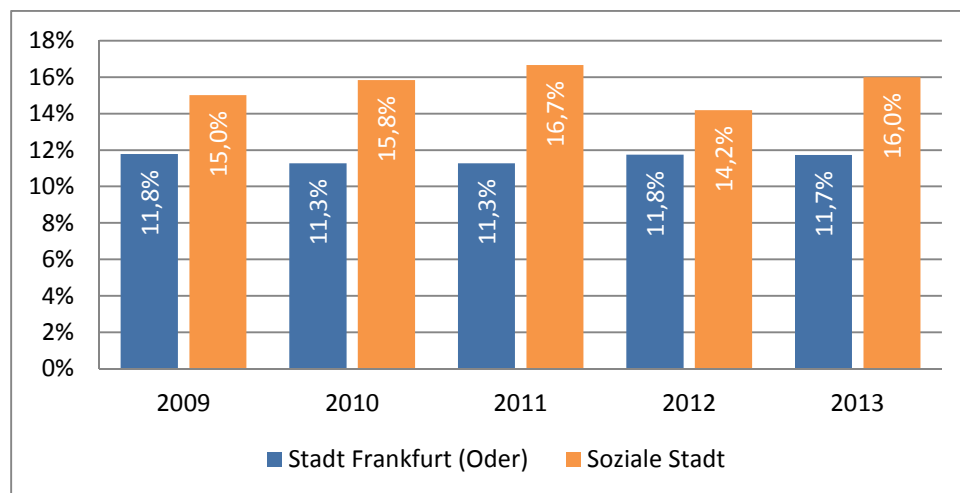
²¹ Prozentangaben eigene Berechnungen.

²² Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen (Haupterwerbsalter).

Abschnitt 2.2.1). Daraus folgt eine deutliche räumliche Konzentration von Arbeitslosen in der Gebietskulisse.

In der Gesamtstadt waren im Jahr 2013 insgesamt 4.332 Personen arbeitslos gemeldet. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von knapp 12 Prozent. Im Jahr 2009 waren noch 4.589 Personen arbeitslos. Dass die Quote nahezu unverändert blieb, ist darauf zurückzuführen, dass auch die Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen entsprechend geschrumpft ist (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Arbeitslosenquote im Vergleich Gebietskulisse – Gesamtstadt 2009-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung / Berechnungen.

2.4.2 Jugendarbeitslosigkeit²³

Zu den Bevölkerungsgruppen, denen beim Thema Arbeitslosigkeit eine besondere Aufmerksamkeit gilt, gehören Personen unter 25 Jahre. Daten zur Jugendarbeitslosigkeit²⁴ liegen für die Jahre 2009 bis 2013 vor. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahre in der Gebietskulisse von 112 um fast die Hälfte auf 59 Personen zurückgegangen. Auch in der Gesamtstadt ist die absolute Zahl von etwa 300 auf 180 gesunken. Die Reduzierung fiel mit 40 Prozent jedoch deutlich geringer aus als in der Gebietskulisse. Erfreulich ist zudem, dass im Betrachtungszeitraum auch der auf die Gebietskulisse entfallende Anteil der jungen Arbeitslosen von etwa 36 auf etwa 25 Prozent – und damit auf einen, gemessen am Bevölkerungsanteil durchschnittlichen Wert – gefallen ist (vgl. Abbildung 14).

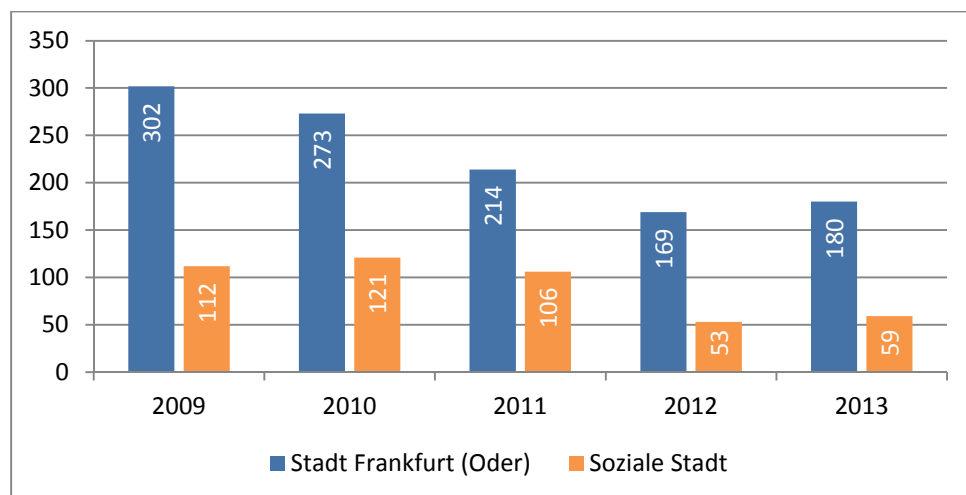
Grundsätzlich sind dennoch weitere Anstrengungen zum Abbau vorhandener Benachteiligungen notwendig. Dazu erfolgte zum 01.01.2015 die Etablierung einer Jugendberufsagentur Frankfurt (Oder). Dort werden die wesentlichen berufsbezogenen Leistungsangebote der Kooperationspartner Agentur für Arbeit, Jobcenter und Stadtverwaltung unter einem Dach als ein ganzheitlich organisiertes und institutionell abgestimmtes Informations-, Qualifizie-

²³ Prozentangaben eigene Berechnungen.

²⁴ Die Auswertung beschränkt sich auf den Rechtskreis des SGB II. Die Jugendarbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III ist vergleichsweise gering. Zudem liegen hier nur Daten für den Zeitraum ab 2011 vor.

rungs-, Beratungs- und Begleitungsangebot koordiniert, um die vorhandenen lokalen Ressourcen effizienter zu nutzen und sinnvoll zu ergänzen. Die Stadt hat außerdem den Zuschlag für eine Förderung aus dem neuen Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ erhalten. Dadurch kann nicht nur ein Beitrag zur Verbesserung der Teilhabechancen junger Menschen, sondern auch zur Stärkung der lokalen Wirtschaft (Nachwuchsgewinnung) und des Quartiers insgesamt (soziale Mischung, Kaufkraft, Image u.a.) geleistet werden.

Abbildung 14: Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahre nach SGB II im Vergleich Gebietskulisse - Gesamtstadt 2009-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

2.4.3 Langzeitarbeitslosigkeit²⁵

Aus der Perspektive der Sozialen Stadt ist auch die Situation von Langzeitarbeitslosen von besonderer Bedeutung. Diese Gruppe umfasst alle Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind.²⁶ Hintergrund ist, dass mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Chance, in reguläre Arbeit vermittelt zu werden, sinkt und zugleich das Armutsrisiko steigt.

Im Zeitraum von 2009 bis 2013 (ohne 2011) ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen nach SGB II mit Wohnsitz in der Gebietskulisse von 533 um mehr als ein Drittel auf 725 gestiegen. Ende 2013 war mit etwa 58 Prozent weit über die Hälfte aller Arbeitslosen nach SGB II in der Gebietskulisse länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Im Jahr 2009 waren es dagegen „nur“ rund 44 Prozent.

Ähnliche Tendenzen sind auch in der Gesamtstadt zu beobachten gewesen, auch wenn die Entwicklung etwas positiver verlaufen ist. Im Betrachtungszeitraum stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen nach SGB II um etwa 18 Prozent auf 1.897 Personen. Der Anteil an allen Arbeitslosen nach SGB II war Ende 2013 mit etwa 57 Prozent fast ebenso hoch wie in der Gebietskulisse (vgl. Abbildung 15).

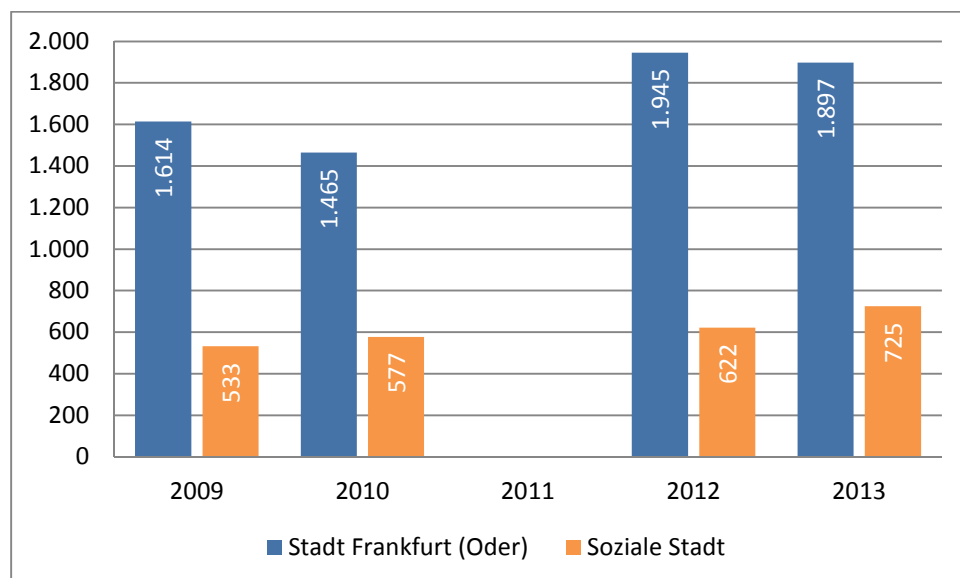
²⁵ Prozentangaben eigene Berechnungen.

²⁶ Die Auswertung beschränkt sich auf den Rechtskreis des SGB II. Die Langzeitarbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III ist vergleichsweise gering. Zudem liegen hier nur Daten für den Zeitraum ab 2011 vor.

Auffällig ist jedoch, dass Ende 2013 etwa 38 Prozent aller Langzeitarbeitslosen nach SGB II auf die Gebietskulisse entfielen, obwohl deren Anteil an der Gesamtbevölkerung zu diesem Zeitpunkt nur bei etwa 25 Prozent lag (vgl. Abschnitt 2.2.1). Dabei ist zu berücksichtigen, dass – statistisch gesehen – jede Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme zu einer Unterbrechung der Arbeitslosigkeit führt und bis dahin angefallene Zeiten der Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Maßnahme nicht mehr einbezogen werden. Dass lässt die Vermutung zu, dass sich die Arbeitslosigkeit in der Gebietskulisse weiter verfestigt hat.

Aus der räumlichen Konzentration von Langzeitarbeitslosigkeit einerseits und ihrer Verfestigung in zeitlicher Hinsicht andererseits folgt ein unverändert hoher Handlungsbedarf für das Programm Soziale Stadt, auf den im Rahmen der Fortschreibung mit entsprechenden Projekten reagiert werden soll (vgl. dazu die Abschnitte 5.4.2 und 5.5.2).

Abbildung 15: Anzahl der Langzeitarbeitslosen nach SGB II im Vergleich Gebietskulisse - Gesamtstadt 2009-2013 (ohne 2011)



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

2.4.4 Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II²⁷

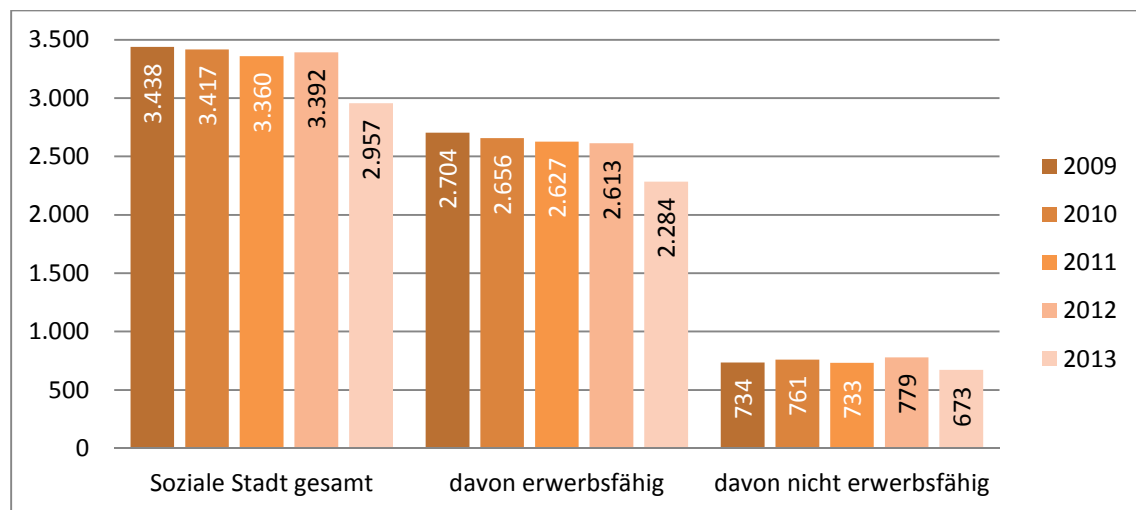
Die Grundsicherung für Arbeitssuchende beinhaltet Leistungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Personen, die mit Ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Dieser Personenkreis kann seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft decken und gilt deshalb als hilfebedürftig. Die Grundsicherung umfasst Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums einschließlich der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten Arbeitslosengeld II („Hartz IV“). Auch Personen, die zwar erwerbstätig sind, deren Einkommen jedoch nicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausreicht, können ergänzend zum Einkommen ALG II beziehen („Aufstocker“). Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten Sozialgeld (vgl. Abschnitt 2.4.5).

²⁷ Prozentangaben eigene Berechnungen.

Die Anzahl der Hilfebedürftigen in der Gebietskulisse betrug am 31.12.2013 insgesamt 2.957 Personen. Gegenüber 2009 ist dies ein fast kontinuierlicher Rückgang um 14 Prozent. In der Gesamtstadt bezogen zu diesem Zeitpunkt insgesamt 8.847 Personen Leistungen nach dem SGB II. Mit 9 Prozent fiel der Rückgang gegenüber 2009 hier jedoch deutlich geringer aus als in der Gebietskulisse.

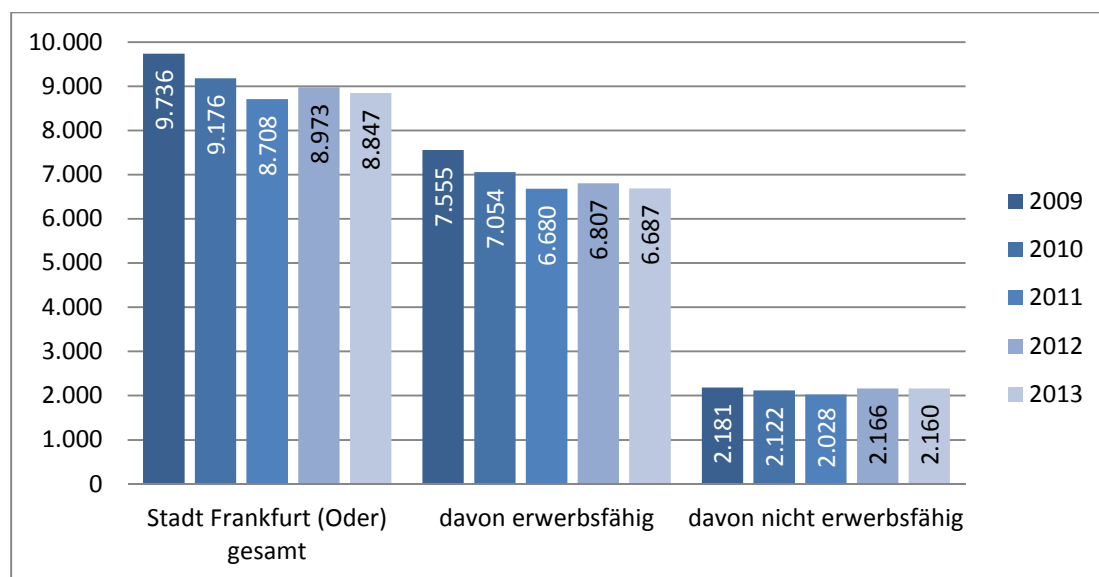
Von allen Hilfebedürftigen in der Gebietskulisse waren Ende 2013 mehr als drei Viertel erwerbsfähig. In der Gesamtstadt lag die Quote etwas darunter. Gegenüber 2009 sind beide Werte leicht zurückgegangen (vgl. Abbildung 16 und Abbildung 17).

Abbildung 16: Anzahl der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach SGB II in der Gebietskulisse 2009-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

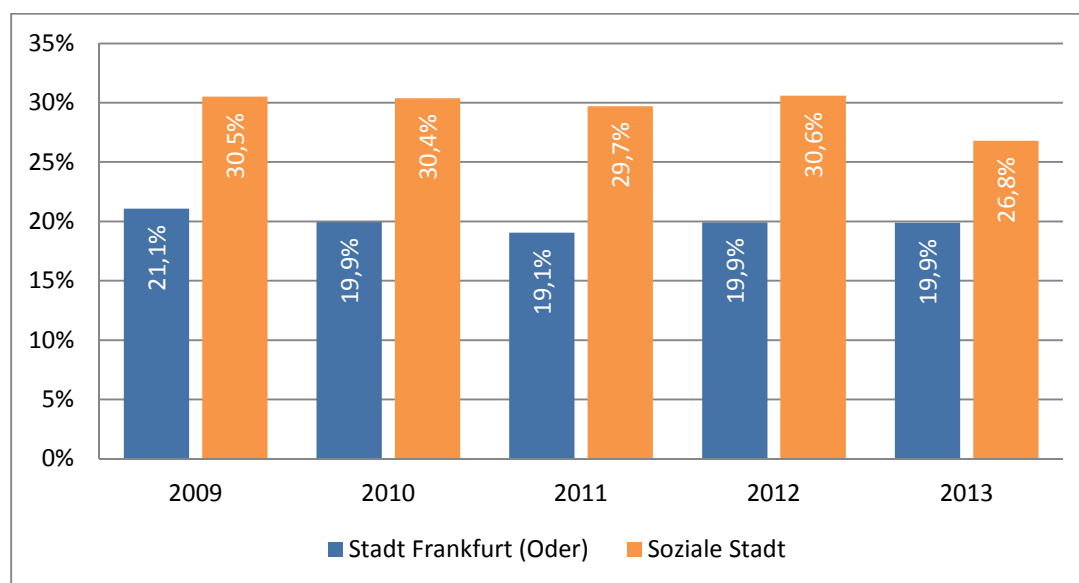
Abbildung 17: Anzahl der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach SGB II in der Gesamtstadt 2009-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Aus Sicht der Sozialen Stadt positiv zu werten ist auch, dass die Quote der Hilfebedürftigen an allen Einwohnern unter 65 Jahre im Betrachtungszeitraum in der Gebietskulisse um etwa 4 Prozent und damit deutlich stärker gesunken ist als in der Gesamtstadt (-1 Prozent). Dennoch war Ende 2013 in der Gebietskulisse mehr als jeder vierte Einwohner (27 Prozent) auf Hilfeleistungen angewiesen, in der Gesamtstadt dagegen „nur“ jeder fünfte (20 Prozent) (vgl. Abbildung 18). Diese erheblich höhere, räumliche Konzentration von Hilfebedürftigen kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Anteil der Gebietskulisse an allen Hilfebedürftigen Ende 2013 mit etwa einem Drittel deutlich höher war als ihr Anteil an der Bevölkerung insgesamt (vgl. Abschnitt 2.2.1).

Abbildung 18: Quote der Leistungsempfänger nach SGB II im Vergleich Gebietskulisse - Gesamtstadt 2009-2013²⁸



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung / Berechnungen.

2.4.5 Alleinerziehende Hilfebedürftige²⁹

Alleinerziehende (und ihre Kinder) sind die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Armutsrisiko. Zu den Einflussfaktoren zählen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die kein ausreichendes Einkommen ermöglichen.

Ende 2013 waren in der Gebietskulisse 265 Alleinerziehende hilfebedürftig. Gegenüber 2009 ist das ein Rückgang um mehr als 12 Prozent. In der Gesamtstadt lag die Zahl Ende 2013 bei 881 Personen, ein Rückgang um lediglich drei Prozent gegenüber 2009 (vgl. Abbildung 19).

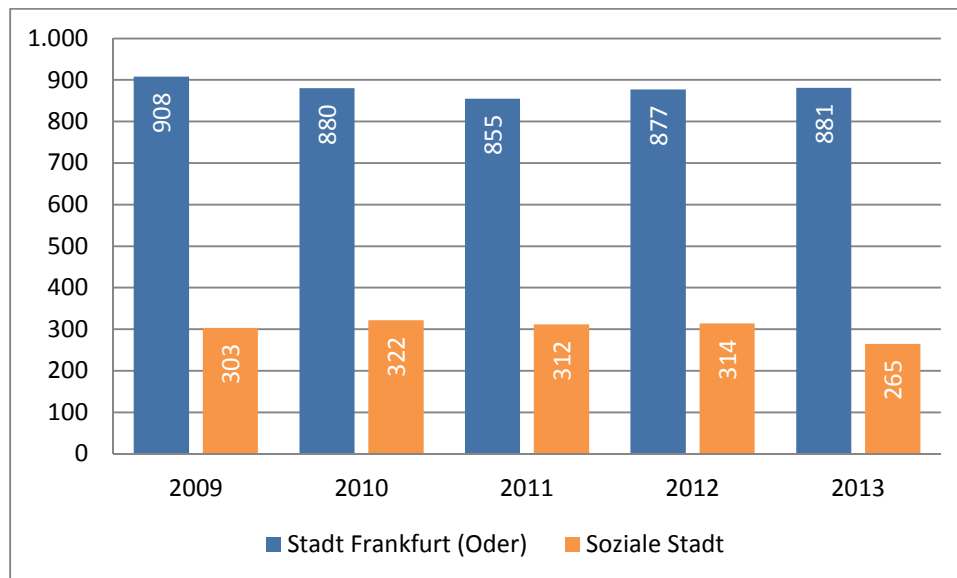
Gesunken ist im Betrachtungszeitraum auch der Anteil der auf die Gebietskulisse entfallenden alleinerziehenden Hilfebedürftigen. Dennoch lebte auch im Jahr 2013 noch fast jeder dritte alleinerziehende Hilfebedürftige in der Gebietskulisse. Daraus folgt eine deutliche räumliche Konzentration einer weiteren Bevölkerungsgruppe, die überdurchschnittlich von

²⁸ Anteil der Empfänger von Leistungen nach SGB II an der Altersgruppe der unter 65-Jährigen.

²⁹ Prozentangaben eigene Berechnungen.

potenzieller Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen ist, da der Anteil der Gebietskulissee an der Gesamtbevölkerung zum gleichen Zeitpunkt nur etwa ein Viertel betrug (vgl. Abschnitt 2.2.1).

Abbildung 19: Anzahl der alleinerziehenden Leistungsempfänger nach SGB II im Vergleich Gebietskulissee - Gesamtstadt 2009-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

2.4.6 Kinderarmut

Da die Entwicklungsperspektiven von Kindern und ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe u.a. mit den materiellen Verhältnissen zusammenhängen, in denen sie aufwachsen, kommt dem Problem der Kinderarmut gerade im Kontext der Sozialen Stadt eine besondere Bedeutung zu. Die Kinderarmutsquote (d.h. der Anteil der Kinder in der Altersgruppe unter 15 Jahre, die Sozialgeld nach SGB II³⁰ erhalten, weil die Bedarfsgemeinschaften, in denen sie leben, ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig bestreiten können), ist der „aussagekräftigste quantitative Indikator für Kinderarmut. Diese Quote liefert den entscheidenden Hinweis auf soziale Problemlagen und Zukunftschancen der unter 15-Jährigen.“³¹

Daten für Frankfurt (Oder) liegen nur auf Ebene der Gesamtstadt vor. Am deutlichsten ablesen lassen sich die Entwicklung der vergangenen Jahre und der Status Quo beim Vergleich der kreisfreien Städte im Land Brandenburg. Auffällig ist, dass Frankfurt (Oder) im gesamten Betrachtungszeitraum von 2008 bis 2013 die höchste Kinderarmutsquote aufweist. Diese lag zuletzt mehr als 50 Prozent über dem Landesdurchschnitt und war mehr als doppelt so hoch wie in Potsdam. Positiv ist lediglich, dass die Quote im Betrachtungszeitraum um etwa 4 auf

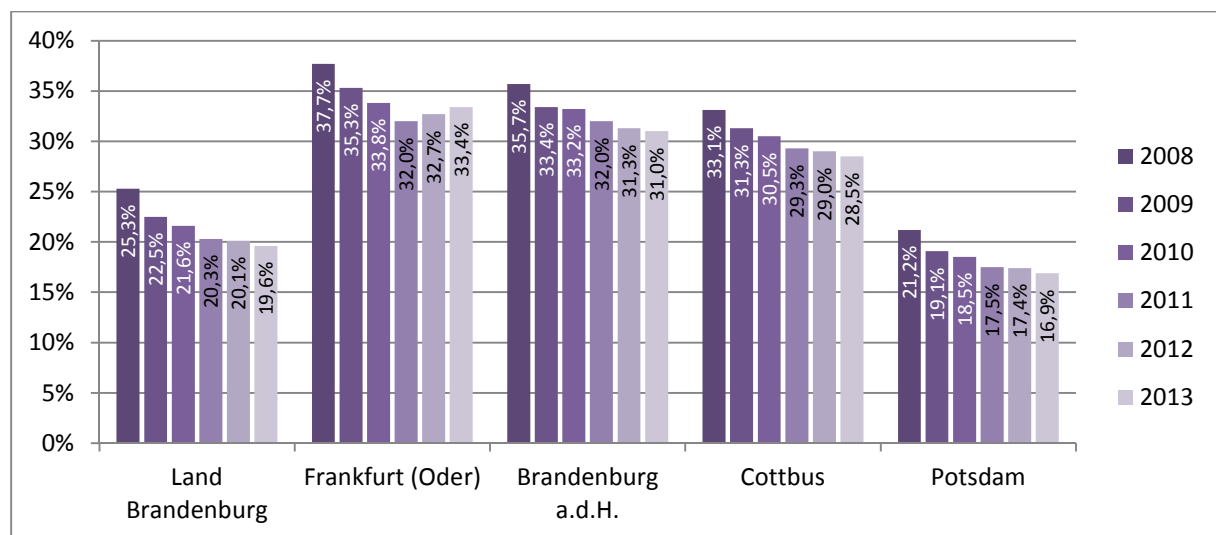
³⁰ Leistungsberechtigt ist – genau genommen – die Gruppe der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Dabei handelt es sich jedoch zu 95 Prozent um Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren (vgl. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/155385/daten-zahlen-und-fakten>, letzter Zugriff 13.05.2015).

³¹ Vgl. Stadt Frankfurt (Oder): Bericht über Kinder in besonderen Problemlagen aus Perspektive der Jugendhilfe, 2. Fortschreibung 2012 (nachfolgend Kinderarmutsbericht), S. 33.

etwa 33 Prozent gesunken ist. Jedoch ist – entgegen dem allgemeinen Trend – die Quote wiederum nur in Frankfurt (Oder) in den Jahren 2012 und 2013 wieder angestiegen (vgl. Abbildung 20).

Die Tatsache, dass in der Gebietskulisse überdurchschnittlich viele Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Bezieher von Leistungen der Grundsicherung und alleinerziehende Hilfebedürftige leben, lässt die Vermutung zu, dass dies auch auf die in von Armut betroffenen Haushalten lebenden Kindern zutrifft. Die Einkommensarmut der Eltern kann mitunter gravierende Auswirkungen auf die Teilhabechancen ihrer Kinder haben, z.B. dann, wenn Familien mit geringem Einkommen an kulturellen und sozialen Bedürfnissen sparen, die über den Grundbedarf der Kinder hinausgehen.³²

Abbildung 20: Anteil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 15 Jahre (Kinderarmutsquote) im Vergleich der kreisfreien Städte im Land Brandenburg 2008-2013



Quelle: Landesamt für Soziales und Versorgung: Brandenburger Sozialindikatoren 2011 / 2012 / 2013 / 2014, eigene Darstellung.

Darüber hinaus unterstreichen in den Jahren 2005, 2007 und 2009 in der Stadt Frankfurt (Oder) durchgeführte qualitative Erhebungen, dass Kinder und Jugendliche aus armen Familien häufig nicht nur von materieller Armut, sondern auch von Bildungsarmut und emotionaler Armut betroffen sind. Zudem fallen sie oft durch mangelnde Konzentrationsfähigkeit und eine gewisse Antriebslosigkeit auf. Darüber hinaus neigen sie häufig zum passiven Konsumieren und zur Bewegungsarmut.³³

Den damit einhergehenden Risiken der Ausgrenzung und Benachteiligung sowie der Entstehung und Verfestigung von „Armutsbioografien“ soll direkt und indirekt auch durch Projekte im Rahmen des Programms Soziale Stadt entgegengewirkt werden (vgl. v.a. die Abschnitte 5.4.2, 5.5.2 und 5.7.2).

³² Vgl. Stadt Frankfurt (Oder): Kinderarmutsbericht 2012, S. 7f.

³³ Vgl. Stadt Frankfurt (Oder): Kinderarmutsbericht 2012, S. 41ff.

2.4.7 Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Da die Altersgruppe der über 64-Jährigen in der Gebietskulisse überdurchschnittlich vertreten ist, spielt hier auch das allgemein zunehmende Problem der Altersarmut eine herausgehobene Rolle. Wichtige Einflussfaktoren sind ein vergleichsweise geringes Einkommen und / oder eine brüchige Erwerbsbiografie. Die entsprechende Personengruppe hat Anspruch auf Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII.

Für Frankfurt (Oder) liegen lediglich Daten für den Zeitraum von 2006 bis 2012 auf Ebene der Gesamtstadt vor.³⁴ Im landesweiten Vergleich fällt auf, dass Frankfurt (Oder) von allen kreisfreien Städten durchgängig die höchste Quote an Empfängern von Leistungen zur Grundsicherung im Alter aufweist. Je 1.000 Einwohner über 18 Jahre lag der Anteil im Jahr 2006 bei knapp 12 Prozent und stieg bis 2012 kontinuierlich auf rund 16 Prozent. Potsdam, Cottbus und Brandenburg an der Havel wiesen meist deutlich geringere Werte auf. Der landesweite Durchschnitt stieg im Betrachtungszeitraum „lediglich“ von rund 8 auf etwa 10 Prozent.

Folgerichtig fallen in Frankfurt (Oder) auch die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Grundsicherungsleistungen an. Im Jahr 2012 lag der Betrag bei fast 70 Euro je Einwohner. Gegenüber 2006 entspricht dies einer Steigerung um mehr als zwei Drittel. Im Landesdurchschnitt sind die Ausgaben im Betrachtungszeitraum sogar um über 70 Prozent gestiegen. Die relative Ausgabenlast war mit rund 39 Euro je Einwohner im 2012 jedoch fast um die Hälfte geringer.

Unmittelbare Schlussfolgerungen für die Gebietskulisse lassen sich daraus nicht ableiten, da der Anteil an älteren Menschen allein keine Rückschlüsse auf die eventuelle räumliche Konzentration von Altersarmut zulässt. Das ändert nichts an der allgemein zunehmenden Relevanz dieses Themas. Ein – jenseits der materiellen Lebensverhältnisse (aber nicht immer unabhängig davon) – ebenfalls zunehmendes Problem stellen Tendenzen der Vereinsamung und Kontaktarmut dar. Diese treten zum Teil, aber nicht ausschließlich im Zusammenhang mit Altersarmut auf und sind keineswegs auf ältere Menschen beschränkt. Beiden Problembereichen kann und muss auch mit passenden Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt entgegengewirkt werden (zu den geplanten Projekten vgl. die Abschnitte 5.4.2 und 5.5.2).

2.5 Bildung und Jugendhilfe

2.5.1 Öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung³⁵

Daten über die Betreuungskapazitäten und deren Auslastung sind ein Indikator für die Entwicklung und Attraktivität der sozialen Infrastruktur und darüber hinaus auch des weiteren Umfeldes. Dabei schließen die Angaben zu den betreuten Kindern auch die mit Wohnsitz außerhalb von Frankfurt (Oder) – sog. Fremdortkinder – ein.³⁶ Sowohl für die Gebietskulisse

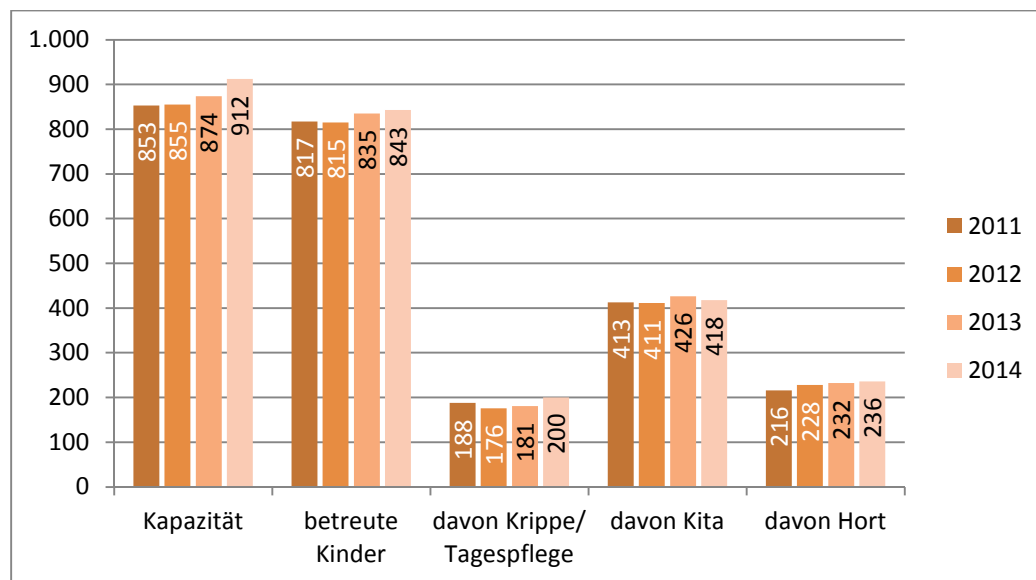
³⁴ Vgl. LASV: Brandenburger Sozialindikatoren 2012, 2014.

³⁵ Prozentangaben eigene Berechnungen.

³⁶ Davon zu unterscheiden sind die Betreuungsquoten, die Auskunft über den Anteil der Frankfurter Kinder geben, die in einer (ggf. auch außerhalb der Stadtgrenzen gelegenen) Einrichtung (Krippe / Tagespflege, Kita, Hort) betreut werden. Daten zu den Betreuungsquoten liegen nur für die Gesamtstadt vor. Deshalb wird in diesem Zusammenhang auf eine Darstellung verzichtet.

als auch für die Gesamtstadt liegt eine Zeitreihe mit durchschnittlichen Zahlen für die Jahre von 2011 bis 2014 vor (vgl. Abbildung 21 und Abbildung 22).

Abbildung 21: Kapazitäten der Kinderbetreuungseinrichtungen und Anzahl der betreuten Kinder in der Gebietskulisse 2011-2014



Quelle: Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales, eigene Darstellung.

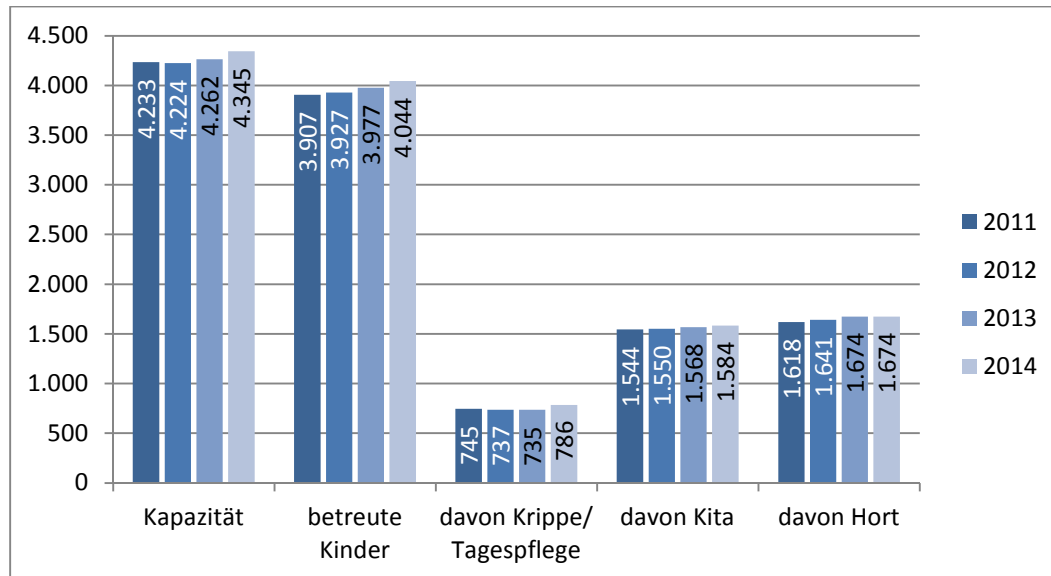
Danach standen im Jahr 2014 in den Krippen / Tagespflegereinrichtungen, Kindergärten und Horten der Gebietskulisse insgesamt 912 Plätze zur Verfügung. Damit erhöhten sich die Kapazitäten gegenüber 2011 um 59 Plätze oder knapp 7 Prozent. Der Anteil der Betreuungskapazitäten an denen der Gesamtstadt beträgt aktuell 21 Prozent – ein, am Bevölkerungsanteil der Gebietskulisse gemessen, unterdurchschnittlicher Wert. Die absoluten Kapazitäten in der Gesamtstadt belaufen sich gegenwärtig auf 4.345 Plätze. Dies entspricht einer Erhöhung gegenüber 2011 von rund 3 Prozent. Der Ausbau der Kapazitäten in der Gebietskulisse verlief damit wesentlich dynamischer, was unter anderem auf die mit Fördermitteln der Sozialen Stadt durchgeführten Investitionen zurückgeführt werden kann.

Im Jahr 2014 wurden in den Einrichtungen der Gebietskulisse durchschnittlich 843 Kinder betreut, ein leichter Anstieg um etwa 3 Prozent gegenüber 2011. Davon entfallen 200 Kinder auf die Gruppe der unter 3-Jährigen, 418 Kinder auf die Altersspanne zwischen 3 Jahren und der Einschulung sowie 236 Kinder auf die Horte. Letztere verzeichnen im Betrachtungszeitraum den mit etwa 9 Prozent stärksten Anstieg.

In der Gesamtstadt wurden im Jahr 2014 durchschnittlich 4.044 Kinder betreut, ein ebenfalls leichter Anstieg von rund 4 Prozent gegenüber 2011. Davon entfallen 786 Kinder auf die Gruppe der unter 3-Jährigen, 1.584 Kinder auf die Altersspanne zwischen 3 Jahren und der Einschulung sowie 1.674 Kinder auf die Horte. Der stärkste Anstieg entfällt hier auf die

Gruppe der unter 3-Jährigen (rund 6 Prozent) und liegt ursächlich in der Einführung des Rechtsanspruches für Kinder ab einem Jahr.

Abbildung 22: Kapazitäten der Kinderbetreuungseinrichtungen und Anzahl der betreuten Kinder in der Gesamtstadt 2011-2014



Quelle: Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales, eigene Darstellung.

2.5.2 Erziehungs- und Familienberatung

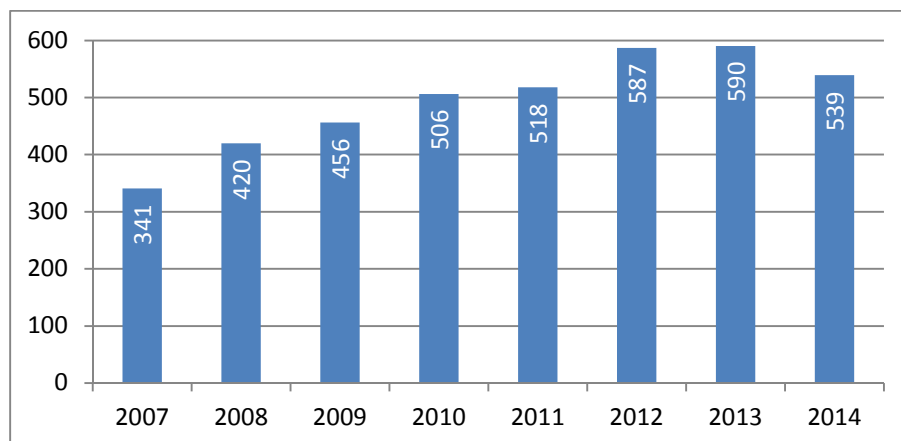
Die Inanspruchnahme von Angeboten der Erziehungs- und Familienberatung ist ein wichtiger Indikator für die sozio-ökonomischen Lebensbedingungen von Familien und jungen Menschen und insbesondere für die Einschätzung der Kinderarmut von großer Relevanz. Steigende Fallzahlen sind auch im Zusammenhang mit einer Verschlechterung dieser Lebensbedingungen und den tendenziell brüchiger werdenden Familienkonstellationen zu sehen.³⁷ „Dort, wo die Bedingungen überdurchschnittlich belastend sind, wird überdurchschnittlich viel erzieherische Hilfe geleistet.“³⁸

Obwohl die Einwohnerentwicklung in der Stadt Frankfurt (Oder) rückläufig war, ist die Zahl der betreuten Fälle im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung im Zeitraum von 2007 bis 2014 um deutlich mehr als die Hälfte (58 Prozent) auf 539 angestiegen (vgl. Abbildung 23). Diese gegenläufige Entwicklung lässt darauf schließen, dass sich die sozio-ökonomischen Problemlagen v.a. für benachteiligte Bevölkerungsgruppen verschärft haben. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen dürfte dies in besonderem Maße für die Gebietskulis des Programms Soziale Stadt gelten (zu den Schlussfolgerungen vgl. z.B. Abschnitt 2.4.6).

³⁷ Unter Umständen können steigende Fallzahlen jedoch auch als Zeichen für die gewachsene Akzeptanz von Angeboten der Erziehungs- und Familienberatung sowie für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung im Stadtteil (und damit als äußerst positive Entwicklung) gewertet werden.

³⁸ Vgl. Stadt Frankfurt (Oder): Kinderarmutsbericht 2012, S. 27.

Abbildung 23: Anzahl der betreuten Fälle im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung in der Gesamtstadt 2007-2014

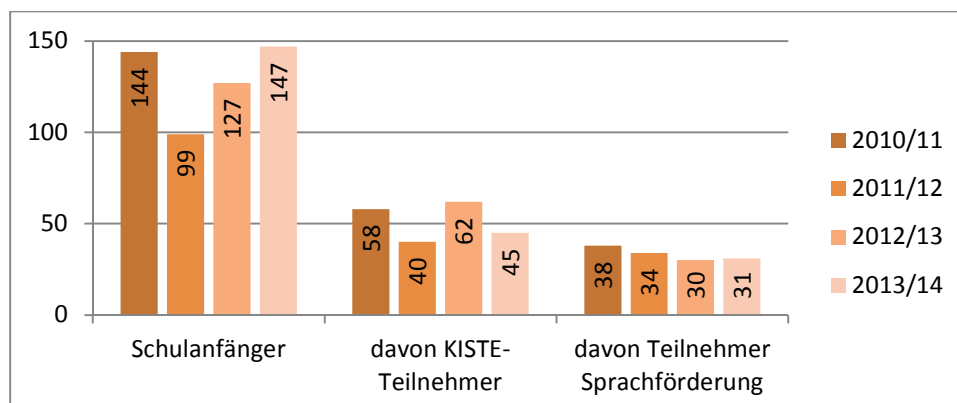


Quelle: Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales, eigene Darstellung.

2.5.3 Sprachförderung³⁹

Ein Baustein, der im Zusammenhang mit der kindlichen Entwicklung eine zunehmende Aufmerksamkeit erfahren hat, ist die Sprachförderung. Ein entsprechendes Landesprogramm existiert im Land Brandenburg seit 2010. Es beinhaltet die Sprachstandsfeststellung für alle Kinder im Jahr vor der Einschulung. Ein eventueller Förderbedarf kann mit Hilfe des Kindersprachtestes KISTE ermittelt werden. Sofern sich dieser bestätigt, nimmt das Kind an einem Sprachförderkurs teil. Da sich Sprach- und Sprechstörungen negativ auf Teilhabemöglichkeiten und Chancengleichheit auswirken können und Kinder mit Sprachauffälligkeiten sehr häufig aus Familien mit niedrigem Sozialstatus kommen, ist dieser Indikator auch für die Gebietskulissee von Bedeutung.⁴⁰

Abbildung 24: Anzahl der Teilnehmer am Kindersprachtest und an der Sprachförderung in der Gebietskulissee 2010/11-2013/14

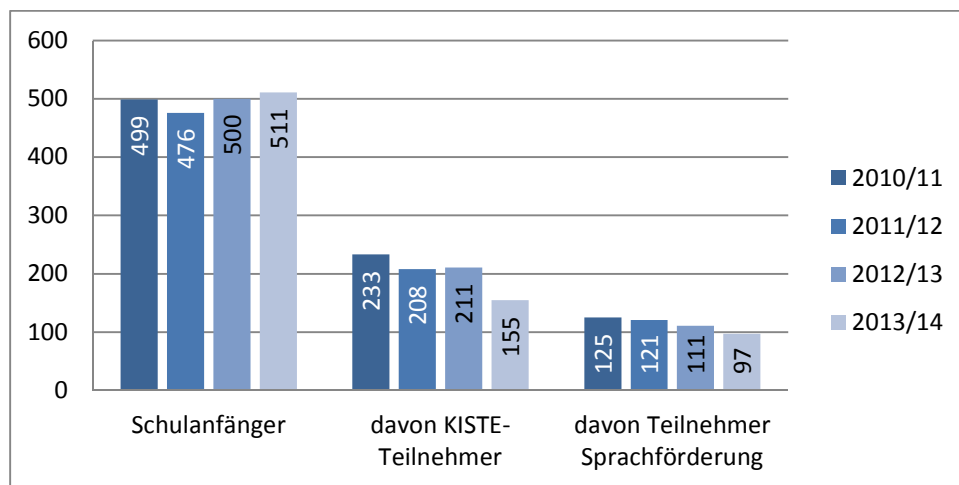


Quelle: Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales, eigene Darstellung.

³⁹ Prozentangaben eigene Berechnungen.

⁴⁰ Die nachfolgenden Daten beziehen sich auf die Grundgesamtheit aller Kinder, die die Einrichtungen in der Gebietskulissee bzw. Gesamtstadt besuchen (einschl. Fremdortkinder), d.h. nicht auf alle Kinder mit Wohnsitz in der Gebietskulissee oder der Gesamtstadt (ohne Fremdortkinder).

Abbildung 25: Anzahl der Teilnehmer am Kindersprachtest und an der Sprachförderung in der Gesamtstadt 2010/11-2013/14

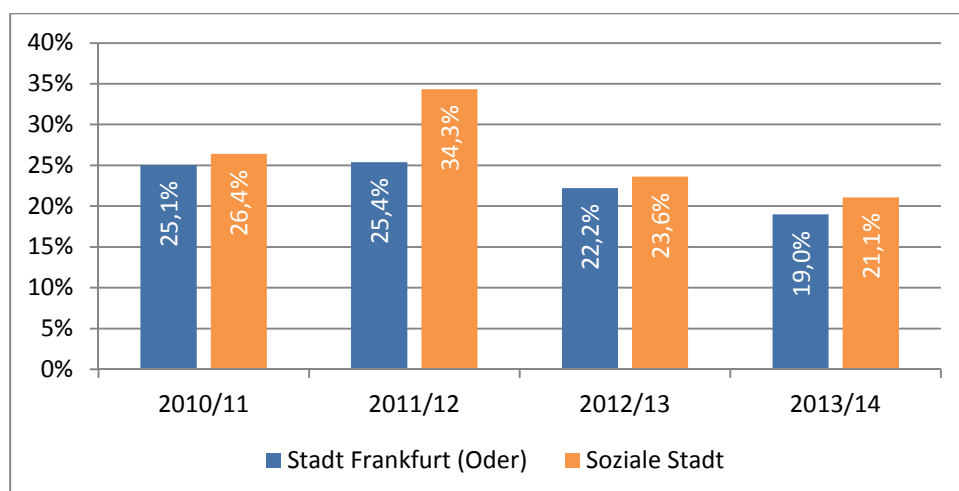


Quelle: Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales, eigene Darstellung.

Daten zur Sprachförderung liegen für die Gebietskulissee und für die Gesamtstadt für die Jahre 2010/11 bis 2013/14 vor (vgl. Abbildung 24 und Abbildung 25). Danach waren in der Gebietskulissee unter zuletzt 147 Schulanfängern 45 KISTE-Teilnehmer (rund 31 Prozent), wovon wiederum 31 tatsächlich an einem Sprachförderkurs teilgenommen haben. Folglich wurden bei etwa 21 Prozent aller Schulanfänger aus der Gebietskulissee – dem niedrigsten Wert im Betrachtungszeitraum – Sprachauffälligkeiten festgestellt.

In der Gesamtstadt waren unter zuletzt 511 Schulanfängern 155 KISTE-Teilnehmer (etwa 30 Prozent), wovon wiederum 97 tatsächlich an einem Sprachförderkurs teilgenommen haben. Der Anteil der Schulanfänger mit Sprachauffälligkeiten lag damit in der Gesamtstadt bei rund 19 Prozent. Auch dieser Wert war der niedrigste seit 2010.

Abbildung 26: Anteil der Teilnehmer an der Sprachförderung im Vergleich Gebietskulissee – Gesamtstadt 2010/11-2013/14



Quelle: Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales, eigene Darstellung / Berechnungen.

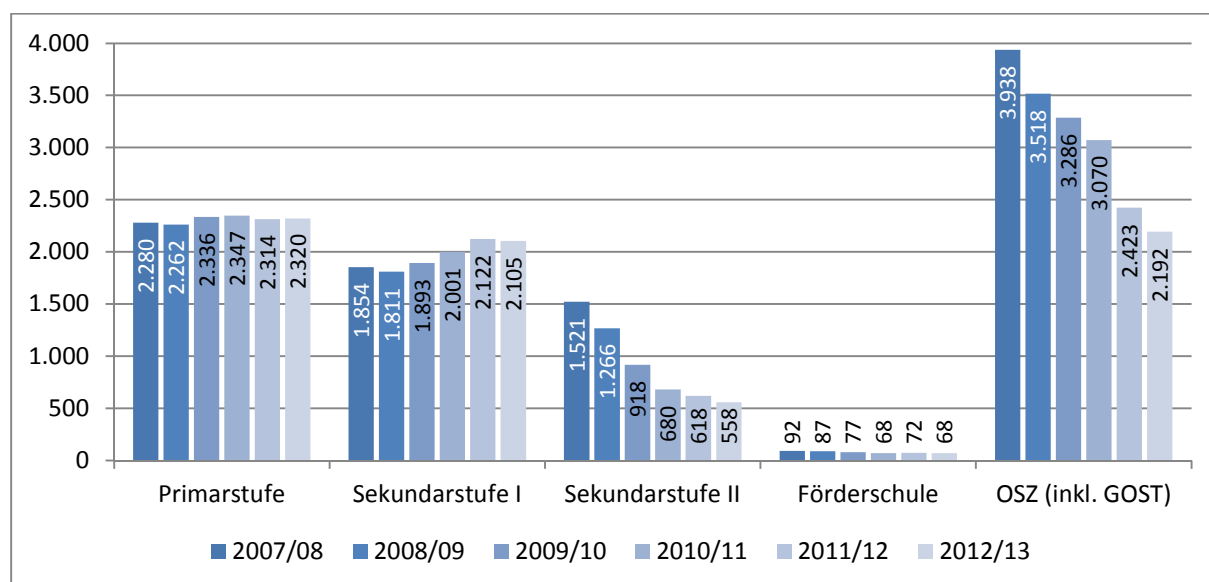
Auffällig ist, dass im Jahr 2013/14 fast ein Drittel (32 Prozent) aller Teilnehmer an einem Förderkurs auf die Gebietskulisse entfielen. Gegenüber dem Schuljahr 2010/11 stellt dies eine leichte Steigerung um etwa 2 Prozent dar. Während also die Fallzahlen insgesamt und in der Gebietskulisse zurückgingen, ist im Betrachtungszeitraum eine räumliche Konzentration dieser Fälle in der Gebietskulisse zu verzeichnen, da deren Einwohneranteil an der Gesamtstadt bei nur rund 25 Prozent liegt (vgl. Abschnitt 2.2.1).

Um einerseits die Sprachauffälligkeiten der betroffenen Kinder weiter zu reduzieren und damit tendenziell ihre Teilhabechancen zu erhöhen und andererseits den Sozialstatus ihrer Familien zu verbessern, sind auch im Rahmen des Programms Soziale Stadt weitere direkte und indirekte Maßnahmen erforderlich (vgl. u.a. Abschnitt 5.5.2).

2.5.4 Schülerzahlen

In den letzten Jahren ist die Gesamtzahl der Schüler an allen Frankfurter Schulen deutlich und kontinuierlich zurückgegangen, und zwar von 9.685 im Schuljahr 2007/08 auf 7.243 im Schuljahr 2012/13. Das entspricht einem prozentualen Rückgang um etwa ein Viertel. Die Verluste in diesem Zeitraum betrafen v.a. die Sekundarstufe II (Rückgang um fast zwei Drittel) und das OSZ einschl. gymnasialer Oberstufe (Rückgang um mehr als die Hälfte). Die Gründe für diese Entwicklung liegen in den dramatischen Wanderungsverlusten und Geburtendefiziten seit 1990. Einen deutlichen Zuwachs von über 13 Prozent verzeichnete dagegen die Sekundarstufe I. Die Schülerzahlen der Primarstufe sind in etwa stabil geblieben (vgl. Abbildung 27).

Abbildung 27: Entwicklung der Schülerzahlen nach Schulstufen in der Gesamtstadt 2007/08-2012/13



Quelle: Schulentwicklungsplan 2013-2018 der Stadt Frankfurt (Oder), eigene Darstellung.

Aus Sicht der Sozialen Stadt sind die beiden zuletzt genannt Zahlen grundsätzlich positiv zu bewerten, da die Gebietskulisse mit der Grundschule Mitte sowie den Oberschulen Heinrich-

von-Kleist und Ulrich-von-Hutten über drei große Schulstandorte verfügt, in deren bauliche Aufwertung entweder im Laufe der bisherigen Programmumsetzung bereits umfangreich investiert worden ist (vgl. Abschnitt 3.5.2) oder in den kommenden Jahren noch investiert werden soll (vgl. Abschnitt 5.6.2). Diese Investitionen tragen nicht nur zur dauerhaften Sicherung des jeweiligen Schulstandortes, sondern in erheblichem Umfang auch zur sozialen Stabilisierung und städtebaulichen Aufwertung des umliegenden Quartiers bei.

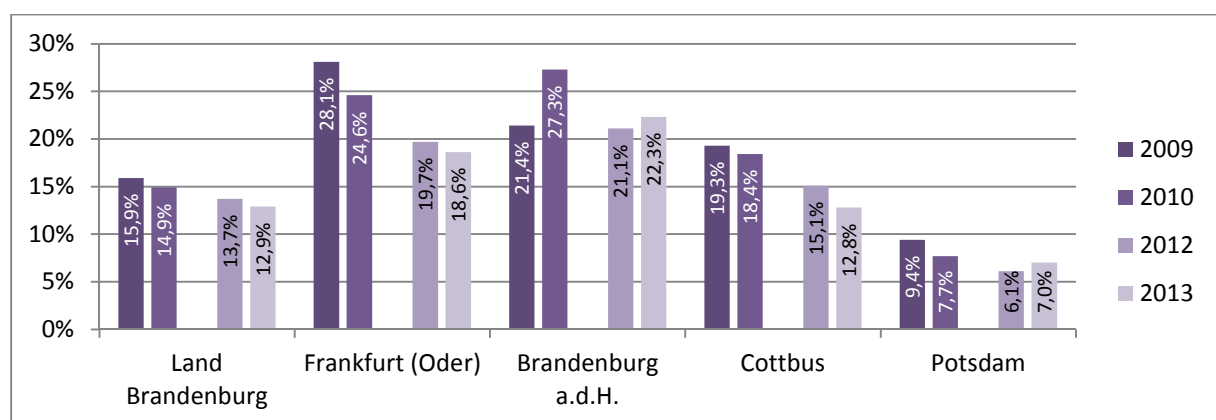
2.6 Gesundheit

Die Gesundheit gehört zu den Themenbereichen, die für die Beschreibung von Handlungsbedarfen und die Entwicklung entsprechender Lösungsansätze in benachteiligten Quartieren besonders wichtig sind. Wie bereits zum Zeitpunkt der Erarbeitung des IHK 2008 liegen jedoch auch jetzt für die Gebietskulisse keinerlei statistische Daten vor. Für Aussagen zur Gesamtstadt wurde damals der 3. Gesundheitsbericht als Teil des Kinderarmutsberichtes aus dem Jahr 2006 ausgewertet. Da kein Gesundheitsbericht jüngerer Datums und auch keine anderweitige Zuarbeit durch das Gesundheitsamt vorliegt, sind an dieser Stelle auch für die gesamtstädtische Ebene keine aktuellen Aussagen möglich. Alternativ können Hinweise zur gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen (v.a. aus sozial schwachen Familien) jedoch den Statistiken auf Landesebene entnommen werden.⁴¹

2.6.1 Sozialstatus von Familien mit Schulanfängern

Der dreistufige Sozialstatus von Familien mit Einschülern wird im Land Brandenburg im Rahmen der kinderärztlichen Einschulungsuntersuchungen erhoben. Gebildet wird dieser Index aus Angaben zur Schulbildung und zur Erwerbstätigkeit der Eltern eines Kindes. In der Gesundheitsberichterstattung erlaubt der Sozialstatus Auswertungen über sozio-ökonomisch bedingte, gesundheitliche Ungleichheiten.⁴²

Abbildung 28: Anteil der Einschüler aus Familien mit niedrigem Sozialstatus im Vergleich der kreisfreien Städte im Land Brandenburg 2009-2013 (ohne 2011)



Quelle: LASV, eigene Darstellung.

⁴¹ Vgl. LASV: Brandenburger Sozialindikatoren 2011, 2012, 2013, 2014.

⁴² Vgl. LASV: Brandenburger Sozialindikatoren 2014, S. 131f.

Die Daten für den Zeitraum von 2009 bis 2013 (ohne 2011) zeigen zum einen, dass der Anteil der Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus auf Landesebene rückläufig war, zum anderen jedoch, dass Frankfurt (Oder) – wie Brandenburg an der Havel – durchgängig Quoten aufweist, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen (vgl. Abbildung 28).

Auch wenn diese Daten keine direkten Rückschlüsse auf die Situation in der Gebietskulissee zulassen, besteht aus Sicht des Programms Soziale Stadt insofern ein weiterhin hoher Handlungsbedarf, als dass fehlende Erwerbstätigkeit (bzw. mangelndes Einkommen) und geringes Bildungsniveau entscheidende Armutsrisiken darstellen und für die betroffenen Familien häufig entsprechende Benachteiligungen nach sich ziehen (zu den geplanten Projekten vgl. u.a. die Abschnitte 5.4.2, 5.5.2 und 5.7.2).

2.6.2 Medizinisch relevante Befunde bei Einschülern

Bereits der 3. Gesundheitsbericht der Stadt Frankfurt (Oder) von 2006 stellte eine im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt doppelt so hohe Quote von Kindern mit Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen sowie die Tatsache fest, dass diese Befunde v.a. bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus auftraten.⁴³

Aktuelle Daten auf Landesebene zeigen, dass einige medizinisch relevante Befunde nach wie vor bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus gehäuft auftreten.⁴⁴ Auffällig hoch waren v.a. die Werte für Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen. Diese wurden im Zeitraum von 2007 bis 2012 bei jeweils gut einem Drittel dieser Kinder diagnostiziert. Die Quoten waren damit (zum Teil deutlich mehr als) doppelt so hoch wie bei Kindern mit mittlerem Sozialstatus. Unter den Kindern mit hohem Sozialstatus war sogar nur etwa jedes zehnte betroffen.⁴⁵

Ein quantitativ gesehen vergleichsweise geringes Problem bei Kindern im Einschulungsalter stellt erhebliches Übergewicht (Adipositas) dar.⁴⁶ Die relative Verteilung zeigt jedoch auch hier, dass bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus diese Diagnose überdurchschnittlich oft gestellt wird, verglichen mit Kindern aus Familien mit hohem Sozialstatus 3-4mal häufiger.⁴⁷ Zudem belegt eine aktuelle Studie den Zusammenhang zwischen dem Übergewicht bei Kindern und ihrem Wohnort.⁴⁸ Danach seien Kinder in benachteiligten Orts-

⁴³ Bei diesen Kindern lag der Anteil bei 40%. Kinder aus Familien mit mittlerem oder hohem Sozialstatus wiesen dagegen nur zu 28% bzw. 15% medizinisch relevante Befunde auf (vgl. IHK 2008, S. 39).

⁴⁴ In Übereinstimmung mit dem häufigeren Auftreten medizinisch relevanter Befunde bei Kindern mit niedrigem Sozialstatus im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen empfehlen Schulärzte hier auch deutlich häufiger die Zurückstellung oder gezielte Förderung. Die entsprechenden Quoten waren im Zeitraum von 2007 bis 2012 in etwa dreimal so hoch wie bei Kindern mit hohem Sozialstatus (vgl. ebenda).

⁴⁵ Anteile 2007 / 2012 bei Kindern mit niedrigem Sozialstatus 33,6% / 34,0%, bei Kindern mit mittlerem Sozialstatus 18,7% / 16,5% und bei Kindern mit hohem Sozialstatus 12,4% / 9,6% (vgl. ebenda).

⁴⁶ Im Bundesdurchschnitt gelten aktuell etwa 6 Prozent der Kinder und Jugendlichen als adipös, „normal“ übergewichtig ist mit etwa 15 Prozent ein deutlich höherer Anteil (vgl. Fußnote 48).

⁴⁷ Anteile 2007 / 2012 bei Kindern mit niedrigem Sozialstatus 5,8% / 7,2%, bei Kindern mit mittlerem Sozialstatus 3,8% / 4,8% und bei Kindern mit hohem Sozialstatus 1,6% / 1,9% (vgl. ebenda).

⁴⁸ Vgl. <https://idw-online.de/de/news577077>: Sag mir wo Du wohnst und ich sag Dir was Du wiegst: Wohnort beeinflusst das Gewicht von Kindern“, letzter Zugriff 03.05.2015).

teilen bis zu doppelt so häufig übergewichtig wie Kinder in privilegierten Gegenden. Wohne eine Mutter mit niedriger Bildung jedoch in einem privilegierten Ortsteil, verringere sich auch das Übergewichtsrisiko beim Kind. Eine mögliche Erklärung: „Stark benachteiligte Ortsteile unterscheiden sich von privilegierten nicht nur durch die Bildung und Arbeitssituation ihrer Anwohner, sondern auch durch bauliche Strukturen, Anbindung an die Infrastruktur, Zugang zu Grünflächen, Spielplätzen und Sonneneinstrahlung.“⁴⁹

Es handelt sich also um ein vielschichtiges und auch für die Quartiersentwicklung äußerst relevantes Problem, das sich am besten durch integriertes Denken und Handeln – wie etwa im Rahmen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt – beheben oder zumindest mildern lässt. Im vorliegenden Konzept kommt dies – wie bereits im IHK 2008 – u.a. durch die Auswahl und Bezeichnung der Handlungsfelder zum Ausdruck (Nr. 2 „Integration, Teilhabe, Gesundheit“ und Nr. 3 „Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur“, vgl. Abschnitte 5.2, 5.5 und 5.6).

2.7 Wohnen

Daten zur Zusammensetzung, zum Zustand und zur Entwicklung des Wohnungsbestandes lassen nicht nur Rückschlüsse auf den (baulichen) Charakter eines Quartiers, sondern auch auf die Wohn- und Lebensbedingungen der Gebietsbevölkerung sowie die Attraktivität des Quartiers zu. Für die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil sowie die Kommunikation und Begegnung im Quartier spielt darüber hinaus auch die Qualität des Wohnumfeldes und der öffentlichen Räume im Allgemeinen eine wichtige Rolle.

Über das Handlungsfeld 3 (Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur) sowie das Ziel, die Wohnfunktion in der Gebietskulisse durch die Verzahnung mit anderen Handlungsansätzen zu stärken, ist die Thematik bereits im Handlungskonzept 2008 verankert gewesen.⁵⁰

Übergeordnete statistische Daten, die einen Vergleich mit der Gesamtstadt ermöglichen, liegen – jeweils für die Jahre 2011 bis 2013 – u.a. für die Zusammensetzung und den baulichen Zustand des Wohnungsbestandes sowie den Wohnungsleerstand vor.

2.7.1 Wohnungsbestand⁵¹

Die nachfolgende Statistik bestätigt im Wesentlichen bereits bekannte Erkenntnisse über die bauliche (und demografische) Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte in Frankfurt (Oder). Dazu gehören u.a. der Wiederaufbau des Stadtzentrums nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, der gesamtstädtische Stadtumbau mit Rückbauschwerpunkten in den äußeren Stadtumbaugebieten und das Wachstum im Einfamilienhaussektor nach 1990. Darüber hinaus belegen die Zahlen, dass die bisherigen Anstrengungen zur Stärkung der Innenstadt auch im Bereich der Wohnraumversorgung – trotz erheblicher Einwohnerverluste auf gesamtstädtischer Ebene – erfolgreich waren und damit auch einen Beitrag zur Zielerreichung im Programm Soziale Stadt geleistet haben (vgl. auch Abschnitt 2.2).

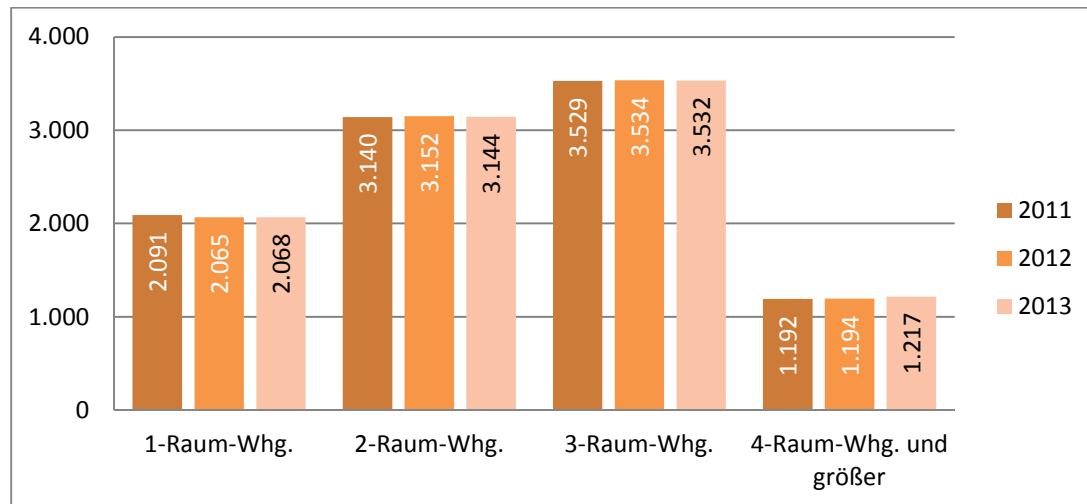
⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Vgl. IHK 2008, S. 77ff.

⁵¹ Prozentangaben eigene Berechnungen.

Der am 31.12.2013 in der Gebietskulisse vorhandene Wohnungsbestand lässt sich wie folgt beschreiben und mit der Gesamtstadt vergleichen.

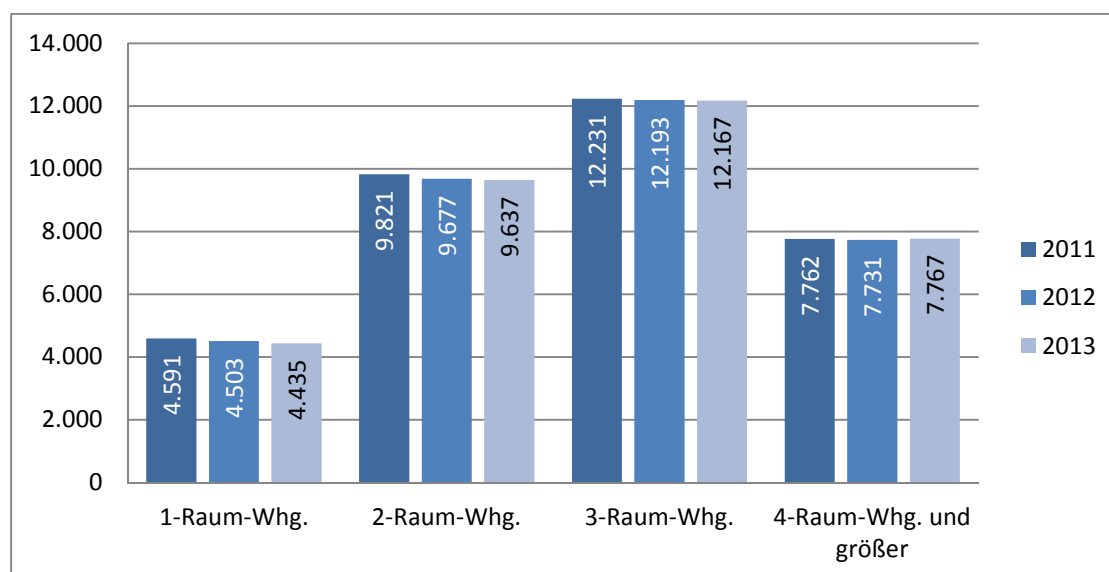
Abbildung 29: Anzahl und Größe der Wohnungen in der Gebietskulisse 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Ende 2013 gab es in der Gebietskulisse insgesamt 9.961 Wohnungen, davon entfielen ein gutes Drittel auf 3-Raum-Wohnungen und ein knappes Drittel auf 2-Raum-Wohnungen. Nur etwa jede achte Wohnung hatte vier oder mehr Zimmer (vgl. Abbildung 29). In der Gesamtstadt existierten zum gleichen Zeitpunkt 34.006 Wohnungen, wobei auch hier die 3-Raum-Wohnungen mit etwa 36 Prozent den größten Anteil ausmachten. Auffällig ist jedoch der mit ca. 23 Prozent fast doppelt so hohe Anteil von Wohnungen, die mindestens vier Zimmer haben (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 30: Anzahl und Größe der Wohnungen in der Gesamtstadt 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Von den insgesamt 9.961 Wohnungen in der Gebietskulisse wurde Ende 2013 immerhin jede fünfte (2.048) als altengerecht eingestuft. In der Gesamtstadt lag dieser Anteil mit knapp 18 Prozent etwas darunter. Damit leistet der Wohnungsbestand in der Gebietskulisse vor dem Hintergrund des demografischen Wandels einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der älter werdenden Bevölkerung mit Wohnraum – nicht zuletzt dadurch, dass Senioren möglichst lange selbständig und in vertrauter Umgebung alt werden können.

Von den insgesamt 806 Gebäuden in der Gebietskulisse waren Ende 2013 die meisten Wohngebäude, bei denen es sich wiederum weit überwiegend um Mehrfamilienhäuser handelte. Dagegen stellten in der Gesamtstadt die Einfamilienhäuser mit einem Anteil von etwa 57 Prozent und deutlichem Abstand die größte und zugleich die einzige Gebäudegruppe mit nennenswertem Wachstum dar (verglichen mit 2011). Die Zahl der Mehrfamilienhäuser hingegen nahm in der Gesamtstadt ab, in der Gebietskulisse jedoch leicht zu.

Von den Gebäuden in der Gebietskulisse entfielen die meisten auf die Baualtersklasse bis 1949, mit moderatem Abstand folgten die Baualtersklassen bis 1970 und bis 1990. Etwa jedes achte Gebäude ist nach 1990 errichtet worden. In der Gesamtstadt entfiel Ende 2013 der überwiegende Teil auf die Baualtersklasse bis 1949 (ca. 43 Prozent). Gebäude aus der Zeit nach 1990 machen zusammen einen Anteil von etwa 34 Prozent aus. Bemerkenswert ist, dass sich Anzahl und Verteilung der Gebäude in der Gebietskulisse seit 2011 kaum verändert haben. In der Gesamtstadt hingegen ist ein deutlicher Rückgang bei Gebäuden der Baualtersklasse 1971-1990 und ein deutlicher Zuwachs bei den nach 2002 errichteten Gebäuden zu verzeichnen.

In der Gebietskulisse handelte es sich Ende 2013 bei fast zwei Drittel der Gebäude (511 von 806) um Mauerwerksbauten. Die mit deutlichem Abstand zweigrößte Gruppe stellten Plattenbauten vom Typ P2 (105 Gebäude). Diese beiden Gebäudegruppen dominieren auch den Bestand in der Gesamtstadt. Zugleich sind hier gegenüber 2011 auch die stärksten Veränderungen zu verzeichnen (Zuwächse bei den Mauerwerksbauten, Abgänge bei den P2-Gebäuden).

Deutlich mehr als die Hälfte der Gebäude in der Gebietskulisse (56 Prozent) befanden sich Ende 2013 im Eigentum von drei der vier großen Wohnungsunternehmen der Stadt Frankfurt (Oder). Im Einzelnen entfielen von den 806 Gebäuden 277 auf die WOWI, 166 auf die WohnBau und 8 auf die WoGe Süd. 342 Gebäude entfielen auf sonstige Eigentümer. Beim Blick auf die relativen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse auf gesamtstädtischer Ebene wird die tragende Rolle der WOWI und der WohnBau beim Stadtumbau deutlich.⁵² In der Gebietskulisse selbst ist - gegenüber 2011 – hingegen nur die WohnBau von der rückbaubedingten Reduzierung der Zahl ihrer Gebäude betroffen.

Im Hinblick auf den Sanierungsstand der Gebäude sind belastbare Aussagen nur eingeschränkt möglich, da entsprechende Daten lediglich von den vier großen Wohnungsunternehmen⁵³ vorliegen, die sich auf etwa 56 Prozent des Wohnungsbestandes beziehen. Von den 806 Gebäuden in der Gebietskulisse waren Ende 2013 mindestens 273 Gebäude voll saniert, mindestens 78 teilsaniert und mindestens 100 unsaniert. Gegenüber 2011 hat die

⁵² Vgl. INSEK 2014-2025, S. 52.

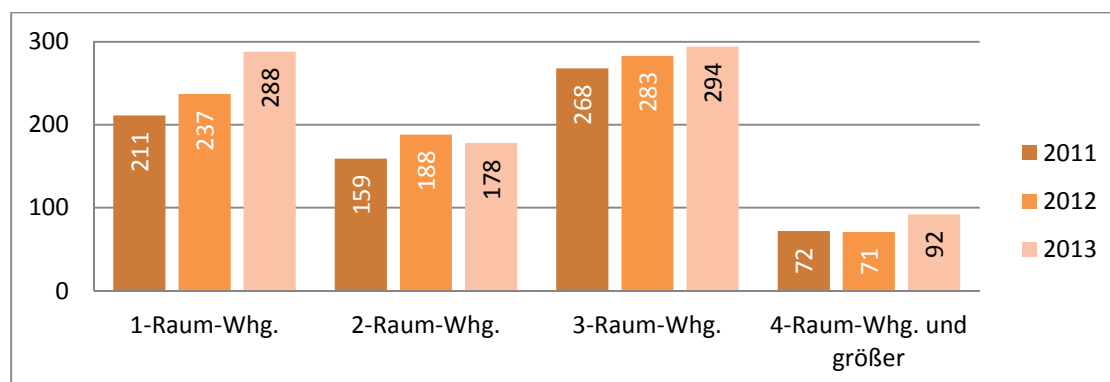
⁵³ Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH (WOWI), Wohnungsbaugenossenschaft Frankfurt (Oder) e.G. (WohnBau), Wohnungsgenossenschaft Frankfurt (Oder) Süd e.G. (WoGe Süd) und Baugenossenschaft für kleinere Wohnungen zu Frankfurt an der Oder e.G. (BkW).

Zahl der vollsanierten Gebäude leicht zugenommen und die der teilsanierten und unsanierten leicht bzw. etwas stärker abgenommen. Für die 355 Gebäude anderer Eigentümer (2013) liegen dementsprechend keine Angaben vor. Dies gilt auch für die Gesamtstadt.

2.7.2 Wohnungsleerstand⁵⁴

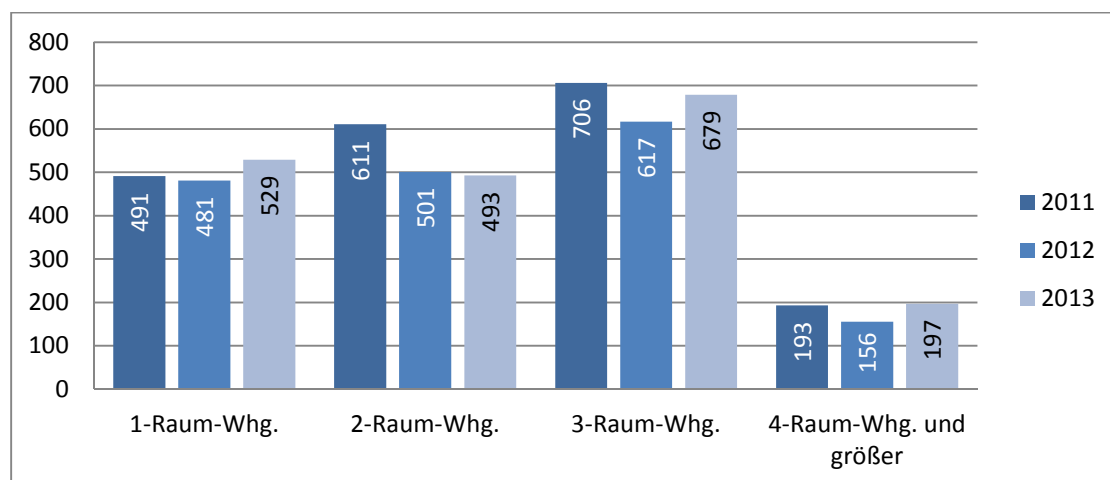
Grundsätzlich kann ein hoher Anteil leerstehender Wohnungen als Indikator sowohl für städtebauliche Missstände (Bausubstanz, Wohnumfeld) als auch für die mangelnde Attraktivität und das schwierige Image eines Quartiers gelten. Auf gesamtstädtischer und regionaler Ebene kommt die Entwicklung der Einwohnerzahlen und damit die Nachfrage nach Wohnraum als Einflussfaktor hinzu. Jedoch wies bereits das IHK 2008 darauf hin, dass hohe Leerstandsquoten auch sanierungs- oder stadumbaubedingt (und damit nur vorübergehender Natur) sein können.

Abbildung 31: Anzahl und Größe der leerstehenden Wohnungen in der Gebietskulisse 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

Abbildung 32: Anzahl und Größe der leerstehenden Wohnungen in der Gesamtstadt 2011-2013



Quelle: Kommunale Statistikstelle, eigene Darstellung.

⁵⁴ Prozentangaben zum Teil eigene Berechnungen.

Aktuelle Leerstandsdaten liegen nur für die Jahre ab 2011 und nur für die vier großen Wohnungsunternehmen der Stadt vor. Danach stieg die Zahl der leerstehenden Wohnungen in der Gebietskulisse zwischen 2011 und 2013 um 20 Prozent von 710 auf 852. Die Leerstandsquote stieg von knapp 10 auf knapp 12 Prozent. Ein wesentlicher Einflussfaktor dürften hier laufende oder geplante Sanierungsmaßnahmen größeren Umfangs (wie z.B. im Quartier rund um die Wollenweberstraße) sein. Die jeweils größten Anteile entfallen dabei auf 3-Zimmer-Wohnungen. Auffällig ist jedoch, dass die Quote leerstehender 1-Zimmer-Wohnungen in der Gebietskulisse deutlich höher ist als ihr Anteil am Gesamtbestand (vgl. Abbildung 31).

Dies gilt auch für die Gesamtstadt (vgl. Abbildung 32). Allerdings ist hier die Zahl der insgesamt leerstehenden Wohnungen im o.g. Zeitraum um etwa 5 Prozent von 2001 auf 1898 gesunken. Die Leerstandsquote sank leicht auf 10,5 Prozent. Die Vergleichbarkeit dieser Daten mit denen aus dem IHK 2008⁵⁵ ist nur bedingt gegeben, da sich letztere auf die Wohnbezirksebene beziehen und relativ stark aggregiert sind (0-10%, über 10%-20%, über 20-30%, über 30% Leerstand).

2.8 Zwischenfazit

Die statistischen Daten zeichnen ein vielschichtiges und auf den ersten Blick manchmal auch widersprüchliches Bild von der momentanen Situation der Gebietskulisse und ihrer Entwicklung seit dem Start des Förderprogramms Soziale Stadt im Jahr 2007. Auf der einen Seite hat sich das Gebiet in mancher Hinsicht – für sich genommen und im Vergleich mit der Gesamtstadt – positiv entwickelt oder zumindest stabilisiert. Dies betrifft u.a. die demografische Entwicklung, die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Gebietsbevölkerung, die gesunkene Jugendarbeitslosigkeit, den Rückgang der Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II und der alleinerziehenden Hilfebedürftigen, den Ausbau der Betreuungskapazitäten, den Rückgang der Zahl von Einschülern mit Sprachauffälligkeiten und den relativ hohen Anteil an altengerechten Wohnungen.

Auf der anderen Seite deutet Einiges auf das Fortbestehen und sogar die Verfestigung bestimmter sozialer und ökonomischer Problemlagen und damit einhergehender Benachteiligungen hin. Zu nennen sind hier u.a. der in Teilen relativ hohe Gewerberaumleerstand, die insgesamt gestiegene Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, die (jeweils im Landesvergleich) weiterhin sehr hohe Kinderarmutsquote sowie die hohen Anteile an Empfängern von Leistungen zur Grundsicherung im Alter und an Einschülern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus sowie der Anstieg der Fallzahlen der Erziehungs- und Familienberatung. Ein besonders hoher Handlungsbedarf resultiert aus der – trotz aller o.g. positiven Entwicklungen – räumlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen, die tendenziell einem höheren Risiko von Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung ausgesetzt sind. Eine aktuelle und an Bedeutung zunehmende Herausforderung stellt der steigende Zustrom an Flüchtlingen und Asylbewerbern dar.

Die wichtigsten Ergebnisse aus der Analyse der statistischen Daten sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 35.

Tabelle 1: Übersicht der wichtigsten Ergebnisse aus der Analyse der statistischen Daten

Bevölkerung und Haushalte	- Im Vergleich zur Gesamtstadt deutlich geringere Verluste bei der Altersgruppe der 18- bis 44-Jährigen sowie bei der Einwohnerzahl insgesamt - Leichter Zuwachs in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen - Stark steigender Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern
Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung	- Leichte Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Gebietsbevölkerung, im Vergleich mit der Gesamtstadt aber durchgängig deutlich geringere Beschäftigungsquote - Starker Rückgang der Zahl der Auszubildenden in der Gesamtstadt (und damit des potenziellen Nachwuchses für die lokale / regionale Wirtschaft) - z.T. hoher Gewerberaumleerstand in zentralen Lagen
Armut und Arbeitslosigkeit	- Anstieg der Zahl und Quote aller Arbeitslosen sowie durchgängig hoher Anteil von Arbeitslosen nach SGB II an allen Arbeitslosen - Relativer und absoluter Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit - Starker Anstieg der Zahl der Langzeitarbeitslosen und ihres Anteils an allen Arbeitslosen - Gemessen am Bevölkerungsanteil der Gebietskulissee, überdurchschnittliche hohe Anteile (und damit räumliche Konzentration) von Bevölkerungsgruppen, die einem höheren Risiko von Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung ausgesetzt sind (v.a. Arbeitslose insgesamt, Langzeitarbeitslose, Leistungsempfänger nach SGB II, alleinerziehende Hilfebedürftige nach SGB II) - Im Vergleich zur Gesamtstadt deutlich stärkerer Rückgang der Zahl der Empfänger von Leistungen nach SGB II und der alleinerziehenden Hilfebedürftigen - Durchgängig höchste Kinderarmutsquote im Vergleich der Gesamtstadt mit den anderen kreisfreien Städten im Land Brandenburg - Durchgängig höchster Anteil an Empfängern von Leistungen zur Grundsicherung im Alter im Vergleich der Gesamtstadt mit den anderen kreisfreien Städten im Land Brandenburg
Bildung und Jugendhilfe	- Im Vergleich zur Gesamtstadt stärkerer Zuwachs bei den Betreuungskapazitäten in Krippen, Kitas und Horten - Gesunkene Zahl von Einschülern mit Sprachauffälligkeiten, jedoch überdurchschnittlicher Anteil der Gebietskulissee an allen Kindern mit Sprachauffälligkeiten (gemessen am Bevölkerungsanteil) - Starker Anstieg der Fallzahlen der Erziehungs- und Familienberatung (als mögliches Indiz für die teilweise Verschärfung sozio-ökonomischer Problemlagen)
Gesundheit	- Im Landesvergleich auf gesamtstädtischer Ebene deutlich überdurchschnittliche Quote von Einschülern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus
Wohnen	- Relativ hoher Anteil an altengerechten Wohnungen

Quelle: eigene Darstellung.

3 Evaluierung der bisherigen Programmumsetzung

Die Umsetzung der Maßnahmen und Projekte des Integrierten Handlungskonzeptes begann Ende 2008 und dauert damit inzwischen etwa sechseinhalb Jahre an. Ein wichtiger Baustein im Rahmen der Fortschreibung ist daher die Evaluierung der bisherigen Programmumsetzung. Ziel ist es, die Erreichung der gesteckten Ziele und die Wirkung der geförderten Projekte zu untersuchen sowie den verbleibenden Handlungsbedarf einzuschätzen. Auf dieser Grundlage können neue Projekte entwickelt und ggf. Ziele und Handlungsfelder angepasst werden.

3.1 Leitbild und übergreifende Ziele

Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wurde ins Leben gerufen, um der zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung in den Städten durch einen ganzheitlichen Ansatz entgegenzuwirken. Auf der übergeordneten Ebene verfolgte das Programm im Wesentlichen folgende Ziele:

- Verbesserung der physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis in den benachteiligten Quartieren
- Erhöhung der Teilhabechancen der Quartiersbevölkerung durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen
- Stärkung des Gebietsimages, der Stadtteilöffentlichkeit und der Identifikation der Gebietsbevölkerung in den Quartieren.

Für das Quartier „Innenstadt-Beresinchen“ in Frankfurt (Oder) wurde daraus das Leitmotiv entwickelt, „die Angebots- und Aktivitätenvielfalt zur Verbesserung der Lebensqualität zu unterstützen.“ Dabei sollte es vorrangig darum gehen, vorhandene Angebote zu stärken, besser miteinander zu vernetzen und somit ihre Ausstrahlungswirkung zu erhöhen.⁵⁶

Inwieweit die bisherige Programmumsetzung diesem Leitmotiv gerecht werden konnte, lässt sich – unter Berücksichtigung der damals definierten Erfolgsindikatoren – am besten auf der Ebene der vier Handlungsfelder und der darin angesiedelten Projekte beantworten.

3.2 Gesamtüberblick über die geplanten Projekte 2008-2014

3.2.1 Umgesetzte oder fortlaufende Projekte

Im Zeitraum von Dezember 2008 (Start der Programmumsetzung) und Dezember 2014 waren insgesamt 31 Vorhaben⁵⁷ für eine Realisierung vorgesehen. 14 davon wurden vollständig umgesetzt, 6 weitere befinden sich in der Umsetzung oder haben einen fortlaufenden, die Gesamtmaßnahme begleitenden Charakter. Unter Einbeziehung der fortlaufenden Maßnahmen wurden insgesamt zwei Drittel aller geplanten Projekte umgesetzt (vgl. Tabelle 2).

⁵⁶ IHK Soziale Stadt (2008), S. 14 und 45.

⁵⁷ Hinzu kommen programmbezogene Planungsleistungen (v.a. Erarbeitung des IHK und dessen Fortschreibung) und die Verfahrenssteuerung (vgl. die Abschnitte 3.7 und 5.8 zur Organisationsstruktur), die jeweils keine Projekte im engeren Sinne darstellen und deshalb nicht in den nachfolgenden Übersichten aufgeführt sind.

Tabelle 2: Umsetzungsstand der geplanten Projekte 2008-2014

Handlungsfeld	umgesetzt	fortlaufend	nicht umgesetzt	Summen	Umsetzungsquote
HF 1	3	0	2	5	60%
HF 2	4	2	5	11	55%
HF 3	7	1	2	10	80%
HF 4	0	3	2	5	60%
Summen	14	6	11	31	64%

Quelle: eigene Darstellung.

Die Verteilung der verausgabten Fördermittel zeigt deutlich, dass der Schwerpunkt der bisherigen Programmumsetzung im Bereich der investiven Maßnahmen lag. Hierfür wurden fast drei Viertel der Mittel eingesetzt. Unter den nicht-investiven Maßnahmen fallen insbesondere die Straßensozialarbeit sowie die Ausgaben für die Begleitung der Gesamtmaßnahme ins Gewicht (Quartiersmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Quartiersfonds) (vgl. Tabelle 3).⁵⁸

Tabelle 3: Fördermitteleinsatz⁵⁹ für umgesetzte / fortlaufende Projekte 2008-2014

	umgesetzte / fortlaufende Maßnahmen				Summen	
	davon investiv		davon nicht-investiv			
	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro
HF 1	0	0,00 €	2	93.000,00 €	2	93.000,00 €
HF 2	1	67.000,00 €	5	821.000,00 €	6	888.000,00 €
HF 3	7	2.975.000,00 €	0	0,00 €	7	2.975.000,00 €
HF 4	0	0,00 €	3	357.000,00 €	3	357.000,00 €
Summen	8	3.042.000,00 €	10	1.271.000,00 €	18	4.313.000,00 €

Quelle: eigene Darstellung.

Im Handlungsfeld 1 wurden von fünf geplanten Projekten drei realisiert und mit etwa 93.000 € aus dem Programm Soziale Stadt gefördert. Im Handlungsfeld 2 waren insgesamt elf Projekte geplant, sechs davon wurden oder werden umgesetzt und mit Mitteln in Höhe von etwa 888.000 € unterstützt. Im Handlungsfeld 3 waren insgesamt zehn Projekte geplant, sieben davon wurden oder werden mit Hilfe von Mitteln der Sozialen Stadt in Höhe von knapp 3 Mio. € durchgeführt. Im Handlungsfeld 4 waren insgesamt fünf Projekte geplant. Drei davon haben fortlaufenden, die Gesamtmaßnahme begleitenden Charakter. Aus dem Programm Soziale Stadt wurden dafür bis Ende 2014 Mittel in Höhe von etwa 357.000 € bereitgestellt.

⁵⁸ In der Übersicht sind nur die 18 Projekte dargestellt, die mit Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt umgesetzt wurden. Hinzu kommen zwei weitere, die zwar Bestandteil des IHK 2008 waren, aber anderweitig umgesetzt / finanziert wurden.

⁵⁹ Bund / Land / Kommune für den Zeitraum 2008-2014, auf volle tausend Euro auf- oder abgerundet.

Tabelle 4: Übersicht der umgesetzten / fortlaufenden Projekte 2008-2014

HF	Projekt	Träger	Zeitraum	Fördermitteleinsatz ⁶⁰
1	Kompetenzagentur zur sozialen und beruflichen Integration	Internationaler Bund	2008-2012	79.000 €
	KompAss plus Kompetenzagentur für Schüler	bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH	2009-2012	– ⁶¹
	Quick Check Altberesinchen	conceptfabrik	2010	14.000 €
2	Seniorenzentrum Zehmeplatz – Fahrstuhlumbau	Arbeiter-Samariter-Bund	2010-2011	67.000 €
	SGZ Zehmeplatz	SGZ Frankfurt (Oder) e.V.	2010 ⁶²	85.000 €
	Fit mit Biss	Deutsche Angestellten Akademie	2011-2012	27.000 €
	Verkehrspädagogische Erziehung / Mobilitätserziehung	Stiftung SPI	2010-2015	83.000 €
	Lebenslanges Lernen – Senioren-PC-Kurse	Seniorenbeirat	2009-2011	6.000 €
	Offene Jugendarbeit / Straßensozialarbeit	Flexible Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V.	2011-2015	620.000 €
3	GS Mitte – Umbau / Sanierung Horthaus	Stadt FFO	2008-2013	1.293.000 €
	GS Mitte – Sanierung Schulgebäude (1.BA)	Stadt FFO	2011-2012	490.000 €
	GS Mitte – Sanierung Turnhalle	Stadt FFO	2009-2010	– ⁶³
	Sanierung Kita Bambi (1.+2. BA)	Stadt FFO	2010-2015	(1.BA) 445.000 € (2.BA) 18.000 €
	Umgestaltung Außenanlagen Euro-Kita	Stadt FFO	2012-2013	58.000 €
	Mehrgenerationenhaus MI-KADO (1.+6. BA) ⁶⁴	Stadt FFO	2009-2015	(1.BA) 166.000 € (6.BA) 122.000 €
	Medienkabinett	Stadt FFO	2009-2010	70.000 €
	Sanierung Schöpferdenkmal	Stadt FFO	2011	313.000 €
4	Quartiersmanagement	Stiftung SPI	seit 2008	270.000 €
	Quartiersfonds	QM	seit 2009	25.000 €
	Öffentlichkeitsarbeit	QM	seit 2008	62.000 €

Quelle: eigene Darstellung.

⁶⁰ Bund / Land / Kommune für den Zeitraum 2008-2014, auf volle tausend Euro auf- oder abgerundet.

⁶¹ Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 966.000 €. Die Finanzierung erfolgte (wie vorgesehen) ohne den Einsatz von Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt.

⁶² Die Jahreszahl bezieht sich auf die mit Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt bezuschusste Umsetzung der baulichen Maßnahmen. Das ebenfalls im Jahr 2010 gestartete Kursangebot ist vom Projektträger bis mindestens Ende 2015 aufrechtzuerhalten.

⁶³ Die Gesamtkosten in Höhe von etwa 994.000 € wurden zu 90% aus Mitteln des Konjunkturpaketes II und zu 10% aus Eigenmitteln der Stadt Frankfurt (Oder) finanziert.

⁶⁴ Die Bauabschnitte 2 bis 5 wurden vollständig, der 6.BA teilweise aus Mitteln des Programms Stadtbau Ost finanziert.

3.2.2 Nicht umgesetzte Projekte

Von den insgesamt 31 im bisherigen Umsetzungszeitraum geplanten Maßnahmen sind elf über diesen Status nicht hinausgekommen. In der Mehrzahl der Fälle lag dies entweder an der mangelnden Tragfähigkeit der Projektidee oder Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der Finanzierung oder der Trägerschaft. Ein Teil dieser Projekte soll entweder weiterhin im Rahmen des Programms Soziale Stadt oder auf anderem Wege umgesetzt werden. Bei den übrigen gibt es entweder keinen Bedarf mehr oder keine realistische Chance auf Umsetzung (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Übersicht der nicht umgesetzten Projekte 2008-2014

HF	Projekt	Weiteres Vorgehen
1	Jugendgästehaus	kein Bedarf, da anderweitige Übernachtungsmöglichkeiten vorhanden
	Fairer Handel	Fehlender Bezug zum Programm Soziale Stadt, fehlende Konkretisierung
2	KEK Kita Bambi	momentan aufgrund fehlender Kofinanzierung keine realistische Chance auf Umsetzung
	Deutsch-polnischer Jugendclub	Berücksichtigung in der Fortschreibung als Teil der neuen Projektidee „Deutsch-polnische Jugendbegegnungen“
	Integrierte Gesundheitskonzeption	Umsetzung mit Hilfe verwaltungsinterner Ressourcen läuft
	Sozialraumkonzept	ggf. Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung der ITK für die Stadtumbaugebiete
	Skaterhalle Helldorado	Projektträger nicht mehr vorhanden
3	Frankfurter Event- und Technikzentrum	Berücksichtigung in der Fortschreibung, ggf. modifizierte Umsetzung
	Sanierung und Umnutzung Lokschuppen	keine realistische Chance auf Umsetzung
4	Kultur- und Begegnungszentrum fforst	Im Rahmen des Programms Soziale Stadt keine realistische Chance auf Umsetzung
	Entwicklung positiver Lebensbedingungen im Meurerhof	Berücksichtigung in der Fortschreibung, modifizierte Umsetzung

Quelle: eigene Darstellung.

Im Handlungsfeld 1 wurden zwei Projekte nicht umgesetzt. Die Errichtung und der Betrieb eines internationalen Jugendgästehauses mit ergänzendem wassertouristischen Angebot am nördlichen Ende der Oderpromenade wurde als Projektidee vom Internationalen Bund eingereicht und in das IHK aufgenommen. Durch die Schaffung von Beherbergungskapazitäten insbesondere für deutsche und internationale Jugendliche, Schulklassen, Jugendgruppen und Fahrradtouristen sollten der Tourismusstandort Frankfurt (Oder) gestärkt und zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze im Hotel- und Gaststättengewerbe geschaffen werden. Eine Berücksichtigung im Rahmen der Fortschreibung des Konzeptes ist nicht erforderlich, weil es an anderer Stelle im Stadtgebiet adäquate Angebote mit freien Kapazitäten gibt.

Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes 2008, aber gleichfalls nicht umgesetzt, war eine Idee des Puerto Alegre e.V. Das Projekt „Fairer Handel“ zielte im Kern auf die Stärkung der lokalen Wirtschaft und des fairen Handels in Frankfurt (Oder) und sollte durch professio-

nelle Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit flankiert werden. Händlern aus der Region sollte ein Forum für den Verkauf ihrer Produkte zu fairen Preisen geboten werden. Eine Aufnahme in die Fortschreibung des Handlungskonzeptes von 2008 wurde aufgrund eines fehlenden Bezugs zum Programm Soziale Stadt und der Gebietskulisse, der fehlenden Konkretisierung und unzureichender Aussichten auf Verstetigung verworfen.

Im Handlungsfeld 2 wurden fünf der ursprünglich geplanten Projekte nicht umgesetzt. Dazu gehörte unter anderem die – bereits konzeptionell verankerte – Idee, die Kita Bambi zu einem Kinder-Eltern-Kompetenzzentrum weiterzuentwickeln (vgl. auch Abschnitt 3.5.2). Hintergrund war (ist) der mit einem Drittel relativ hohe Anteil von Kindern aus tendenziell sozial und ökonomisch benachteiligten Haushalten sowie die Tatsache, dass ein Teil der Eltern im Hinblick auf die wachsenden und / oder sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen an Bildung und Erziehung tendenziell überfordert war (ist). Neben der Fortführung des Regelbetriebs ging es daher um die Entwicklung einer Reihe familienbildender Maßnahmen mit präventivem Charakter, die mit intensiver Beteiligung der Familien und lokalen Netzwerke umgesetzt werden sollten. Angedacht waren u.a. niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsvorsorge und Medienerziehung und die Profilierung als bedeutendes gesellschaftliches Kommunikationszentrum für den Einzugsbereich durch öffentliche Veranstaltungen und Kursangebote. Das Projekt scheiterte bislang am fehlenden Eigenanteil zur Finanzierung der Kosten für das Personal, die bauliche Anpassung des Gebäudes und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen sowie an der dauerhaften Sicherung im kommunalen Haushalt.

Die vom Stübfurt e.V. eingebrachte Idee eines deutsch-polnischen Jugendclubs zielte auf die Förderung des Miteinanders von deutschen und polnischen Jugendlichen im Alltag ab. Dieser sollte im Karl-Liebknecht-Gymnasium untergebracht werden. Die Idee soll nun im Rahmen eines neu entwickelten Projektes zur Förderung deutsch-polnischer Jugendbegegnungen weiterverfolgt werden (vgl. Abschnitt 5.5.2).

Nicht umgesetzt wurden auch zwei Konzepte. Das geplante Sozialraumkonzept sollte sich an die in der Gebietskulisse vorhandenen sozialen Einrichtungen wenden und einen Beitrag zur stärkeren Verzahnung, Vernetzung und Qualifizierung ihrer Angebote leisten. Die Idee kam lediglich im Stadtteil Neuberesinchen und ohne Förderung aus dem Programm Soziale Stadt zur Umsetzung. Die integrierte Gesundheitskonzeption sollte sich mit einer sozialräumlich ausgerichteten Gesundheitsförderung befassen. Gegenwärtig erfolgt die Umsetzung mit verwaltungsinternen Ressourcen.

Die Skaterhalle Helldorado existierte zum Zeitpunkt der Erarbeitung des IHK bereits und hatte sich zu einem festen Bestandteil der Jugendszene in Frankfurt (Oder) entwickelt. Die vorgesehene Sanierung der Bausubstanz sollte den langfristigen Erhalt der Vereinsaktivitäten sichern helfen und war Bestandteil des geplanten Frankfurter Event- und Technikzentrums im ehemaligen Straßenbahndepot (vgl. Abschnitt 3.5.2). Die Skaterhalle besteht seit Ende 2009 nicht mehr und auch der Projektträger Ostbande e.V. hat sich inzwischen aufgelöst. Deshalb konnte das Projekt nicht wie geplant umgesetzt werden.

Im Handlungsfeld 3 wurden von zehn geplanten Projekten zwei (bisher) nicht realisiert. Die Idee eines Frankfurter Event- und Technikzentrums bezieht sich auf das seit Mitte der 1990er Jahre größtenteils leerstehende ehemalige Straßenbahndepots im Bereich Bachgasse / Fischerstraße. Gegenstand des Projektes war die Sanierung der historischen Bausubstanz als Voraussetzung für die langfristige Sicherung der damals ansässigen Vereine (Mu-

seumswerkstatt für Verkehr und Technik, Ostbände) und für die Ansiedlung weiterer erlebnis- und bildungsorientierter Aktivitäten. Aufgrund fehlender Tragfähigkeit sind bislang alle Versuche zur Nachnutzung des seit Oktober 2014 unter Denkmalschutz stehenden Areals gescheitert. Nicht zuletzt aufgrund seiner städtebaulichen Bedeutung soll das Projekt in veränderter Form weiterverfolgt werden (vgl. Abschnitt 5.6.2).

Hingegen soll das zweite bislang nicht realisierte Projekt dieses Handlungsfeldes – die Sanierung des Lokschuppens im Bereich der nördlichen Oderpromenade – nicht in die Fortschreibung aufgenommen werden. Hier gibt es private Investoren, die dieses Objekt in die Konzeption zur Sanierung des Klingepumpwerks einbeziehen wollen.

Von den sechs ursprünglich geplanten Projekten im Handlungsfeld 4 wurden zwei (bisher) nicht umgesetzt. Dabei handelt es sich zum einen um die Idee eines Kultur- und Begegnungszentrums im Gebäude des vom Verbündungshaus fforst e.V. selbstverwalteten Studentenwohnheims in der Forststraße 3-4. Hier sollten vor allem bauliche Maßnahmen im gemeinschaftlich genutzten Teil des Gebäudes und im Außenbereich finanziert werden. Der überwiegende Teil der für eine Förderung aus Mitteln der Sozialen Stadt in Frage kommenden Maßnahmen wurde zwischenzeitlich mit Unterstützung der IKEA-Stiftung realisiert. Die umfassende Sanierung des Gebäudes ist u.a. wegen des hohen Finanzierungsbedarfes und der schwierigen Eigentums- und Nutzerstruktur bislang jedoch nicht gelungen.

Das Projekt „Entwicklung positiver Lebensbedingungen im Meurerhof“ soll hingegen in modifizierter Form an einem anderen Standort weiterverfolgt werden (vgl. Abschnitt 5.7.2).

3.3 Handlungsfeld 1: Lokale Wirtschaft, Arbeit, Armut

3.3.1 Ziele und Indikatoren

Arbeitslosigkeit gehört zu den Hauptursachen für Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung. Folgerichtig wurde im IHK 2008⁶⁵ der Stärkung der lokalen Wirtschaft, der Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten und der Vermeidung von Armut eine zentrale Bedeutung für die dauerhafte Stabilisierung der Gebietskulisse beigemessen. Im Rahmen des Programms Soziale Stadt sollten vor allem bestehende Angebote besser vernetzt, vorhandene Lücken geschlossen sowie Bedürftige / Betroffene in Arbeit vermittelt und gesellschaftlich integriert werden. Dabei sollten auch mögliche Synergieeffekte mit anderen Handlungsfeldern und Programmen genutzt werden.

Die Ziele im Handlungsfeld 1 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Stabilisierung und Weiterentwicklung der lokalen Wirtschaft im Quartier durch Unterstützung / Förderung quartiersbezogener Angebote und gemeinnütziger Einrichtungen;
2. Verbesserung / Vernetzung lokaler Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Vermittlungsangebote durch Verknüpfung von Maßnahmen zur Stadtteilentwicklung mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, durch Verknüpfung mit weiteren Hand-

⁶⁵ vgl. ebenda, S. 45ff.

lungsfeldern der Sozialen Stadt sowie durch Unterstützung beim Aufbau quartiersbezogener Vermittlungsnetzwerke;

3. Weiterentwicklung des Gesundheitswesens bzw. der Gesundheitswirtschaft durch Entwicklung bedarfsgerechter Konzepte und Strategien.

Für die Bewertung der Zielerreichung wurden folgende Indikatoren definiert:

gebietsbezogen	- Anzahl / Quote der Langzeitarbeitslosen - Anzahl / Quote der Leistungsempfänger nach SGB II - Kinderarmutsquote
projektbezogen	- (un)mittelbare Arbeitsplatzwirkungen - Anzahl und Entwicklung von Betreuungsfällen - Schulübergangstatistiken

3.3.2 Umgesetzte Projekte

Kompetenzagentur zur sozialen und beruflichen Integration

Die Idee der Kompetenzagentur richtete sich an Jugendliche im Alter zwischen 16 und 27 Jahren an der Schwelle zum Erwerbsleben, die aufgrund schwerwiegender Sozialisations- und Integrationsdefizite (zum Teil mehrfach) benachteiligt sind. Die Bandbreite der Probleme reicht von schwierigen familiären Verhältnissen über Lern- oder Leistungsbeeinträchtigungen bis zu Arbeitslosigkeit und drohender Obdachlosigkeit.

Kernziel des Projektes war die bedarfsorientierte Unterstützung und Begleitung dieser Zielgruppe bei der beruflichen und sozialen Integration. Dadurch sollten die Zahl der jugendlichen Schulverweigerer oder Schulabbrecher reduziert, einer zunehmenden Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher entgegengewirkt und letztlich die Lebensbedingungen und Perspektiven für junge Menschen und ihre Familien positiv beeinflusst werden.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes im Jahr 2008 existierte bereits ein Netzwerk aus mehr als 30 Partnern, darunter die Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Schulen, freie Träger und lokale Initiativen sowie die Arbeitsagentur und das Jobcenter. Da die Förderung aus Drittmitteln im August 2008 auslief, stand die Nachhaltigkeit des Projektes in Frage. Die Anschlussfinanzierung konnte durch eine Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (65%) und aus Mitteln des Regelprogramms der Sozialen Stadt in Höhe von ca. 79.000 € bis Ende 2012 sichergestellt werden.

Im Zentrum der Aktivitäten standen niedrigschwellige und aufsuchende Beratungs- und Unterstützungsangebote (gezielte Ansprache, Krisenintervention, CaseManagement). Hinzu kamen u.a. die Pflege, Koordination und Weiterentwicklung des Netzwerkes, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Sicherstellung der Nutzbarkeit geschaffener Strukturen und Angebote.

Die Räumlichkeiten der vom Internationalen Bund e.V., Förder- und Integrationszentrum Brandenburg, getragenen Kompetenzagentur befanden sich in zentraler Lage innerhalb der Gebietskulisse (Große Scharrnstraße 15) und waren daher für deren Bewohner und insbesondere für die Zielgruppe gut zu erreichen. Für diesen, durch einen hohen Gewerberaumleerstand und städtebauliche Defizite geprägten Straßenzug war damit auch eine gewisse

Belebung verbunden. Zudem befanden bzw. befinden sich einige (im Hinblick auf die aufsuchende Arbeit relevante) soziale Brennpunkte und die Beratungsstelle des Jugendmigrationsdienstes in unmittelbarer Nachbarschaft.

Laut Abschlussevaluation des Programms und des Projektträgers wurden die Ziele des Projektes überwiegend erfüllt. Im Gesamtzeitraum wurden in Frankfurt (Oder) 155 junge Menschen erreicht. Mehr als die Hälfte (53,6%) konnten erfolgreich integriert werden. Im Vergleich zu bundes- oder landesweiten Zahlen kann dies als Erfolg gewertet werden.

Im Zusammenhang mit der neuen ESF-Förderperiode 2014-2020 hat sich die Stadt erfolgreich für eine Förderung aus dem Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ beworben. Im Ergebnis dessen wird ab dem 01.08.2015 die Etablierung eines Projektes „Richtungs.wxl“ in Trägerschaft des Vereins Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Kompetenzagentur/ Schulverweigerung – Die 2. Chance“ sowie mehrerer Mikroprojekte erfolgen. Eine mittelfristige inhaltliche Fortführung der Arbeit ist also gesichert.

KompAss plus Kompetenzagentur für Schüler

Mit diesem Projekt sollte das auf Landesebene initiierte und bis Ende 2008 laufende Modellprojekt „KompAss“ zur Erprobung von Ansätzen der systematischen Arbeitswelt- und Berufsorientierung weiterentwickelt werden. Intention von „KompAss plus“ war eine vertiefte Berufsorientierung mit Schülern der Klassenstufen 7 bis 10 an den drei Schulen im Stadtgebiet, die zum Haupt- oder Realschulabschluss führen. Zwei davon – die Heinrich-von-Kleist-Oberschule und die Ulrich-von-Hutten-Oberschule – liegen innerhalb der Gebietskulisse; die Lessing-Förderschule an dessen südlicher Grenze in Neuberesinchen. Viele der Schüler dieser Schulen wohnen in der Gebietskulisse und kommen aus benachteiligten und / oder bildungsfernen Familien. Nur wenige Schüler der Abgangsklassen haben konkrete Vorstellungen über ihre berufliche Perspektive. Als Folge brechen Etliche die Schule oder die Ausbildung ab, während sich zugleich der Mangel an geeigneten Fachkräften und Auszubildenden weiter verschärft.

Vor diesem Hintergrund war es das Ziel von „KompAss plus“, die Schüler rechtzeitig, systematisch und langfristig auf die für sie passende Berufsausbildung und den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dadurch sollten ein realistisches Berufswunschdenken gefördert und die Zahl von Ausbildungsabbrüchen reduziert werden. Die Schüler sollten erkennen, dass sie selbst durch eigene Anstrengungen die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung schaffen können (und müssen).

Laut Gesamtevaluation des Trägers – dem bbw Bildungszentrum Frankfurt (Oder) GmbH – wurden diese Ziele überwiegend erreicht. Insbesondere die klassenstufenübergreifende Systematisierung der Berufsorientierung erwies sich als zielführendes Instrument zur Unterstützung der pädagogischen Forderung nach einer offenen Berufswegeplanung. Insgesamt nahmen 1.236 Schüler an dem Projekt teil, davon 678 männlich und 558 weiblich. 786 Teilnehmer waren jünger als 15 Jahre. 71 hatten einen Migrationshintergrund. Für 68 Schüler mit (erweiterter) Berufsschulreife konnte im Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern ein Ausbildungsplatz bereitgestellt werden. In fünf Fällen konnte ein Schulabbruch verhindert werden.

Das Projekt wurde zwischen Januar 2009 und Oktober 2012 durchgeführt. Obwohl aus inhaltlichen Gründen Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes 2008, war eine Förderung über das Programm Soziale Stadt von Anfang an nicht vorgesehen. Stattdessen wurde „KompAss plus“ mit Mitteln der Agentur für Arbeit und des Partnerprogramms BIWAQ finanziert. Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 966.000 €. Eine Verstetigung nach Ende der Laufzeit ist nicht gelungen.

Quick Check Altberesinchen

Der Stadtteil Altberesinchen ist aufgrund der zentralen Lage und des mittlerweile überwiegend sanierten, gründerzeitlichen Gebäudebestandes eine beliebte Wohngegend der Stadt. Zugleich hatte sich die dynamische Entwicklung zu einem gefragten Standort von kleinteiligem Gewerbe, Einzelhandel und Gastronomie in den 1990er Jahren später deutlich abgeschwächt und teilweise umgekehrt. Laden- und Wohnungsleerstände nahmen zu. Aufgrund begrenzter eigener Ressourcen wurde deshalb u.a. durch den Interessenverband Beresinchen e.V. wiederholt der Wunsch an die Stadt herangetragen, Unterstützung bei Maßnahmen zur Belebung und Attraktivitätssteigerung zu erhalten.

Hier setzte der im Jahr 2010 durchgeführte Quick Check an. Mit dem Projekt wurde eine Reihe verschiedener Ziele verfolgt. Gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, Einzelhändlern und Eigentümern sollte im Sinne der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein Prozess initiiert werden, an dessen Ende zum einen konkrete Maßnahmen stehen, die zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung, Belebung und Attraktivitätssteigerung des Stadtteils führen. Zum anderen sollte der Prozess auch die Vernetzung, Eigeninitiative und Mitwirkungsbereitschaft der Akteure im Quartier befördern.

Im ersten von insgesamt drei Workshops wurde die Ausgangssituation analysiert. In den beiden darauffolgenden Workshops wurden prioritäre Handlungsfelder und mögliche Maßnahmen zu den Themenkomplexen „Erreichbarkeit, Belebung, zentrale Plätze“ sowie „Zielgruppen und Marketing“ zusammengetragen. Der Fokus richtete sich dabei auf die beiden Quartiersplätze (Leipziger Platz und Dresdener Platz), Marketingaktivitäten und verkehrliche Belange (Parken, Verkehrsführung).

Seitdem wurden bereits viele kleine Projekte umgesetzt, z.B. besondere Aktionen und Kiez-feste zur Kundenbindung (Mitternachtsshopping, Lichterfest), die Entwicklung eines Slogans („Hier schlägt das Herz von Frankfurt (Oder)!“) und Werbespots im Radio. Die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Beteiligten als zentrales Ziel des Verfahrens wurde durch die intensive Workshop-Phase erreicht.

Da die übrigen Ideen aus dem Prozess in den nachfolgenden Jahren ein wenig in Vergessenheit gerieten, entschied sich der Interessenverband Beresinchen e.V. im Juli 2013 zur Erarbeitung eines an die Stadt Frankfurt (Oder) gerichteten „10-Punkte-Planes zur Unterstützung der Gewerbetreibenden in Altberesinchen“. Darin forderte der Verein u.a., die bislang nicht umgesetzten Ideen aus dem Quick Check wieder aufzugreifen. In den darauffolgenden Monaten setzten sich der Oberbürgermeister, der Beigeordnete des Dezernates II und die zuständigen Fachämter intensiv mit den Fragen und Forderungen des Interessenverbandes auseinander. Die Ergebnisse und Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise wurden schließlich im Januar 2014 gemeinsam mit dem Verein erörtert.

In der Folge sind bisher unter anderem die Leuchtmittel in der Dresdener Straße ausgetauscht, eine Informationstafel mit Stadtplan auf dem Dresdener Platz aufgestellt sowie Maßnahmen zur Optimierung des ruhenden Verkehrs und der Verkehrsführung getroffen worden. Dennoch zeichnet sich auf Seiten des Interessenverbandes aufgrund begrenzter zeitlicher, personeller und fachlicher Ressourcen bereits weiterer Unterstützungsbedarf ab (vgl. Abschnitt 5.7.2).

Der Quick Check Altberesinchen war nicht Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes 2008, sondern wurde im Jahr 2009 durch vereinfachte Einzelbestätigung für eine Förderung aus dem Programm Soziale Stadt ausgewählt. Für das Projekt wurden Mittel aus dem Regelprogramm in Höhe von ca. 14.000 € bereitgestellt.

3.3.3 Bewertung

Im Hinblick auf die Stabilisierung der lokalen Wirtschaft (Ziel 1) und die Verbesserung der lokalen Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Vermittlungsangebote (Ziel 2) haben insbesondere die Projekte 1 und 2 einen hohen bis sehr hohen Beitrag zur Zielerreichung geleistet. Das Projekt 3 kann zwar als durchaus erfolgreich bezeichnet werden, hatte aber für die Erreichung der ursprünglich in diesem Handlungsfeld formulierten Ziele eine geringere Bedeutung.

Das Ziel 3 (Weiterentwicklung des Gesundheitswesens und der Gesundheitswirtschaft) wurde von keinem der umgesetzten Projekte verfolgt. Hier ging es ursprünglich um die Rolle des Gesundheitswesens als lokaler Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor einerseits sowie dessen mögliche Beiträge zur Gesundheitsförderung und Armutsprävention andererseits. Ziel war es auch, mögliche Synergien zwischen dem Gesundheitssektor und dem Programm Soziale Stadt zu identifizieren.

Tabelle 6: Bewertung der umgesetzten Projekte im Handlungsfeld 1

	Projekt	Beitrag zur Zielerreichung ⁶⁶		
		Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3
1.	Kompetenzagentur zur sozialen und beruflichen Integration	+	++	nicht zutreffend
2.	KompAss plus Kompetenzagentur für Schüler	++	++	nicht zutreffend
3.	Quick Check Altberesinchen	+	+	nicht zutreffend

Quelle: eigene Darstellung.

Für die Gebietskulisse (und darüber hinaus) hat diese Thematik eine unverändert hohe Relevanz, soll jedoch künftig gemeinsam mit den Themen Integration, Teilhabe und Lebensqualität im Handlungsfeld 2 bearbeitet werden. Als Schlüssel zum Erfolg kann die deutliche Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt (Oder) angesehen werden (vgl. auch Abschnitt 5.8).

⁶⁶ ++ = sehr hoch, + = hoch, 0 = durchschnittlich, - = gering, -- = sehr gering

3.4 Handlungsfeld 2: Kinder, Jugend, Familie, Senioren

3.4.1 Ziele und Indikatoren

Oberziel des Programms Soziale Stadt in diesem Handlungsfeld⁶⁷ war es, die Gebietskulisse als Ort der Vielfalt und Lebendigkeit zu stärken, der allen Menschen den Zugang zu Information, Kommunikation und Versorgung ermöglicht. Im Vordergrund sollten die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren stehen.

Die Teilziele im Handlungsfeld 2 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Gestaltung und Förderung integrierender, gesundheitsfördernder Maßnahmen im Hinblick auf deren Potenzial zur Verbesserung von Lebensqualität und Lebenserwartung, v.a. für benachteiligte Bevölkerungsgruppen; Förderung der Gesundheitsvorsorge und Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen; Stärkung des Gesundheitsbewusstseins;
2. Erhöhung der Bildungschancen für lebenslanges Lernen als Beitrag zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Armut durch verbesserte Informationsangebote sowie Schaffung von Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten;
3. Stärkere Vernetzung und Qualifizierung der vorhandenen Angebote und Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren, auch zugunsten schwer erreichbarer Personen und Bevölkerungsteile.

Für die Bewertung der Zielerreichung wurden folgende Indikatoren definiert:

gebietsbezogen	- Beurteilung der Schulfähigkeit im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen - Teilnahmequoten an den Früherkennungsuntersuchungen U1-U7 - Zahnärztliche Untersuchungen - ggf. weitere Auswertungen der Krankenkassen
projektbezogen	- Teilnehmer und Besucherzahlen - Zahl der Veranstaltungen und Aktivitäten

3.4.2 Umgesetzte oder laufende Projekte

Seniorenzentrum Zehmeplatz - Fahrstuhlumbau

Der Arbeiter Samariter Bund betreibt seit 2004 am Zehmeplatz 12 ein Vereinshaus, in dem – auf zwei Etagen verteilt – viele Einrichtungen und Angebote für Senioren versammelt sind. Im Hochparterre befinden sich eine Sozialstation und ein Seniorentreff, im ersten Obergeschoss eine Alzheimer Beratungsstelle und die Geschäftsstelle des ASB Regionalverbandes Ostbrandenburg.

Das Vorhaben beinhaltete die Förderung der Herstellung des barrierefreien Zugangs in das Gebäude durch den Einbau eines Fahrstuhls auf der Gebäuderückseite und die Neugestaltung des auf der Platzseite gelegenen Eingangsbereiches. Zielstellung des Projektes war es, mit der Modernisierung und Instandsetzung – neben der funktionalen und räumlichen Auf-

⁶⁷ vgl. IHK Soziale Stadt 2008, S. 58ff.

wertung – auch eine Anpassung an aktuelle energetische Anforderungen zu erreichen. Zusätzlich sollte die Neugestaltung des Eingangsbereiches auf das historische Erscheinungsbild der Fassade Rücksicht nehmen.

Die Gesamtkosten des Projektes beliefen sich auf ca. 165.000 €. Davon entfielen 67.000 € auf das Regelprogramm der Sozialen Stadt. Außerhalb der Förderung wurde darüber hinaus das Dachgeschoss ausgebaut. Zielstellung war hier die Einrichtung von Räumlichkeiten für Sportangebote.

Dem Bauherrn und dem beauftragten Ingenieurbüro sind trotz schwieriger Rahmenbedingungen im Umgang mit dem Bestand sehr gute gestalterische Lösungen und erhebliche funktionale Verbesserungen zugunsten von Besuchern und Mitarbeitern des Hauses gelungen. Die Herstellung der Barrierefreiheit hat zu deutlich besserer Erreichbarkeit der sozialen Einrichtungen geführt und sich positiv auf die Vernetzung der Angebote des Seniorenzentrums ausgewirkt.

Sport- und Gesundheitszentrum Zehmeplatz

Gegenstand dieses Projektes war der Aufbau eines multifunktionalen Sport- und Gesundheitszentrums (SGZ) in zentraler Lage innerhalb der Gebietskulisse. Durch die Qualifizierung vorhandener Netzwerke sollten innovative Angebote für eine nachhaltige Gesundheitsförderung und eine gesundheitsbewusste Lebensweise entwickelt werden. Der Fokus sollte sich dabei vor allem auf Kinder und Jugendliche, Senioren und sozial Benachteiligte aus der Gebietskulisse richten.

Angeboten werden sollten neben Workshops zu gesundheitsrelevanten Themen für Selbsthilfegruppen und Vereine insbesondere Eltern-Kind-Kurse, Kurse und niedrigschwellige Angebote für (insbesondere benachteiligte) Kinder und Jugendliche im Alter von 6-16 Jahren, Kurse im Rahmen des Projektes „Fit mit Biss“, Kurse für Kita-Gruppen und Schulklassen sowie Trainingskurse für sozial benachteiligte Erwachsene, Senioren und Migranten. Ein wesentlicher Bestandteil des Projektes war darüber hinaus die Ausbildung von Multiplikatoren, damit die jeweiligen Kurse auch vor Ort in verschiedenen Einrichtungen vom dort vorhandenen Personal durchgeführt werden konnten. Die Mitarbeiter des SGZ unterstützten zudem aktiv verschiedene Stadtteilinitiativen vor Ort und Aktionen wie z.B. den „Tag der helfenden Hände“ bei diversen sportlichen Aktivitäten.

Zur Finanzierung der notwendigen Investitionen (Umbaumaßnahmen, Ersteinrichtung, Anschaffung von Fitnessgeräten) sowie der anteiligen Personal- und laufenden Betriebskosten wurde aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt ein pauschaler Zuschuss in Höhe von 85.000 € gewährt. Im Gegenzug wurde der Projektträger – das Sport- und Gesundheitszentrum Frankfurt (Oder) e.V. – verpflichtet, Zeiten, Räumlichkeiten und bei Bedarf auch qualifiziertes Personal in bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen und für die o.g. Zielgruppen ein passendes und kostenfreies Kursangebot zu entwickeln und vorzuhalten. Die Nutzergruppen (Vereine, Initiativen etc.) sollten vom SGZ eigenständig und zugleich in Abstimmung mit der Stadt kontaktiert und akquiriert werden. Die Umsetzung der baulichen Maßnahmen erfolgte in der ersten Jahreshälfte 2010. Das Kursangebot startete zur Jahresmitte 2010 und ist bis mindestens Ende 2015 aufrechtzuerhalten.

Der Beitrag des Projektes zur Erreichung der Ziele im Handlungsfeld 2 ist insgesamt eher als durchschnittlich zu bewerten. Hauptgrund für diese Einschätzung ist die Tatsache, dass das Angebot des Trägers vor allem aus Kursen zu festen, vergleichsweise begrenzten Zeiten besteht. Zugleich fehlt es an offenen und / oder aufsuchenden Angeboten. Dadurch werden gerade sozial schwache und benachteiligte Bevölkerungsgruppen nur bedingt erreicht. Die Struktur des relativ starren Angebotes war – trotz des Engagements des sportlichen Leiters – kaum geeignet, die o.g. Zielgruppen mit sportlichen Angeboten zu erreichen und nachhaltig zur Bewegung zu motivieren.

Fit mit Biss

Dieses Projekt wurde in den Jahren 2011 und 2012 von der Deutschen Angestellten Akademie (DAA) durchgeführt und zielte auf die nachhaltige Verbesserung der schulischen Leistungsfähigkeit, des Umweltbewusstseins, der Zahngesundheit, des Ernährungsverhaltens und der Bewegungsfähigkeit der Frankfurter Grundschulkindern ab. Ein wesentliches Element war die Einbeziehung der Eltern, Lehrer und Erzieher. Kooperationspartner waren die Grundschule Mitte, deren Hort „Fröbelsternchen“ und das Sport- und Gesundheitszentrum Frankfurt (Oder) e.V. Für die Durchführung des Projektes wurden Fördermittel aus dem Regelprogramm in Höhe von 27.000 € gewährt.

Der erste Teil umfasste u.a. eine Umfrage zur (gesunden) Ernährung einschließlich der Integration dieses Themas in den Sachkundeunterricht sowie eine Untersuchung von 186 Schülern im Hinblick auf verschiedene Gesundheits- und Fitnessindikatoren (Mobilitätscheck), die unter Hinzuziehung eines Sporttherapeuten mit den Eltern ausgewertet wurde.

Der zweite Teil des Projektes beinhaltete u.a. die Entwicklung eines (bis dahin fehlenden) Sportangebotes für Hortkinder, die Etablierung einer regelmäßig stattfindenden AG „Sport und Bewegung“ sowie die Erarbeitung eines entsprechenden Handbuches für Erzieher.

Die AG findet bis heute regelmäßig statt und trägt dazu bei, den Kindern motorische Fähigkeiten und den Spaß an der Bewegung zu vermitteln. Durch die speziell für den Hortalltag entwickelten Übungen, die Erarbeitung eines Handbuches sowie die Schulung wurden die Horterzieher in die Lage versetzt, selbständig und regelmäßig Sportangebote umzusetzen. Die Erziehungsberechtigten wurden auf einer Elternversammlung über das Projekt und individuell über die Ergebnisse des Checks für ihr Kind informiert. Einschränkend ist jedoch zu sagen, dass gerade die Kinder mit offensichtlichem Förderbedarf und deren Eltern nur in geringem Maß erreicht bzw. für die physische Entwicklung ihrer Kinder sensibilisiert werden konnten. Handlungsbedarf besteht außerdem in Bezug auf die Fortsetzung von Schulungen für Horterzieher.

Verkehrspädagogische Erziehung / Mobilitätserziehung

Zielstellung der verkehrspädagogischen Erziehung war es, Kinder im Alter von 5-12 Jahren zu befähigen, sich selbständig und selbstbewusst im Straßenverkehr zu bewegen. Darüber hinaus sollte die Zahl von Unfällen mit Beteiligung von Kindern verringert und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht werden.

Schon im Vorschulalter wurden altersgerechte verkehrspädagogische Angebote unterbreitet und die Kinder auf den Schulweg vorbereitet. Die Inhalte gingen dabei weit über die landesrechtlichen Anforderungen hinaus. Die Fahrradausbildung fand in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Grundschulen statt. Dabei wurden den Kindern auch die Besonderheiten des polnischen Straßenverkehrs vermittelt. Schließlich wurden auch die Lehrkräfte befähigt, die Qualität der Verkehrserziehung zu erhöhen und zusätzliche Kenntnisse in Bereichen zu erwerben, die bislang nicht Gegenstand von Lehrinhalten bzw. des Unterrichts waren.

Aus den Erfahrungen wurde deutlich, dass eine Weiterentwicklung des Projektansatzes von der reinen Vermittlung von Verkehrsregeln hin zur ganzheitlichen Mobilitätserziehung notwendig ist. Diese zielte auf ein umfassenderes Verständnis des komplexen Problembereiches Verkehr. Dabei wurde die Fortbewegung in allen Lebensbereichen sachlich und kritisch thematisiert. Die konkreten gesellschaftlichen, gesundheitlichen und ökologischen Folgen des wachsenden Verkehrsaufkommens wurden ebenso thematisiert wie deren Ursachen. Ziel war sowohl der Zuwachs an Wissen als auch die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Prozesse der Stadt- und Verkehrsplanung. Darüber hinaus ging es auch um das Erlernen bzw. die Stärkung sozialer Kompetenzen wie gegenseitiger Rücksichtnahme, gegenseitiger Hilfe und Übernahme von Verantwortung.

Die verkehrspädagogische Erziehung wurde in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführt und mit Mitteln aus dem Sonderprogramm der Sozialen Stadt in Höhe von 40.000 € für Personal- und Sachkosten gefördert. Allein im ersten Jahr konnten fast 1.500 Kinder und Jugendliche mit dem Projekt erreicht werden. Die Mobilitätserziehung schloss sich in den Jahren 2012 und 2013 an. Die Förderung aus Mitteln des Sonderprogramms der Sozialen Stadt belief sich hierfür auf etwa 43.000 €. Träger beider Teilprojekte war die Stiftung SPI. Als Kooperationspartner konnten neben der Stadt Frankfurt (Oder) die Stadtverkehrsgesellschaft, Schulen und Kitas, Polizei und Verkehrswacht sowie das Jobcenter und verschiedene Vereine gewonnen werden.

Zu den wichtigen projektübergreifenden Erkenntnissen zählt, dass die Arbeit mit den Kindern aus den Kindertagesstätten zu den genannten Aspekten bereits in der 1. Klasse fortgeführt werden sollte, um so das Erlernte zu festigen. Die Lehrpläne sehen dies gegenwärtig jedoch erst ab der 4. Klasse vor. Da zudem nicht alle Schüler den Hort besuchen, sind Eltern und Großeltern gefragt. In den Familien, in denen weiter mit den Kindern geübt wird, kann man in der 4. Klasse sehr gut auf den Erfolgen aufbauen.

Lebenslanges Lernen – Senioren-PC-Kurse

Mit diesem Projekt sollten älteren Menschen Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit dem Computer, der Einstieg in die Arbeit mit dem Internet und die Nutzung von E-Mail-Programmen vermittelt werden. Erste Kurse dieser Art fanden bereits im Dezember 2003 statt. Dieses Angebot war ein Gemeinschaftsprojekt vieler Beteiligter: die Wohnungswirtschaft GmbH stellte die Räumlichkeiten und acht Rechnerplätze zur Verfügung, der Verein networkparty frankfurt (oder) e.V. übernahm die Betreuung der PCs und Schüler der Klassen 11 und 12 des Karl-Liebknecht-Gymnasiums leiteten diese Einsteigerkurse. Träger des Projektes war der Seniorenbeirat der Stadt. Im Verlauf der ersten fünf Jahre konnten über 250 Senioren geschult werden. Besonders bemerkenswert an diesem generationsübergreifenden Projekt waren seine ehrenamtliche Verankerung und die stetige Mitwirkung der Schüler.

Die entsprechende Nachfrage führte zu der Idee, parallel auch Fortgeschrittenenkurse anzubieten. Da diese – im Unterschied zu den Grundkursen – nur bedingt von den Schülern geleitet werden konnten, übernahmen zunächst professionelle Trainer diese Aufgabe. Ziel war es, einzelne Senioren so zu befähigen, dass sie die Fortgeschrittenenkurse mittelfristig selbst leiten können. Kooperationspartner des Seniorenbeirates war das Mehrgenerationenhaus MIKADO.

Für die Durchführung der Fortgeschrittenenkurse in der Zeit von Juli 2009 bis Dezember 2011 wurden aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt Mittel in Höhe von 6.000 € bereitgestellt. Diese dienten der Finanzierung von Fachliteratur, der notwendigen Hard- und Software sowie einer Aufwandsentschädigung für die Trainer.

Das Projekt wurde bis zum Sommer 2014 weitergeführt. Während es zu Projektbeginn lange Wartelisten gab, war die Zahl der Anmeldungen gegen Ende des Projektes rückläufig. Ein wesentlicher Grund hierfür ist nach Einschätzung des Seniorenbeirats der inzwischen gesunkene Bedarf an einer Vermittlung von PC-Grundfertigkeiten innerhalb der Zielgruppe der Senioren. Weitere Gründe für die Einstellung der PC-Kurse sind fehlende Räumlichkeiten und der Umstand, dass der Koordinator der Kurse diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen kann. Zudem wurden (allerdings kostenpflichtige) ähnliche Angebote an der Volkshochschule geschaffen. Sofern das Problem der fehlenden Räumlichkeiten durch Etablierung eines deutsch-polnischen Seniorentreffs (derzeit in Planung) gelöst werden kann, könnten entsprechende Schulungen oder die Auffrischung der PC-Kenntnisse von Senioren nach Bedarf dort weitergeführt werden. Zusammenfassend ist festzustellen, dass viele Senioren der Stadt von dem kostenlosen Angebot der Schulungen profitieren konnten.

Offene Jugendarbeit / Straßensozialarbeit

Nachdem die in den 1990er Jahren aufgebaute (kommunale) Straßensozialarbeit im Jahr 2005 aufgrund mangelnder Ressourcen wieder aufgegeben wurde, konzentrierte sich die Jugendarbeit zunächst auf stadtteilorientierte Angebote. Die Situation änderte sich erst, als mit dem Jugendförderplan 2011-2013 beschlossen wurde, ein Projekt „Offene Jugendarbeit / Straßensozialarbeit mit Schwerpunkt Beresinchen und Stadtzentrum“ ins Leben zu rufen. Folglich war das Projekt auch nicht Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes aus dem Jahr 2008.

Mit Hilfe eines Interessenbekundungsverfahrens wurde der Flexible Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V. als Träger ausgewählt. Die Umsetzung startete im April 2011. Die Personal-, Bewirtschaftungs- und Sachkosten in Höhe von ca. 155.000 € pro Jahr wurden bzw. werden noch bis Ende 2015 vom Sonderprogramm der Sozialen Stadt übernommen. Nach Auslaufen der Förderung ist ab Januar 2016 die Anschlussfinanzierung über den Jugendförderplan vorgesehen.

Das Projekt umfasst zwei Bereiche, zum einen die Offene Jugendarbeit im Jugendclub „chillerstreet“, zum anderen die aufsuchende Arbeit vor Ort / Straßensozialarbeit. Eine dazugehörige Beratungsstelle und der Jugendclub befinden sich beide in der Heinrich-Hildebrand-Straße 20d im Stadtteil Neuberesinchen.

Zielgruppe der Straßensozialarbeit sind Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 21 Jahren, für die der öffentliche Raum eine signifikante Lebenswelt ist und die trotz zum Teil gra-

vierender Notlagen (kein Schulabschluss, keine Ausbildung, Verhaltensauffälligkeiten, häusliche Gewalt, Drogenprobleme etc.) vom bestehenden Netz sozialer Einrichtungen und Dienste keinen Gebrauch machen oder ausgegrenzt werden.

Die Tätigkeiten der Streetworker reichen von der gezielten Kontaktaufnahme und dem Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu den Kindern und Jugendlichen über Aufklärungsarbeit in Bezug auf den Konsum von Drogen und die Begleitung bei Behördengängen bis zur Unterstützung bei der Suche nach einer Wohnung und / oder einem Ausbildungsplatz. Von zunehmender Bedeutung ist die Einzelarbeit mit Jugendlichen, die tiefgreifende Probleme haben. Räumlicher Schwerpunkt ist die Innenstadt.

Der Jugendclub hat sich für viele Kinder und Jugendliche zu einem festen Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung entwickelt. Inzwischen kommen etwa 40 von ihnen täglich, weitere 30 sporadisch. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen wurden die Räumlichkeiten hergerichtet und vielfältige Aktivitäten geplant und durchgeführt. Seit 2012 existiert ein Clubrat, der an allen Entscheidungen beteiligt ist, die den Jugendclub betreffen (Feriengestaltung, Veranstaltungen, Anschaffungen).

Das Projekt hat sich seit seinem Beginn im Jahr 2011 stark weiterentwickelt, erfährt enormen Zuspruch durch die jeweiligen Zielgruppen, insbesondere bei der Hilfe im Einzelfall, und ist damit zu einem attraktiven und unverzichtbaren Bestandteil des sozialen Angebotes in der Stadt Frankfurt (Oder) geworden. Sowohl der Jugendclub als auch die Straßensozialarbeit sind in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken aktiv, vor allem, um die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten. Die gesteckten Ziele wurden vollständig erreicht.

3.4.3 Bewertung

Bei der Bewertung der Projekte im Handlungsfeld 2 fällt insgesamt positiv auf, dass – von einer Ausnahme abgesehen – alle Projekte einen mindestens durchschnittlichen Beitrag zur Erreichung der anfangs gesteckten Ziele erreichen. Als besonders erfolgreich können die Projekte 4, 5 und 6 angesehen werden, da sie durchgehend oder überwiegend einen hohen Beitrag zur Zielerreichung geleistet haben. Positiv ausgewirkt haben sich die umgesetzten Projekte vor allem im Hinblick auf die Erhöhung der Bildungschancen für lebenslanges Lernen (Ziel 2) sowie die Vernetzung und Qualifizierung der Angebote und Einrichtungen (Ziel 3).

Auch für die künftige Programmumsetzung hat das Handlungsfeld 2 eine unverändert hohe Relevanz. Die im Rahmen der Fortschreibung vorgenommenen, leichten Modifikationen dienen vor allem der Präzisierung und besseren Abgrenzung zu anderen Handlungsfeldern.

Tabelle 7: Bewertung der umgesetzten Projekte im Handlungsfeld 2

	Projekt	Beitrag zur Zielerreichung ⁶⁸		
		Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3
1.	Seniorenzentrum Zehmeplatz - Fahrstuhleinbau	++	+	-
2.	Sport- und Gesundheitszentrum Zehmeplatz	+	0	0
3.	Fit mit Biss	+	0	+
4.	Verkehrspädagogische Erziehung / Mobilitätserziehung	++	++	++
5.	Lebenslanges Lernen – Senioren-PC-Kurse	0	++	++
6.	Offene Jugendarbeit / Straßensozialarbeit	+	++	++

Quelle: eigene Darstellung.

3.5 Handlungsfeld 3: Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur

3.5.1 Ziele und Indikatoren

Die Gebietskulisse der Sozialen Stadt ist u.a. durch die Überlagerung verschiedener Förderkulissen und -programme gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund stand im Handlungsfeld 3⁶⁹ deren sinnvolle Verzahnung und Ergänzung im Vordergrund, insbesondere bei baulich-investiven Maßnahmen, deren Finanzierung über andere Programme nur schwer darstellbar ist oder die außerhalb anderweitig bestehender Förderkulissen liegen.

Die Ziele im Handlungsfeld 3 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Stärkung der Wohnfunktion im gesamten Quartier durch Förderung vielfältiger, bezahlbarer (auch generationsübergreifender) Wohnmodelle, v.a. für Familien, Senioren und Studenten;
2. Stärkung der Identifikation der Bewohner mit dem Gebiet und dem unmittelbaren Wohnumfeld durch Unterstützung imagefördernder Maßnahmen und der Eigeninitiative zur Aufwertung des Wohnumfeldes;
3. Ausbau / bessere Auslastung bestehender sozialer / kultureller Angebote durch Stärkung von Kitas, Schulen und Schulhöfen als Orte der Bildung und Integration, durch den Ausbau von bestehenden Räumen für neue Begegnungsstätten und durch die stärkere Verknüpfung der städtebaulichen Erneuerung mit qualifizierten Nutzungen;
4. Aufwertung des städtebaulichen Erscheinungsbildes durch Fortsetzung der Aktivitäten in den zur Verfügung stehenden Förderprogrammen.

Für die Bewertung der Zielerreichung wurden folgende Indikatoren definiert:

gebietsbezogen	keine
projektbezogen	- Entwicklung der Nutzungsintensität - Entwicklung der Besucherzahlen und der Zahl der durchgeführten Veranstaltungen - Entwicklung der Betriebskosten

⁶⁸ ++ = sehr hoch, + = hoch, 0 = durchschnittlich, - = gering, -- = sehr gering

⁶⁹ vgl. IHK Soziale Stadt 2008, S. 77ff.

3.5.2 Umgesetzte oder laufende Projekte

Grundschule Mitte – Umbau / Sanierung Horthaus



Die Sanierung, Erweiterung und Aufwertung des ehemaligen Friedrichs-Gymnasiums und neuen Standortes der Grundschule Mitte in der Gubener Straße war eines der bislang umfangreichsten und wichtigsten investiven Vorhaben in der Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“.

Ein Baustein war die grundlegende Modernisierung und Instandsetzung des ehemaligen Direktorenhauses sowie dessen Umbau und Erweiterung zum Horthaus der Grundschule Mitte. Die Maß-

nahme wurde in zwei Bauabschnitten zwischen 2008 und 2013 realisiert. Dafür wurden aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt Fördermittel in Höhe von insgesamt ca. 1.293.000 € bereitgestellt.

Ziel des Projektes waren die nachhaltige Verbesserung der Unterrichts- und Lernbedingungen für die Kinder sowie die Bündelung der Schul- und Freizeitgestaltung an einem Standort. Dazu wurden in dem zweigeschossigen, denkmalgeschützten Ziegelbau an der Nordseite des Schulgeländes die Spiel-, Kreativ- und Bastelräume für die Hortkinder untergebracht. Weitere Räume im angrenzenden Schulgebäude werden für die Hausaufgabenerledigung sowie für Schul- und Lernübungen nach dem regulären Unterricht genutzt.

Vor Beginn der Bauarbeiten stand die ehemalige Direktorenvilla etliche Jahre leer. Ihr baulicher Zustand war zuletzt dementsprechend desolat. Der 1. Bauabschnitt umfasste notwendige Holz-, Bautenschutz- und Abbruchmaßnahmen; der 2. Bauabschnitt die nachfolgende Sanierung sowie den Ausbau und die Erweiterung des Gebäudes. Die heutige Nutzfläche umfasst etwa 790 m².

Sowohl der Hort als auch die Grundschule Mitte insgesamt erfreuen sich in baulicher und pädagogischer Hinsicht großer Beliebtheit und Ausstrahlungskraft. Dadurch hat sich die Schule zu einem lebendigen Zentrum des umliegenden Stadtteils, der Gubener Vorstadt, entwickelt. Diese Tatsache ist jedoch vereinzelt auch mit Konflikten verbunden, da sich zuletzt Anwohner wiederholt und medienwirksam über den „Lärm“ spielender Kinder beschwert haben. Handlungsbedarf besteht demzufolge in Bezug auf den Dialog zwischen Schule, Hort und Stadtteil sowie die Sensibilisierung der Nachbarschaft, dass (spielende) Kinder ein selbstverständlicher Teil jedes funktionierenden Quartiers sind bzw. sein sollten.

Grundschule Mitte – Sanierung Schulgebäude 1.BA

Ein weiterer Baustein im Rahmen der Sanierung, Umnutzung und Neugestaltung des ehemaligen Friedrichs-Gymnasiums war die Teilsanierung des Schulgebäudes der heutigen Grundschule Mitte. Dieser beinhaltete insbesondere die Erneuerung der Sanitär- und Elektroinstallation. Dafür wurden Fördermittel aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt in Höhe von ca. 490.000 € bereitgestellt. Das ursprünglich nicht im Integrierten Handlungskonzept von 2008 enthaltene Vorhaben wurde zwischen Oktober 2011 und Oktober 2012 durchgeführt.

Grundschule Mitte – Sanierung Turnhalle

Der dritte Baustein am neuen Standort der Grundschule Mitte beinhaltete die Sanierung und Aufstockung der zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes leer stehenden Turnhalle im südlichen Teil des Areals. Das im IHK 2008 enthaltene und in den Jahren 2009 und 2010 realisierte Vorhaben zielte darauf ab, die baulichen Voraussetzungen für den Sportunterricht an der Grundschule selbst sowie für den Vereins- und Breitensport zu verbessern. Letztlich sollte dadurch auch ein Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und zur Verbesserung der Lebensqualität der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in der Gebietskategorie geleistet werden. Die Gesamtkosten in Höhe von ca. 994.000 € wurden aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung finanziert. Der Eigenanteil der Stadt Frankfurt (Oder) betrug zehn Prozent. Heute nutzen die Turnhalle nicht nur die Schul- und Hortkinder, sondern auch eine Vielzahl an Vereinen, v.a. nachmittags und abends. So hat sie sich zu einer zentralen und sehr gut ausgelasteten Anlaufstelle für sportliche Aktivitäten in der Innenstadt entwickelt.

Grundschule Mitte – Neugestaltung Schulhof

Neben umfangreichen Investitionen in die Gebäude des Schulkomplexes wurden in den Jahren 2010 bis 2012 auch der Schulhof sowie der angrenzende Hangbereich mit einer Gesamtgröße von etwa 5.900 m² umfassend saniert und neu gestaltet. Darüber hinaus konnte auch die gewünschte Öffnung zum Stadtteil als wesentliches Sanierungsziel erreicht werden. Der u.a. mit einem Spielplatz, Sportanlagen, einem Freizeitbereich mit Tischtennisplatten und einem Grünen Klassenzimmer ausgestattete Schulhof findet heute bei Schülern, Lehrern und Anwohnern auch außerhalb der Unterrichtszeiten großen Zuspruch. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 555.000 €. Davon wurden 361.000 € aus dem EU-Förderprogramm Nachhaltige Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt.

Sanierung Kita Bambi (1.+2. BA)



Die Kindertagesstätte Bambi in der Mixdorfer Straße 11/12 besteht seit 1989 und ist die mit gegenwärtig insgesamt 243 Plätzen größte Einrichtung ihrer Art in Frankfurt (Oder). Ihr Einzugsbereich erstreckt sich vor allem auf den Stadtteil Altberesinchen und den ersten Wohnkomplex von Neuberesinchen. Obwohl die geplante Weiterentwicklung der Einrichtung zu einem Kinder-Eltern-Kompetenzzentrum nicht gelang (vgl. Abschnitt 3.2.2), wurden und werden umfangreiche Investitionen zur Verbesserung des Brandschutzes und

zur energetischen Sanierung der Gebäudehülle getätigt. Die geplanten Maßnahmen sollten ursprünglich in einem Zug umgesetzt werden. Aus der öffentlichen Ausschreibung der Bauleistungen ergaben sich jedoch erhebliche Kostensteigerungen, aufgrund derer das Vorhaben in zwei Bauabschnitte geteilt wurde. Der erste wurde in den Jahren 2010-2012 realisiert und umfasste Brandschutzmaßnahmen einschließlich der Errichtung eines Fluchttreppenhauses und den Austausch der Fenster. Dafür wurden Fördermittel aus dem Regelprogramm

in Höhe von etwa 445.000 € verausgabt. Der noch nicht abgeschlossene, zweite Bauabschnitt umfasst die Sanierung / Dämmung der Fassade und des Daches. Hierfür sind Fördermittel aus dem Sonderprogramm in Höhe von 220.000 € veranschlagt. Die Realisierung des zweiten Bauabschnittes ist für das Jahr 2015 geplant.

Da sich die Kita Bambi einer kontinuierlich hohen Auslastung ihrer Kapazitäten⁷⁰ erfreut und für den Einzugsbereich von einer langfristig stabilen Bevölkerungsentwicklung ausgegangen werden kann, ist die Nachhaltigkeit der realisierten Maßnahmen gesichert.

Umgestaltung Außenanlagen Euro-Kita



Die im Jahr 2000 gegründete Euro-Kita in der Schulstraße 5 war bis zur Eröffnung eines Pendants in Słubice – der Kita Pinokio – im August 2014 die einzige Kindertagesstätte der Doppelstadt, in der deutsche und polnische Kinder gemeinsam und bilingual aufwachsen konnten. Unter dem Motto „Kindheit ohne Grenzen“ möchte der Träger Euro-Kita e.V. Kindern so früh und selbstverständlich wie möglich den gemeinsamen Lebens- und Arbeitsraum Europa nahe bringen

und damit Vorurteile gegenüber den Nachbarn erst gar nicht entstehen lassen. In der Einrichtung werden 20 polnische und 34 deutsche Kinder von neun Pädagogen, darunter zwei polnische Muttersprachlern betreut. Die Eröffnung einer zweiten bilingualen Kita auf polnischer Seite mit insgesamt 175 Plätzen ist auch das Ergebnis der großen Nachfrage interessierter Eltern aus beiden Städten.

In den letzten Jahren sind sowohl das Kitagebäude als auch die Außenanlagen umfangreich saniert bzw. umgestaltet worden. Für die Sanierung der Gebäudehülle, die Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen und den Ausbau des Dachgeschosses zu Veranstaltungs- und Begegnungszwecken standen Mittel aus dem INTERREG IV-Programm zur Verfügung.

Ergänzend wurden in den Jahren 2012 und 2013 die Außenanlagen mit Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt neu gestaltet und nach Norden zur Lebuser Mauerstraße erweitert. Investiert wurde u.a. in neue Rasenflächen, Fallschutzbeläge, neue Spielgeräte und Rückzugsbereiche für die Kinder. Für die 360 m² große Fläche auf der Ostseite des Gebäudes wurden Fördermittel aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt in Höhe von ca. 58.000 € verausgabt.

Mehrgenerationenhaus MIKADO (1.+6.BA)

Das ursprünglich als Gursches Stift errichtete und zu DDR-Zeiten als Pionierhaus genutzte, zweigeschossige Gebäude in der Franz-Mehring-Straße 20 wurde im Jahr 2007 in ein Förderprogramm des Bundesministerium für Familie und Senioren aufgenommen und führt seit-

⁷⁰ Von gegenwärtig 243 Plätzen waren am 01.06.2014 insgesamt 235 Plätze belegt (Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Jugend und Soziales).

dem den Namen Mehrgenerationenhaus (MGH) MIKADO. Träger des Projektes ist die Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg.



Das daraufhin erarbeitete Konzept beinhaltete u.a. folgende Elemente:

- Entwicklung und Zusammenführung gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Kompetenzen
- Förderung von freiwilligem Engagement
- Entwicklung von Angeboten zum Thema Integration und Bildung
- Koordination von bürgergesellschaftlichem Engagement
- Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen.

Die Angebote sollten an Menschen aller Generationen gerichtet sein. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, waren die nachfolgend genannten umfangreichen Umbauarbeiten notwendig, die – in sechs Bauabschnitte unterteilt – im Jahr 2009 begannen und im März 2015 beendet wurden:

- Umbau des Erdgeschosses zum Kontaktcafé einschließlich Kontaktküche
- Gestaltung einer behindertengerechten Außenanlage einschließlich Spiel- und Begegnungsfläche
- Energetische Sanierung der Gebäudehülle
- Neuinstallation von Elektrotechnik, Erneuerung der Fußböden, malertechnische Instandsetzung der Flure, Neuinstallation der Heizung, Modernisierung der WC-Anlagen im Erdgeschoss
- Installation eines Fahrstuhls, um einen barrierefreien Zugang ins Obergeschoss zu schaffen
- Umsetzung des Brandschutzkonzeptes

Für diese Maßnahmen wurden Mittel in Höhe von nahezu 1,8 Mio. Euro aufgewendet. Dabei entfiel mit knapp 1,4 Mio. Euro der überwiegende Teil auf das Programm Stadtumbau Ost, Teilprogramm RSI. Die anteilige Förderung aus Mitteln der Sozialen Stadt beschränkte sich auf die Bauabschnitte 1 und 6. Von den Gesamtkosten in Höhe von ca. 186.000 € für den 1. BA (Umbau des Erdgeschosses) entfielen ca. 166.000 € auf die Soziale Stadt. Der 6. BA beinhaltete im Wesentlichen die Modernisierung und Instandsetzung des gesamten Gebäudes einschließlich des Einbaus eines Fahrstuhls zur Herstellung der Barrierefreiheit. Bei Kosten von insgesamt 785.000 € wurden dafür Mittel in Höhe von etwa 212.000 € aus dem Sonderprogramm der Sozialen Stadt aufgewendet.

Das MGH MIKADO ist heute Sitz von mehr als 10 gemeinnützigen Einrichtungen, Initiativen und Vereinen. Die inhaltliche Bandbreite reicht von der Beschäftigung mit Integration, Medien und Bildung über die mit Kindern und Jugendlichen bis hin zu Menschen mit Behinderungen und Senioren. Kreative Werkstätten, sportliche Angebote und eine kostengünstige Mittagsversorgung bereichern die multifunktionale Palette. Der wöchentliche Kursplan umfasst aktuell 35 Angebote. Hinzu kommen zahlreiche Einzelveranstaltungen.

Darüber hinaus ist das Haus offen für all jene, die eigene Ideen einbringen und umsetzen wollen wie z.B. Stammtisch, Chor, Open Stage oder Spielegruppe. Räume in allen Größen und Ausstattungen stehen zur einmaligen oder regelmäßigen Nutzung zur Verfügung. Die Umsetzung der Aktivitäten erfolgt in einem kooperativen Miteinander auf Augenhöhe durch Mitarbeiter der Stiftung SPI, von Mietern und externen Partnern sowie einer gewachsenen Zahl von Freiwilligen.

Mit dem Umbau ist eine attraktive Einrichtung mit bedürfnisorientierten Angeboten für Jung bis Alt mit Möglichkeiten zu bürgergesellschaftlichem Engagement und Selbstverwirklichung entstanden. Insbesondere das Kontaktcafé als Herzstück des Hauses hat sich zu einem lebendigen Begegnungsort aller Generationen entwickelt.

Medienkabinett

Zu den Schlüsselmaßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2007 gehörte ein unter dem Titel „E-Schools – strukturierte Verkabelung und digitale Vernetzung von Schulen“ geführtes Projekt zur Schaffung der baulich-technischen Voraussetzung für ein E-Learning-System an Frankfurter Schulen, insbesondere an den Gymnasien, dem Oberstufenzentrum und der Sportschule.

Die strukturierte Verkabelung schafft die technische Infrastruktur für computerunterstütztes, kooperatives Lernen und sichert die langfristige Tragfähigkeit der weiterführenden Schulen. Sie ermöglicht den Aufbau eines Netzwerkes von Schulen und deren Kooperationspartnern. Sie schafft Grundlagen für die qualitative Verbesserung der Schulausbildung und trägt damit mittelbar zur Verbesserung der Fachkräftesituation bei.

Die technische Ausstattung der weiterführenden Schulen war seinerzeit vollkommen unzureichend und entsprach nicht den Erfordernissen einer modernen Schulausbildung. Als Voraussetzung für die Errichtung von Medienkabinetten war deshalb die strukturierte Verkabelung der Schulen notwendig.

Am Karl-Liebknecht-Gymnasium wurden Kabelkanäle (soweit noch nicht vorhanden) und Datenkabel verlegt und Netzdosen installiert. Weiterhin wurden Verteilerschränke eingebaut, die Kabelanschlüsse hergestellt und vermessen. Danach wurde ein modernes Medienkabinett eingerichtet.

Darüber hinaus wurde am OSZ ein ehemaliges Gas-Wasser-Labor, das für die Ausbildung nicht mehr benötigt wurde, als Medienkabinett hergerichtet. Dazu waren u.a. der Ausbau der vorhandenen Maschinen und Geräte, die Instandsetzung des Bodens, Malerarbeiten, die Errichtung der strukturierten Verkabelung und die Möblierung mit PC-Tischen notwendig.

Von der Maßnahme profitieren 1.000 Schüler am Karl-Liebknecht-Gymnasium (davon 635 aus Frankfurt (Oder) und 485 aus der Gebietskulissee) und 1.800 Schüler am Konrad-

Wachsmann-Oberstufenzentrum. In der Gebietskulisse wohnten zum 31.12.2008 ca. 1.400 der 12-18-Jährigen, wovon ein großer Teil das Gymnasium bzw. das Konrad-Wachsmann-OSZ besucht.

Die Realisierung des von der Stadt Frankfurt (Oder) getragenen Projektes erstreckte sich von Oktober 2009 bis Januar 2010 und wurde mit Mitteln in Höhe von 70.000 € aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt finanziert. In den darauffolgenden Jahren konnte die technische Infrastruktur der weiterführenden Schulen sukzessive verbessert werden. Mit der Schaffung der technischen Voraussetzungen wurde auch die Nutzung der E-Learning-Plattform Moodle für beide Schulen ermöglicht. Die gesteckten Ziele wurden vollständig erreicht.

Sanierung Schöpferdenkmal



Das sogenannte Schöpferdenkmal befindet sich im nördlichen Teil der zwischen 1835 und 1845 nach Plänen von Peter Joseph Lenné entstandenen Parkanlage. Der Bereich war durch Jahrzehnte der Nichtbeachtung in seiner ursprünglichen Gestalt und Funktion nicht mehr erkennbar und wies, wie der gesamte nördliche Teil des Gartendenkmals, erheblichen Sanierungsbedarf auf.

Gegenstand des im Jahr 2011 durchgeführten Vorhabens war daher die grundhafte Sanierung des Schöpferdenkmals und die Wiederherstellung seines Umfeldes nach historischem Vorbild. Dies beinhaltete den das Denkmal umgebenden Aussichtsplatz, die Bepflanzung und die Wegebeziehungen. Für die Arbeiten wurden Fördermittel des Regelprogramms in Höhe von ca. 313.000 € aufgewendet. Der neu gestaltete Bereich hat eine Größe von ca. 3.200 m².

Mit der Maßnahme ist es gelungen, das Schöpferdenkmal als beliebten Aufenthaltsort mit Blickbeziehungen in den Park wiederzugewinnen. Darüber hinaus konnte das in den vergangenen Jahren stetig angestiegene Interesse der Frankfurter Bürger und Besucher des Parks weiter befördert und das Bewusstsein für die denkmalgerechte Wiederherstellung des längere Zeit eher vernachlässigten nördlichen Teils des Lenné Parks gestärkt werden. Zurückzuführen ist dies nicht zuletzt auf eine Gemeinschaftsinitiative des Reisebüros SonnenHofReisen, der Deutschen Bank und der Stadtverwaltung, die mit Hilfe von geführten Spaziergängen zu unterschiedlichen Themen, Diskussionen und Veranstaltungen Spenden gesammelt und das Baugeschehen aktiv begleitet haben. Ein weiterer Beleg ist die seit einigen Jahren mit wachsendem Erfolg im Lennépark durchgeführte „Kleine Parknacht“.

3.5.3 Bewertung

Im Hinblick auf ihren Beitrag zur Erreichung der anfangs gesteckten Ziele erreichen die Projekte im Handlungsfeld 3 ganz überwiegend gute und sehr gute Werte. Positive Wirkungen waren und sind nicht nur mit den verschiedenen Maßnahmen zur Sanierung und / oder Auf-

wertung der sozialen Infrastruktur verbunden, sondern beispielsweise auch mit der Schaffung eines lebendigen Mehrgenerationenhauses und einem zivilgesellschaftlich getragenen Projekt im Lennépark. Deutliche Fortschritte gibt es bei drei von vier Zielen (Stärkung der Identifikation, Ausbau / Auslastung sozialer und kultureller Angebote, städtebauliches Erscheinungsbild). Die aus dem INSEK 2007 abgeleitete Stärkung der Wohnfunktion (Ziel 1) stellt keinen Fördergegenstand im Programm Soziale Stadt dar und ist daher im Rahmen der Umsetzung vor allem von indirekter Bedeutung.

Tabelle 8: Bewertung der umgesetzten Projekte im Handlungsfeld 3

	Projekt	Beitrag zur Zielerreichung ⁷¹			
		Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3	Ziel 4
1.	Grundschule Mitte – Umbau / Sanierung Horthaus	nicht zutreffend	+	++	++
2.	Grundschule Mitte – Sanierung Schulgebäude 1.BA	nicht zutreffend	+	++	++
3.	Grundschule Mitte – Sanierung Turnhalle	nicht zutreffend	++	++	++
4.	Sanierung Kita Bambi (1.+2. BA)	nicht zutreffend	+	++	++
5.	Umgestaltung Außenanlagen Euro-Kita	nicht zutreffend	+	++	+
6.	Mehrgenerationenhaus MIKADO (1.+6. BA)	nicht zutreffend	++	++	++
7.	Medienkabinett	nicht zutreffend	nicht zutreffend	++	nicht zutreffend
8.	Sanierung Schöpferdenkmal	nicht zutreffend	++	0	++

Quelle: eigene Darstellung.

3.6 Handlungsfeld 4: Bürgermitwirkung und Stadtteilleben

3.6.1 Ziele und Indikatoren

Die Qualität der Lebensverhältnisse in einem Stadtteil wird neben baulich-räumlichen oder ökonomischen Aspekten auch entscheidend vom Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen geprägt. Deren Identifikation ist Voraussetzung für ein funktionierendes Stadtteilleben. Ohne die Teilhabe und das Engagement der Bewohner wird der angestrebte Erneuerungsprozess nicht nachhaltig gelingen. Deshalb zielen die Aktivitäten im Handlungsfeld 4⁷² auf die Stärkung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sowie die Schaffung von Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten.

⁷¹ ++ = sehr hoch, + = hoch, 0 = durchschnittlich, - = gering, -- = sehr gering

⁷² vgl. IHK Soziale Stadt 2008, S. 90ff.

Die Teilziele lassen sich für dieses Handlungsfeld wie folgt formulieren:

1. Stärkung der Bürgermitwirkung / Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen;
2. Stärkung vorhandener Netzwerke und Ausbau der Hilfen zur Selbsthilfe;
3. Schaffung einer kleinteiligen und selbstorganisierten Kiez-Kultur in den jeweiligen Quartieren, Blöcken und Hausaufgängen.

Für die Bewertung der Zielerreichung wurden ausschließlich projektbezogene Indikatoren definiert:

Quartiersmanagement	- Umfang der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Umsetzung der Jahresscheiben - Kontinuität der unterstützten Arbeitsgruppen, Beirat
Quartiersfonds	- Zahl der Anträge - Zahl der bewilligten / durchgeführten Projekte - Zahl der (un)mittelbar Beteiligten - Nachhaltigkeit der geförderten Projekte

3.6.2 Fortlaufende Projekte

Quartiersmanagement

Der Aufbau selbsttragender und nachhaltig wirksamer Akteursstrukturen sowie die Aktivierung, Beteiligung, Unterstützung und Vernetzung von Bewohnern und lokalen Institutionen gehören zum Hauptanliegen des Programms Soziale Stadt. Eine entsprechend zentrale Rolle spielt das Quartiersmanagement, das in der Gebietskulisse Ende 2008 eingerichtet wurde und seinen Sitz im Mehrgenerationenhaus MIKADO hat. Träger ist die Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg.

Die bisherigen Aktivitäten des Quartiersmanagements waren breit gefächert und umfassten u.a.:

- Einbeziehung der Bewohner in die Gestaltungsprozesse zur Verbesserung des Wohnumfeldes und des Zusammenlebens
- Vernetzung der Akteure
- Öffentlichkeitsarbeit
- Initiierung und Begleitung von kleinteiligen Projekten
- Gremienarbeit
- Bürgerberatung
- Verwaltung des Quartierfonds zur Finanzierung kleinteiliger Projekte.

Das Quartiersmanagement fördert die „Hilfe zur Selbsthilfe“, indem es informiert, berät und unterstützt, indem es Wege aufzeigt, motiviert, Ideen sammelt, Partner zusammenbringt, Umsetzungen begleitet und hilft, Finanzierungen zu organisieren. Von der Vielzahl der Projekte, die ohne das Engagement des Quartiersmanagements nicht zustande gekommen wären, seien beispielhaft die zweimal pro Jahr erscheinende Quartierszeitschrift „Wir im Quartier“ (siehe unten), der in Kooperation mit Partnern aus Frankfurt (Oder) und Stübice alljährliche Lebendige Adventskalender und das sich wachsenden Zuspruchs erfreuende Fest der Nachbarn genannt.

Zur Steigerung des Bekanntheitsgrades wurden von Beginn an vielfältige Maßnahmen ergriffen. Im Jahr 2011 wurde z.B. die Quartiershomepage aufgebaut, die seither regelmäßig gepflegt wird (siehe unten). Seit August 2011 verfügt das Quartiersmanagement zudem über eine Facebook-Seite, die kontinuierlich die Aktivitäten der Einrichtung sowie anderer Akteure im Quartier dokumentiert. Drei Mal in der Woche können Interessierte die Sprechstunden des Quartiersmanagements wahrnehmen, wobei zwei davon im regulären Büro im zentral gelegenen Mehrgenerationenhaus MIKADO stattfinden und eine in den Räumlichkeiten einer Einrichtung in Altberesinchen angeboten wird, um die Beratung sozialraumorientiert und aufsuchend zu gestalten.

Das Quartiersmanagement initiierte im Januar 2011 die Gründung des Stadtteilforums Mitte und hat seitdem gemeinsam mit dem Sanierungsbeauftragten für die "Ehemalige Altstadt" die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung inne (siehe unten). Eine wichtige Aufgabe ist darüber hinaus die Betreuung des Quartiersfonds (siehe unten).

Aktuell ist das Quartiersmanagement in etwa 20 Netzwerken, Arbeitsgruppen, Initiativen und Projekten verschiedener Ausrichtung vertreten. Die thematische Bandbreite reicht von der Gestaltung des Lebens- und Wohnumfeldes über Bildungspolitik, Wirtschaftsförderung und Interkulturalität bis zur Fördermittelvergabe.

Durch die Einrichtung des Quartiersmanagements wurde das Gemeinwesen in der Gebietskulisse (und darüber hinaus) nachhaltig gestärkt, eine erhöhte Vernetzung unter den Quartiersakteuren ermöglicht sowie ein umfassendes Wissen zu Fördermöglichkeiten und der Realisierung von stadtbezogenen Projekten vermittelt. Letzteres wird unter anderem an der stetig gewachsenen Zahl von Quartiersfonds-Projekten deutlich. Die umfassende Öffentlichkeitsarbeit hat dazu beigetragen, dass das Gebiet deutlich positiver wahrgenommen wird und die Bewohner sich mehr als zuvor mit diesem identifizieren. Darüber hinaus wurden durch das engagierte Wirken des Quartiersmanagements auch die drei anderen Stadtteilgremien – die Stadtteilkonferenzen Nord, Süd und Neuberesinchen – gestärkt.

Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass die Beteiligung der Bürger in Frankfurt (Oder), deren Dialog mit der Verwaltung und das Projektmanagement der lokalen Akteure noch lange keine Selbstläufer und weiterhin auf die fachliche Begleitung durch das Quartiersmanagement angewiesen sind. Mühsam aufgebaute Netzwerke und bürgergesellschaftliche Initiativen würden sich ohne weitere professionelle Begleitung mit hoher Wahrscheinlichkeit auflösen. Das Quartiersmanagement hat in den zurückliegenden Jahren eine qualitativ hochwertige Arbeit geleistet, die unverzichtbar für die Gebietskulisse ist und positiv auf die Gesamtstadt ausstrahlt.⁷³

Seit dem Start Ende 2008 hat das Quartiersmanagement zur Finanzierung der Personalkosten und des Quartiersbüros Mittel aus dem Regelprogramm der Sozialen Stadt in Höhe von ca. 45.000 € pro Jahr erhalten.

Exkurs: Bürgerforum Innenstadt und Stadtteilforum Mitte

Seinen exemplarischen Ausdruck finden die vom Programm Soziale Stadt angestrebten und insbesondere vom Quartiersmanagement Frankfurt (Oder) unterstützten, nachhaltigen Netz-

⁷³ Vgl. dazu auch die Jahresberichte 2009-2014.

werke und Akteursstrukturen im Bürgerforum Innenstadt und dem späteren Stadtteilforum Mitte. Bereits seit dem Sommer 2000 traf sich regelmäßig eine Gruppe interessierter Bürger, um sich aktiv in die Debatten über die Entwicklung der Frankfurter Innenstadt einzubringen. Im Jahr 2008 war das Bürgerforum auch an den Diskussionen im Vorfeld der Aufnahme der Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“ in das Programm Soziale Stadt beteiligt.

Im Jahr 2010 wurde im Rahmen mehrerer Sondierungsrunden mit einer Vielzahl von Akteuren die Umwandlung des Bürgerforums Innenstadt in das Stadtteilforum Mitte vorbereitet. Die konstituierende Sitzung fand im Januar 2011 statt. Intention der Einbindung des Bürgerforums Innenstadt war es, das Stadtteilforum Mitte im Unterschied zu den Stadtteilkonferenzen Nord, Süd und Neuberesinchen noch stärker als Plattform für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Das Stadtteilforum Mitte sollte u.a. dem Austausch und der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure dienen, zwischen Wohnungsunternehmen, Politik, Verwaltung, Universität, den Bürgern und weiteren Akteuren vermitteln und die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten ermöglichen.

Initiiert, vorbereitet und moderiert wird das Stadtteilforum Mitte durch den Sanierungsbeauftragten für die Gebietskulisse „Ehemalige Altstadt“ und das Quartiersmanagement Frankfurt (Oder). Im Zeitraum von 2011 bis 2014 tagte das Stadtteilforum Mitte (in der Regel monatlich) insgesamt rund 40 Mal. Die Zahl der Teilnehmer an den bisherigen Veranstaltungen lag bei ca. 15-100 Personen. Die jeweiligen Themen werden von den Teilnehmenden in jährlich stattfindenden, moderierten Diskussionsrunden selbst bestimmt. Zur Vorstellung und Diskussion von Planungen und Projekten werden regelmäßig Experten und weitere Gesprächspartner eingeladen.

Zu den bisherigen Höhepunkten der Aktivitäten des Stadtteilforum Mitte zählten die in den Jahren 2011 und 2012 jeweils im Rahmen des City Frühlings organisierten Stadtteilstefest, die Teilnahme am Europäischen Fest der Nachbarn im Mai 2013 sowie die jährlich stattfindenden Stadtteilrundgänge mit Vertretern der Stadtverwaltung und ggf. externen Beteiligten.

Quartiersfonds

Zur weitgehend „unbürokratischen“ Unterstützung bewohnergetragener Aktionen und soziokultureller Kleinstprojekte wurde ein sogenannter Aktionsfonds eingerichtet. Die jeweiligen Projekte können mit maximal 250 € gefördert werden. Ein Eigenanteil ist nicht erforderlich (100%-Förderung). Darüber hinaus existiert ein sogenannter Verfügungsfonds, der sich zu maximal 50 Prozent aus Mitteln des Programms Soziale Stadt speist. Dementsprechend müssen mindestens 50 Prozent von Dritten (Wirtschaft, Private etc.) oder aus zusätzlichen Mitteln der Gemeinde stammen. Die Entscheidung über die Förderfähigkeit trifft die AG Soziale Stadt auf Basis einer städtischen Richtlinie. Die Verwaltung der Mittel – bei Bedarf auch die Beratung bei der Antragstellung und die Begleitung der Projekte – erfolgt durch das Quartiersmanagement Frankfurt (Oder).

Insgesamt wurden zwischen 2009 und 2014 mehr als 130 Aktionen mit ca. 25.000 € aus dem Regelprogramm unterstützt.⁷⁴ Die Bandbreite der Projekte reichte von Veranstaltungen und Vernetzungsaktivitäten verschiedenster Art über kleinere Aufwertungsmaßnahmen im Quartier bis zur Erstellung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit. Das Quartiersma-

⁷⁴ Quelle: Quartiersmanagement Frankfurt (Oder).

nagement Frankfurt (Oder) führt regelmäßig Beratungen zur Organisation, zu Fördermöglichkeiten und zu den Regularien der beiden Fonds durch. Zahlreiche weitere Projekte wurden durch die Einrichtung begleitet, initiiert sowie Projektpartner und spezifisches Know-How zu deren Realisierung vermittelt.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Gebietskulisse der Sozialen Stadt existiert eine rege Vereins- und Initiativenlandschaft. Viele Ehrenamtler unterstützen die meist mit geringfügigen personellen Ressourcen betriebenen Einrichtungen und Projekte mit ihrer Arbeit, sind jedoch aufgrund der hohen Ansprüche an eine professionelle und flächendeckende Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung der Angebote oft überfordert. Aus diesem Grund bleibt den lokalen Akteuren sowie der Bevölkerung eine Vielzahl von Aktivitäten und Aktionen unbekannt, wodurch diese mitunter nur wenig nachgefragt werden. Zugleich entsteht – zu Unrecht – oft der Eindruck, dass das Quartier nur wenige sozio-kulturelle Angebote aufweist.

Daher ist es unerlässlich, mittels gezielter Öffentlichkeitsarbeit eine Plattform für die im Quartier aktiven Vereine, Initiativen und Bündnisse zu bieten, diese in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, Angebote zu bündeln und hierfür auch finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dieser Tätigkeitsbereich dient jedoch auch der Bürgerbeteiligung, indem hier mit den Bürgern gemeinschaftlich Formate entwickelt werden, durch die sie eigene Kommunikations- und Ausdrucksmöglichkeiten im Sinne eines „Sprachrohrs“ erhalten. Die Federführung für alle aus Mitteln des Programms Soziale Stadt geförderten Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit lag und liegt beim Quartiersmanagement Frankfurt (Oder).

Seit Beginn der Programmumsetzung Ende 2008 wurden ganz unterschiedliche Materialien und Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit mit insgesamt ca. 62.000 € finanziell unterstützt. Die nachfolgenden Beispiele⁷⁵ vermitteln einen kleinen Eindruck.

Bürgerzeitung „Wir im Quartier“: Diese Publikation erscheint seit Sommer 2009 regelmäßig zweimal pro Jahr. Zu den elf Ausgaben bis Ende 2014 kam eine Sonderausgabe aus Anlass des fünfjährigen Bestehens im Jahr 2014 hinzu. Konzipiert, gestaltet und stetig weiterentwickelt wird die Zeitung von einem Team aus ehrenamtlichen Redakteuren. Hinzu kommen die „Kiezdetektive“ der Grundschule Mitte, die regelmäßig aus ihrer Perspektive Beiträge über das Quartier verfassen. Artikel zum Stand der investiven Vorhaben werden vom Bauamt oder der DSK als Verfahrensbeauftragte beigesteuert. Die Beiträge beziehen sich u.a. auf durchgeführte oder geplante, kleine und größere Aktivitäten und Projekte, beinhalten Reflexionen oder Interviews mit engagierten Akteuren oder richten den Blick auf die Wahrnehmung des Quartiers und dessen Image.

Ein wichtiges Medium zur kontinuierlichen Information über Aktivitäten, Akteure und das Förderprogramm stellt die vom Quartiersmanagement und Redakteuren der Bürgerzeitung „Wir im Quartier“ entwickelte und gepflegte Internetseite <http://www.wir-im-quartier-ffo.de/> dar. Zur Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit und der Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger ist eine Überarbeitung geplant. Finanziell gefördert wurden auch weitere Informationsmaterialien.

⁷⁵ Gefördert wurde darüber hinaus die Erstellung eines Kitawegweisers, Workshops zu Kindern in Problemlagen und das Projekt „My Life“, in dem die Lebensgeschichten älterer Menschen von jungen Menschen vorgestellt und dokumentiert wurden.

lien über die „Soziale Stadt“ und die Tätigkeiten des Quartiersmanagements im Programmgebiet „Innenstadt – Beresinchen“.

Aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt wurde auch die temporäre Freiflächengestaltung einer durch diverse Rückbaumaßnahmen entstandenen Brachfläche an der Slubicer Straße. Der Verein Slubfurt e.V. nahm diese Tatsache – unterstützt von der Stadtverwaltung, dem Quartiersmanagement, der WOWI und vielen weiteren Partnern – zum Anlass, am konkreten Beispiel eine Auseinandersetzung der Bürger mit Stadtentwicklungsprozessen anzustoßen.

Das konkrete Ergebnis dieses Prozesses war und ist die temporäre Freiflächengestaltung des (zuvor namenlosen) Brückenplatzes (Plac Mostowy) sowie dessen Aneignung durch die Bürger. Vorausgegangen war ein vom Slubfurter Parlament initiiertes Workshop zur Ideenfindung. Dessen Ergebnisse wurden im Mai 2013 öffentlich vorgestellt und nachfolgend schrittweise umgesetzt. Dabei wurden unter anderem Beete angelegt, bunte Litfaßsäulen mit Veranstaltungsinformationen aufgestellt und eine Pumptrack gebaut. Das Projekt begann im Jahr 2013 und soll noch bis Ende 2015 fortgeführt werden.

Gefördert wurde auch ein Projekt, das die Herstellung mobiler Spiel- und Sportgeräte und deren Verleih im Rahmen von Feiern, Sport- und Stadtteilsten und ähnlichen Veranstaltungen zum Inhalt hatte. Ziel war die Bereicherung und Aktivierung des Stadtteillebens. Die Geräte einschließlich passender Transportboxen wurden im Rahmen einer Maßnahme der öffentlichen Beschäftigungsförderung nach dem SGB II angefertigt. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Jobcenters, des Regionalbudgets und – bezüglich der Sachkosten – aus Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit im Regelprogramm der Sozialen Stadt in Höhe von 5.000 €. Das Projekt wurde in der zweiten Jahreshälfte 2010 durchgeführt. Träger war das ÜAZ Bauwirtschaft Frankfurt (Oder) – Wriezen. Der Verleih der Spiel- und Sportgeräte wird heute vom Quartiersmanagement koordiniert.

3.6.3 Bewertung

Die Bewertung des jeweiligen Beitrages der im Handlungsfeld 4 umgesetzten Projekte zur Erreichung der hier gesteckten Ziele fällt – gemessen am Stand der Programmumsetzung insgesamt – durchgehend positiv aus. Das Quartiersmanagement hat sich als wichtiger Partner bei der Initiierung und Realisierung von Projekten, bei der Aktivierung und Vernetzung der lokalen Akteure sowie der Einbeziehung der Bewohner mehr und mehr etabliert. Eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung einer Vielzahl kleinteiliger Projekte aus dem Quartiersfonds sind fester Bestandteil der Aktivitäten und haben zum Erfolg einen wesentlichen Beitrag geleistet. Bei der weiteren Umsetzung des Programms Soziale Stadt wird es über die Fortsetzung der bisherigen Arbeit hinaus verstärkt um die Verstetigung der geschaffenen Strukturen gehen.

Tabelle 9: Bewertung der umgesetzten Projekte im Handlungsfeld 4

	Projekt	Beitrag zur Zielerreichung ⁷⁶		
		Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3
1.	Quartiersmanagement	++	++	++
2.	Quartiersfonds	++	++	++
3.	Öffentlichkeitsarbeit	++	++	++

Quelle: eigene Darstellung.

3.7 Organisationsstruktur

Als Ausdruck der „Vernetzung von Aktivitäten und Akteuren“ sah das IHK 2008 eine Umsetzungs- und Organisationsstruktur mit drei kommunizierenden Ebenen vor⁷⁷:

- Entscheidungsebene (SVV, Ausschüsse, Dienstberatung OB sowie das LBV und MIL als zuständige Vertreter der Landesebene / des Fördergebers),
- Steuerungsebene (ressortübergreifende AG Soziale Stadt, Trägerrunde, Begleitausschuss),
- Durchführungsebene (Quartiersmanagement, Verfahrenssteuerung).

In ihren Grundzügen ist diese Struktur während der bisherigen Programmlaufzeit auch zur Anwendung gekommen. Keine Veränderungen gab es auf der Entscheidungsebene. Sie war in strategischer Hinsicht am Planungs- und Umsetzungsprozess beteiligt. Die politischen Gremien der Stadt Frankfurt (Oder) fassten z.B. Grundsatzbeschlüsse und wurden über den laufenden Stand des Verfahrens informiert. Die Vertreter des Landes genehmigten die der Umsetzung zugrunde liegenden Konzepte und bewilligten die entsprechenden Fördermittel.

Auch die auf der Steuerungsebene vorgesehene, ressortübergreifende Arbeitsgruppe Soziale Stadt nimmt die ihr zugeordnete zentrale Steuerungs- und Koordinierungsfunktion wahr. Die AG besteht im Kern aus Vertretern folgender Akteure:

- Team Sanierung / Stadterneuerung des Bauamtes (Dezernat II – Stadtentwicklung, Bauen, Umweltschutz und Kultur)
- Abteilung Jugend, Familie, soziale Dienste sowie Stabsstelle Jugendhilfeplanung des Amtes für Jugend und Soziales (Dezernat III – Soziales, Gesundheit, Schulen, Sport und Jugend)
- Quartiersmanagement Frankfurt (Oder) (Stiftung SPI)
- Verfahrenssteuerung (DSK).

Die Beratungen fanden / finden in der Regel etwa alle 6-8 Wochen statt. Für den Zeitraum der Evaluierung und Fortschreibung des IHK 2008 tagte die AG Soziale Stadt zum Teil häufiger und in erweiterter Runde. Der Teilnehmerkreis umfasste dann zusätzlich Vertreter folgender Institutionen:

- Beschäftigungsförderung
- Kommunale Statistikstelle
- Abteilung Stadtentwicklung / Stadtplanung des Bauamtes
- Stabsstelle Sozialplanung im Amt für Jugend und Soziales

⁷⁶ ++ = sehr hoch, + = hoch, 0 = durchschnittlich, - = gering, -- = sehr gering

⁷⁷ Vgl. IHK 2008, S. 102ff.

- Gesundheitsamt
- Sozialmanagement / Quartiersbetreuung der WOWI.

Die regelmäßige Abstimmung und die gemeinsame Arbeit an der lokalen Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt hat nicht nur die optimale Nutzung der immer knapper werdenden kommunalen Ressourcen und die erfolgreiche Umsetzung vieler Projekte ermöglicht, sondern auch – ganz im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes der Sozialen Stadt – das integrierte Denken und Handeln der beteiligten Verwaltungen enorm befördert. Vor diesem Hintergrund kommt der AG Soziale Stadt auch für die weitere Programmumsetzung eine zentrale Rolle zu. Wünschenswert und im Hinblick auf die Analyse der Problemlagen sowie darauf ausgerichtete Strategien und Projekte dringend notwendig wäre jedoch insbesondere eine aktive und kontinuierliche Mitwirkung des Gesundheitsamtes.

Nennenswerte Abweichungen gegenüber den Überlegungen des IHK 2008 gab es insbesondere bei den anderen beiden, auf der Steuerungsebene vorgesehenen Gremien. So trat die Trägerrunde nicht – wie vorgesehen – fortlaufend als Pendant der lokalen Projektträger zur AG Soziale Stadt zusammen, sondern „nur“ zu Beginn des Prozesses, als es darum ging, Projekte zu entwickeln und das IHK zu erarbeiten. In der Startphase hatte diese Intensität ihre Berechtigung, war jedoch in der sich anschließenden Umsetzungsphase nicht mehr erforderlich.

Der Begleitausschuss hatte die Funktion eines Beirates und war mit Vertretern verschiedener Ausschüsse der SVV und (weiteren) lokalen Meinungsführern besetzt. Sein Votum – etwa in Bezug auf die Förderung einzelner Projekte oder die Begleitung der Umsetzung des Programms – hatte Empfehlungscharakter. Nach seiner Konstituierung Anfang 2008 tagte der Begleitausschuss mit wechselnder Besetzung in der Regel zweimal pro Jahr, zuletzt im März 2012. Im Laufe der Programmumsetzung wurde immer deutlicher, dass dieses Gremium die ihm zugedachte Rolle nicht ausfüllen konnte. Statt – wie vorgesehen – eigene Handlungsspielräume zu haben, wurde der Begleitausschuss aufgrund von Sachzwängen, vielfachen Änderungen und dem Druck, zeitnah Entscheidungen treffen zu müssen, in zunehmendem Maße nur über bereits getroffene Entscheidungen informiert.

Daher entschied die AG Soziale Stadt im Sommer 2014 in Abstimmung mit den zuständigen Beigeordneten, den Begleitausschuss künftig durch andere bzw. bereits etablierte Formen der Information und Kommunikation zu ersetzen. Genannt seien hier neben den relevanten Ausschüssen der SVV vor allem die Stadtteilkonferenzen, das Stadtteilforum Mitte und die zahlreichen Netzwerke, in denen das Quartiersmanagement mittlerweile aktiv ist (vgl. auch Abschnitt 5.8).

Die Federführung auf der Durchführungsebene hat – wie im IHK vorgesehen – das Team Sanierung / Stadterneuerung des Bauamtes übernommen. Bei der Planung, Umsetzung und Abrechnung des Programms Soziale Stadt und der geförderten Projekte wird die Stadt Frankfurt (Oder) seit Beginn des Programms von der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG unterstützt. Zu den Aufgaben der Verfahrenssteuerung gehör(t)en im Wesentlichen:

- Bearbeitung und Abstimmung des Integrierten Handlungskonzeptes 2008 und der vorliegenden Fortschreibung 2015;
- Vor- und Nachbereitung von Sitzungen (u.a. AG Soziale Stadt, Begleitausschuss);
- Mitwirkung bei der Qualifizierung der für eine Förderung vorgesehenen Projektideen;

- Information der Gremien / Institutionen auf kommunaler und Landesebene;
- Finanzierungs- und Fördermittelmanagement;
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit;
- Controlling.

Als zweiter Baustein auf der Durchführungsebene wurde Ende 2008 ein Quartiersmanagement eingerichtet (vgl. auch Abschnitte 3.6.2 und 5.7.2). Sowohl die Verfahrenssteuerung als auch das Quartiersmanagement haben sich in hohem Maße bewährt und sollen unbedingt in gleicher Weise fortgeführt werden.

3.8 Zwischenfazit

Bei der Bewertung der bisherigen Programmumsetzung fallen zunächst die hohe Umsetzungsquote, der – gemessen am Fördermitteleinsatz – hohe Anteil investiver Maßnahmen und die Tatsache auf, dass 14 der 20 umgesetzten oder fortlaufenden Projekte einen überwiegend sehr hohen Beitrag zur Erreichung der Ziele (sofern zutreffend) des jeweiligen Handlungsfeldes geleistet haben (vgl. Tabelle 10). Lediglich ein Projekt erreicht in dieser Hinsicht nur durchschnittliche Werte.⁷⁸ Die Übersicht zeigt, dass die erfolgreichen Projekte eine große Bandbreite abdecken – inhaltlich, da alle Handlungsfelder vertreten sind, sowie dem Fördervolumen und der Art des Projektes nach (investiv vs. nicht-investiv).

Tabelle 10: Übersicht der erfolgreichsten Projekte 2008-2014 in Bezug auf deren Beitrag zur Erreichung der projektübergreifenden Ziele

Handlungsfeld	Projekte
(1) Lokale Wirtschaft, Arbeit, Armut	- KompAss plus Kompetenzagentur für Schüler
(2) Kinder, Jugend, Familie, Senioren	- Verkehrspädagogische Erziehung / Mobilitätserziehung - Lebenslanges Lernen – Senioren-PC-Kurse - Offene Jugendarbeit / Straßensozialarbeit
(3) Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur	- Grundschule Mitte – Umbau / Sanierung Horthaus - Grundschule Mitte – Sanierung Schulgebäude 1. BA - Grundschule Mitte – Sanierung Turnhalle - Sanierung Kita Bambi (1.+2. BA) - Mehrgenerationenhaus MIKADO (1.+6. BA) - Medienkabinett - Sanierung Schöpferdenkmal
(4) Bürgermitwirkung und Stadtteilleben	- Quartiersmanagement - Quartiersfonds - Öffentlichkeitsarbeit

Quelle: eigene Darstellung.

⁷⁸ Dabei handelt es sich um das Sport- und Gesundheitszentrum am Zehmeplatz. Einschränkend ist jedoch zu sagen, dass die Fördermittel zur Herstellung der für die Durchführung des Projektes benötigten Voraussetzungen eingesetzt wurden, während sich die Kritik auf den Erfolg des Kursangebotes bezieht (vgl. Abschnitt 0).

Tabelle 11: Übersicht der projektübergreifenden Ziele mit den größten Fortschritten

Handlungsfeld	Ziele
(1) Lokale Wirtschaft, Arbeit, Armut	- Verbesserung / Vernetzung lokaler Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Vermittlungsangebote durch Verknüpfung von Maßnahmen zur Stadtteilentwicklung mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, durch Verknüpfung mit weiteren Handlungsfeldern der Sozialen Stadt sowie durch Unterstützung beim Aufbau quartiersbezogener Vermittlungsnetzwerke (Ziel 2)
(2) Kinder, Jugend, Familie, Senioren	- Erhöhung der Bildungschancen für lebenslanges Lernen als Beitrag zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Armut durch verbesserte Informationsangebote sowie Schaffung von Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten (Ziel 2); - Stärkere Vernetzung und Qualifizierung der vorhandenen Angebote und Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren, auch zugunsten schwer erreichbarer Personen und Bevölkerungsteile (Ziel 3)
(3) Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur	- Ausbau / bessere Auslastung bestehender sozialer / kultureller Angebote durch Stärkung von Kitas, Schulen und Schulhöfen als Orte der Bildung und Integration, durch den Ausbau von bestehenden Räumen für neue Begegnungsstätten und durch die stärkere Verknüpfung der städtebaulichen Erneuerung mit qualifizierten Nutzungen (Ziel 3); - Aufwertung des städtebaulichen Erscheinungsbildes durch Fortsetzung der Aktivitäten in den zur Verfügung stehenden Förderprogrammen (Ziel 4)
(4) Bürgermitwirkung und Stadtteilleben	- Stärkung der Bürgermitwirkung / Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen (Ziel 1); - Stärkung vorhandener Netzwerke und Ausbau der Hilfen zur Selbsthilfe (Ziel 2); - Schaffung einer kleinteiligen und selbstorganisierten Kiez-Kultur in den jeweiligen Quartieren, Blöcken und Hausaufgängen (Ziel 3)

Quelle: eigene Darstellung.

Im Rahmen der künftigen Programmumsetzung wird es zur weiteren Verbesserung der Umsetzungsquote und der Zielerreichung u.a. darauf ankommen, die Entwicklung tragfähiger, zu den Handlungsbedarfen und Zielen passender Projektideen einschließlich der Gewinnung geeigneter Projektträger noch stärker in den Fokus zu rücken.

4 Ableitung des verbleibenden Handlungsbedarfs

Aus der Entwicklung der Gebietskulisse anhand ausgewählter statistischer Daten einerseits (vgl. Kapitel 2) und der Evaluierung der bisherigen Umsetzung des Programms Soziale Stadt andererseits (vgl. Kapitel 3) wird nachfolgend der verbleibende Handlungsbedarf abgeleitet. Auf dieser Grundlage kann im Anschluss das Integrierte Handlungskonzept aus dem Jahr 2008 hinsichtlich der Handlungsfelder, Ziele und künftigen Projekte fortgeschrieben werden (vgl. Kapitel 5). Die Darstellung erfolgt handlungsfeldübergreifend, da viele Aspekte über einzelne Handlungsfelder hinaus von Bedeutung sind.

Trotz einer Reihe positiver Tendenzen aus statistischer Sicht und sichtbaren Erfolgen auf der Projektebene haben sich die Handlungsbedarfe gegenüber der Ausgangssituation grundsätzlich nicht verändert. Dies betrifft v.a. das Fortbestehen oder sogar die Verfestigung bestimmter sozialer und ökonomischer Problemlagen. Beispielhaft sind hier u.a. der Anstieg der Zahl und Quote der Langzeitarbeitslosen, der Zahl der Fälle im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung und der in Teilbereichen hohe (oder sogar gestiegene) Gewerberaumleerstand zu nennen. Ein prioritärer Handlungsbedarf resultiert aus der nach wie vor überdurchschnittlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen in der Gebietskulisse, die tendenziell einem höheren Risiko von Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung ausgesetzt sind (v.a. Arbeitslose insgesamt, Langzeitarbeitslose sowie Leistungsempfänger und alleinerziehende Hilfebedürftige nach SGB II). Die im landesweiten Vergleich unverändert höchste Kinderarmutsquote und der ebenfalls höchste Anteil an Empfängern von Leistungen zur Grundversicherung im Alter deuten darauf hin, dass nicht zuletzt Kinder aus armen Familien und ältere Menschen mit geringem Einkommen besonders betroffen sind. Darüber hinaus ergibt sich aus dem gegenwärtig stark steigenden Zustrom an Flüchtlingen und Asylbewerbern auch aus Sicht der Gebietskulisse ein zunehmender Handlungsbedarf. Dieser bezieht sich u.a. auf die Notwendigkeit der Entwicklung einer Willkommenskultur und die Integration dieser Menschen in die Stadtgesellschaft.

Um den skizzierten sozialen und ökonomischen Problemlagen entgegenwirken zu können und neue nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen zu lassen, wird es wie bisher u.a. darauf ankommen, Menschen aus tendenziell benachteiligten Bevölkerungsgruppen erfolgreich in Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln, für schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen bedarfsgerechte Angebote (z.B. Gesundheitsprävention oder Nachbarschaftshilfe) zu schaffen sowie die vorhandenen Angebote und Institutionen (z.B. in den Bereichen Arbeit / Ausbildung, Gesundheit, Soziales) noch besser miteinander zu vernetzen.

Auch im Bereich der investiven Maßnahmen besteht trotz vielerorts deutlich sichtbarer Erfolge ein weiterhin hoher Handlungsbedarf. Dies betrifft zum einen die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und zum anderen die öffentlichen Räume (Straßen, Wege, Plätze, Grünanlagen, Wohnumfeld) in der Gebietskulisse. Die bereits umgesetzten Projekte haben gezeigt, dass die Effekte oft deutlich über die baulichen Investitionen hinausreichen, da sie sich auch auf das Image und die Belebung der Gebietskulisse sowie ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort positiv auswirken. Deshalb sind investive Maßnahmen auch in Zukunft ein zentraler und in mehrfacher Hinsicht für die Entwicklung der Gebietskulisse bedeutsamer Teil der Programmumsetzung.

Vergleichbares gilt auch für den nicht-investiven Bereich, also insbesondere das Quartiersmanagement, die Förderung kleinteiliger, bewohnergetragener Projekte und die begleitende

Öffentlichkeitsarbeit. Das Quartiersmanagement hat sich u.a. durch die Vielzahl an Aktivitäten sowie die intensive und kontinuierliche Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit zu einem unverzichtbaren Baustein für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt entwickelt. Um die bisherigen Erfolge beim Aufbau selbsttragender und nachhaltig wirksamer Strukturen nicht zu gefährden und weiter auszubauen, ist die Fortsetzung der bisherigen Aktivitäten von hoher Bedeutung für die Entwicklung der Gebietskulisse.

5 Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes 2008

5.1 Leitbild und übergreifende Ziele

Das Leitbild definiert den übergeordneten Rahmen für die gewünschte Entwicklung der Gebietskulisse und das Handeln der lokalen Akteure. Es basiert auf der Analyse der Ausgangssituation und der Entwicklung der Gebietskulisse seit dem Start des Programms Soziale Stadt sowie der Ableitung der verbleibenden Handlungserfordernisse und ist Grundlage für die Formulierung von Handlungsfeldern, Zielen und Projekten.

Da sich trotz sichtbarer Teilerfolge weder der Handlungsbedarf noch die grundsätzliche Zielstellung für die Gebietskulisse geändert hat, hat auch das im IHK 2008 festgehaltene Leitmotiv, die „Angebots- und Aktivitätenvielfalt zur Verbesserung der Lebensqualität zu unterstützen“, unverändert Bestand (vgl. auch Abschnitt 3.1).

Auch aus dem Leitbildsystem und den Entwicklungszielen des INSEK 2014-2025 lässt sich dieses Leitmotiv ableiten. So heißt es u.a. im Leitbildbereich I (Zentrum in der deutsch-polnischen Oderregion): „Durch eine Verbesserung der Infrastruktur und eine Belebung der Innenstadt soll die Anziehungskraft der Stadt erhöht und durch eine nachhaltige Ausrichtung die Lebensqualität in Frankfurt (Oder) gesteigert werden.“ Gegenstand des Leitbildbereiches III (Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität) sind u.a. die Stärkung des Bildungsstandortes und die Nutzung der mit dem Kulturangebot verbundenen Potenziale, „die Stadt als Wohn-, Arbeits-, Studien- und Freizeitort aktiv zu platzieren.“ Als eines der Entwicklungsziele wird hier explizit der Anspruch einer „gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen“ formuliert.⁷⁹ Die grundsätzliche Ableitbarkeit der Ziele der Sozialen Stadt für die Gebietskulisse „Innenstadt-Beresinchen“ aus dem INSEK ergibt sich bereits aus der Tatsache, dass alle Zentralen Vorhaben mit teils räumlichem Bezug⁸⁰ ganz oder teilweise die Stärkung der Innenstadt zum Ziel haben und diese zu großen Teilen innerhalb der Gebietskulisse der Sozialen Stadt liegt.

Darüber hinaus sind im Rahmen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt, wie auch auf der Ebene des INSEK und aller anderen Programme der Städtebauförderung, folgende Querschnittsziele zu beachten:⁸¹

- Barrierefreiheit, d.h. die Herstellung eines uneingeschränkten Zugangs zu öffentlichen Räumen und Gebäuden, Arbeitsplätzen und Informationen;
- Baukultur, d.h. die Erhaltung und Entwicklung der Qualität und Identität von Stadtteilen durch Bewahrung des baukulturellen Erbes sowie hohe Planungs- und Verfahrensstandards;

⁷⁹ Vgl. INSEK 2014-2025, S. 144f.

⁸⁰ Band der urbanen Funktionen von der Stadtbrücke zum Bahnhof (Nr. 5), Belebung der Stadtmitte vom Marktplatz bis zur Oder (Nr. 6), Universitätsquartier als Bindeglied zwischen Zentrum und Ziegenwerder (Nr. 7), Nördliche Innenstadt – Wohnen und Leben an der Oder (Nr. 8) sowie Neue Perspektiven für die Stadtumbaugebiete (Nr. 9), hier das Stadtumbaugebiet Zentrum.

⁸¹ Vgl. Städtebauförderungsrichtlinie des MIL 2009, Fortschreibung 2012 (Abschnitt 1 „Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen“) und die entsprechenden Praxisregeln des MIL vom 10.10.2012, Download unter <http://lbv.brandenburg.de/323.htm> (letzter Zugriff am 12.04.2015) sowie INSEK 2014-2025, S. 146f.

- Bürgermitwirkung, d.h. bürgergesellschaftliche Teilhabe an den Prozessen der Zielfindung, Planung und Umsetzung sowie Förderung des bürgergesellschaftlichen Engagements und der Vereinsarbeit;
- Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung, d.h. Berücksichtigung der Belange von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen, Familien und Senioren sowie Menschen mit Migrationshintergrund;
- (ökologische) Nachhaltigkeit, d.h. flächen- und ressourcenschonende Entwicklung, Verwendung umweltgerechter Baustoffe und Sicherung verkehrsarmer Funktionsgefüge;
- Energetische Erneuerung, d.h. Energieeinsparung, Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien.

Von übergreifender Bedeutung ist ebenfalls der Begriff Inklusion (lat.: Zugehörigkeit). Alle Staaten, die die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet haben, sind dazu verpflichtet, „Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft zu gewährleisten.“⁸² Die notwendigen Maßnahmen beziehen sich damit auch, aber längst nicht nur auf den Abbau baulicher Barrieren. „In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, verschieden zu sein. Jeder ist willkommen. Und davon profitieren wir alle: zum Beispiel durch den Abbau von Hürden, damit die Umwelt für alle zugänglich wird, aber auch durch weniger Barrieren in den Köpfen, mehr Offenheit, Toleranz und ein besseres Miteinander.“⁸³

5.2 Handlungsfelder

Da sich der verbleibende Handlungsbedarf und die grundlegenden Ziele für die Entwicklung der Gebietskulisse nicht geändert haben, können auch die Handlungsfelder grundsätzlich beibehalten werden. Kleinere Änderungen zielen lediglich darauf ab, die Handlungsfelder 1 und 2 präziser zu bezeichnen und sinnvoller voneinander abzugrenzen.

Das Handlungsfeld 1 erhält die Bezeichnung „Lokale Wirtschaft, Arbeit, Ausbildung“. Damit soll der Zusammenhang zwischen der Stärkung der lokalen Wirtschaft und der aktiven Begleitung jener Zielgruppen, die es auf dem Arbeitsmarkt oder beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf besonders schwerhaben, deutlicher herausgearbeitet werden. Der bislang im Titel enthaltene Begriff der Armut kann entfallen, da ihre Bekämpfung eine Querschnittsaufgabe und damit auch in den anderen Handlungsfeldern von hoher Relevanz ist.

Das Handlungsfeld 2 wird in „Integration, Teilhabe, Gesundheit“ umbenannt. Ziel der Umbenennung ist es, hier eher auf die hier zu bearbeitenden Themen statt auf die (damals) relevanten Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Familie, Senioren) hinzuweisen. Gemeint sind nun alle, deren Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe im Rahmen des Programms Soziale Stadt gefördert werden sollen (z.B. auch Menschen mit Migrationshintergrund).

Die Handlungsfelder 3 (Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur) und 4 (Bürgermitwirkung und Stadtteilleben) werden unverändert übernommen.

⁸² Vgl. http://www.inklusion-brandenburg.de/was_ist_inklusion.html (letzter Zugriff am 12.04.2015).

⁸³ Vgl. <https://www.aktion-mensch.de/themen-informieren-und-diskutieren/was-ist-inklusion.html> (letzter Zugriff am 12.04.2015).

5.3 Gesamtüberblick über die geplanten Projekte 2015-2020

Das Integrierte Entwicklungskonzept sieht für den Umsetzungszeitraum 2015-2020 gegenwärtig insgesamt 20 Projekte vor (vgl. Tabelle 13). Davon wurden zwei in Abstimmung mit dem LBV vorzeitig begonnen und zwischenzeitlich abgeschlossen (Sanierung Integrationskita Hilde Coppi, Leipziger Platz 4.BA). Zwei weitere wurden bereits vom LBV bestätigt. Hier werden gegenwärtig die notwendigen Planungen erarbeitet (Sanierung Schulgebäude GS Mitte 2. BA, Teilsanierung Straßenbahndepot). Und weitere vier Projekte haben fortlaufenden, die Gesamtmaßnahme begleitenden Charakter (Quartiersmanagement, Verfügungsfonds, Aktionsfonds, Öffentlichkeitsarbeit).

Auf das Handlungsfeld 3 entfallen acht, ausschließlich investive Maßnahmen, auf die Handlungsfelder 2 und 4 insgesamt elf nicht-investive Maßnahmen. Im Handlungsfeld 1 ist gegenwärtig ein Projekt geplant.

Der geschätzte Fördermittelbedarf für alle 20 Projekte beträgt im Zeitraum 2015-2020 insgesamt etwa 12,2 Mio. €. ⁸⁴ Davon entfallen etwa 10,3 Mio. € auf jene 12 neuen Projekte, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder vom LBV bestätigt noch bereits begonnen wurden. Fast 90 Prozent der geplanten Mittel sind für investive Maßnahmen vorgesehen (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12: Fördermittelbedarf⁸⁵ für die geplanten / fortlaufenden Projekte 2015-2020

	geplante / fortlaufende Maßnahmen				Summen	
	davon investiv		davon nicht-investiv			
	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro	Anzahl	Euro
HF 1	0	0,00 €	1	110.000,00 €	1	110.000,00 €
HF 2	0	0,00 €	5	599.400,00 €	5	599.400,00 €
HF 3	8	10.927.500,00 €	0	0,00 €	8	10.927.500,00 €
HF 4	0	0,00 €	6	585.000,00 €	6	585.000,00 €
Summen	8	10.927.500,00 €	12	1.294.400,00 €	20	12.221.900,00 €

Quelle: eigene Darstellung.

Die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen macht eine Priorisierung der Projektideen in inhaltlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht erforderlich. Der überwiegende Teil der Projekte soll im UPL-Zeitraum 2015-2017 umgesetzt oder zumindest begonnen werden. Von den investiven Maßnahmen haben insbesondere der Beginn oder die Fortsetzung der Sanierung bzw. Aufwertung diverser Kita- und Schulstandorte eine hohe Priorität. Wichtig und dringend sind auch die Sanierung des ehemaligen Straßenbahndepots, v.a. der von der Museumswerkstatt genutzten Gebäudeteile und Freiflächen, sowie Maßnahmen zur Aufwertung des nördlichen Teils des Lennéparks. Hinzu kommen die nicht-investiven Maßnahmen, die auf vielfältige Weise darauf abzielen, die Lebensbedingungen der Quartiersbevölkerung zu verbessern, der Ausgrenzung und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken und nachhaltige Strukturen aufzubauen.

⁸⁴ zzgl. Ausgaben für Planungsleistungen und die Verfahrenssteuerung (vgl. KoFi).

⁸⁵ Bund / Land / Kommune.

Tabelle 13: Übersicht der geplanten / fortlaufenden Projekte 2015-2020

HF	Nr.	Projekt	Zeitraum	Priorität	Fördermittelbedarf ⁸⁶
1	1.1	Frankfurter Sozialbetrieb	2016-2018	hoch	110.000 €
2	2.1	Gesund aufwachsen – Förderung der Gesundheit von Kindern	ab 2020	mittel	90.000 €
	2.2	Deutsch-Polnische Jugendbegegnungen	ab 2020	mittel	36.000 €
	2.3	Modellhafte Schaffung armutssensibler Unterstützungsstrukturen für Familien	2016-2018	hoch	110.000 €
	2.4	Netzwerkstelle für deutsch-polnische Seniorenarbeit	2016-2018	mittel	123.400 €
	2.5	Gegen Vereinsamung – aufsuchende soziale Arbeit	2017-2020	hoch	240.000 €
3	3.1	Sanierung Integrationskita Hilde Coppi	2014-2015	hoch	312.000 €
	3.2	GS Mitte, Sanierung Schulgebäude 2.BA	2015-2016	hoch	700.000 €
	3.3	OS Heinrich von Kleist, Sanierung Schulgebäude / Ergänzungsbau	2016-2018	hoch	3.400.000 €
	3.4	OS Ulrich von Hutten, Neubau Haus 2 / Freiflächengestaltung	2015-2018	hoch	5.349.700 €
	3.5	Teilsanierung ehemaliges Straßenbahn-depot / Freiflächengestaltung	2016-2017	hoch	440.800 €
	3.6	Aufwertung Lennépark, nördlicher Teil und Umgebung	ab 2016	mittel	450.000 €
	3.7	Aufwertung öffentlicher Raum Große Scharnstraße / Schmalzgasse	ab 2020	hoch	210.000 €
	3.8	Leipziger Platz (4.BA)	2014-2015	hoch	65.000 €
	-	Neue Räume für die Frankfurter Tafel	2015-2016	hoch	- ⁸⁷
4	4.1	Nachbarschaftsagentur	2016-2018	hoch	90.000 €
	4.2	Stärkung des Kiezes in Altberesinchen	2018-2020	mittel	75.000 €
	4.3	Quartiersmanagement	2015-2020	hoch	300.000 €
	4.4	Verfügungsfonds	2015-2020	hoch	45.000 €
	4.5	Aktionsfonds	2015-2020	hoch	15.000 €
	4.6	Öffentlichkeitsarbeit	2015-2020	hoch	60.000 €

Quelle: eigene Darstellung.

Auf den Zeitraum nach 2017 entfallen auf investiver Seite insbesondere die Fertigstellung des Neubaus für die Ulrich-von-Hutten-Oberschule (Haus 2) sowie des Erweiterungsbaus der Heinrich-von-Kleist-Oberschule, die Umgestaltung des öffentlichen Raumes in der Großen Scharnstraße und der Schmalzgasse sowie weitere Aufwertungsmaßnahmen im nördlichen Teil des Lennéparks einschließlich Umgebung. Eine hohe Priorität hat schließlich die Weiterführung der die Gesamtmaßnahme flankierenden Aufgaben. Sie sind sowohl für den Erfolg der Programmumsetzung als auch für die Verstetigung geschaffener Strukturen unverzichtbar und sollen die Innenstadtentwicklung / den Stadtumbau bis mindestens 2020 begleiten. Aufgrund der zunehmend angespannten Haushaltssituation wird die Stadt Frankfurt (Oder) bei der Realisierung dieser Projekte auch künftig auf die finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes Brandenburg angewiesen sein.

⁸⁶ Bund / Land / Kommune.

⁸⁷ Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Programms Stadtumbau Ost.

5.4 Handlungsfeld 1: Lokale Wirtschaft, Arbeit, Ausbildung

5.4.1 Ziele

Im Handlungsfeld 1 werden künftig folgende Ziele verfolgt:

1. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft im Quartier;
2. Bessere Vernetzung der lokalen Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Vermittlungsangebote sowie der relevanten Unternehmen und lokalen Institutionen;
3. Verbesserung der Teilhabechancen, v.a. von Jugendlichen, älteren Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Bewertung der Zielerreichung erfolgt unter Berücksichtigung der im Rahmen des begleitenden Monitorings erhobenen Daten zur Entwicklung der Gebietskulisse im Vergleich zur Gesamtstadt (vgl. Abschnitt 5.9) und des spezifischen Beitrags der geplanten Projekte.

5.4.2 Geplante Projekte

Nr. 1.1 Frankfurter Sozialbetrieb

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist seit längerer Zeit von grundlegenden Veränderungen geprägt. Dazu gehören u.a. die Verfestigung von Arbeitslosigkeit, die Zunahme gering entlohnter Tätigkeiten und die teilweise Verdrängung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Hinzu kommen der absehbare Fachkräftemangel und die hohe Zahl an Jugendlichen ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss. Die Folgen dieser Entwicklung sind auch auf lokaler Ebene spürbar und treffen vor allem die ohnehin benachteiligten Gebiete. Auch das INSEK hat den Handlungsbedarf erkannt. Aus diesem Grund ist ein Umdenken hinsichtlich der Instrumente und Angebote der Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

Vor diesem Hintergrund entstand das Projekt „Frankfurter Sozialbetrieb“. Es richtet sich an langzeitarbeitslose Frauen und Männer über 50 Jahre, die in absehbarer Zeit keine Chance haben, auf dem regulären Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden. Mit dem Projekt soll der Schritt von bisherigen Formen der Beschäftigung und Betreuung von (Langzeit-)Arbeitslosen zur Verbindlichkeit von sozialversicherungspflichtiger Arbeit als Ergebnis einer Bildungs- und Betreuungskette vollzogen werden. Damit gelten hier die Regeln des regulären Arbeitsmarktes.

Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

- Reduzierung der Zahl langzeitarbeitsloser Personen über 50 Jahre durch Vermittlung von mindestens drei Teilnehmern in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und mindestens eines Teilnehmers in eine Umschulung oder Weiterbildung
- Ermöglichen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bzw. der Entwicklung einer beruflichen Perspektive
- Bearbeitung persönlicher Probleme (z.B. Überschuldung, häuslicher Überforderung)/ positive Persönlichkeitsentwicklung/ Selbstvertrauen
- Vermittlung/ Verbesserung von Kompetenzen im sozialen und personalen Bereich
- Aktivierung der Lernbereitschaft (Wollen) und Förderung der Lernfähigkeit (Können).

Das Projekt lässt sich dem „Leitbildbereich III: Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ des INSEK zuordnen. Darin ist die „gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen“ als eines der Entwicklungsziele formuliert. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 3g „Erhalt und Entwicklung sozial ausgewogener Stadtteile mit gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner“ gegeben.

Im Rahmen der Umsetzung des Projektes ist die Beschäftigung von insgesamt 15 Teilnehmern vorgesehen. Davon entfallen je sieben Teilnehmer auf zwei Arbeitsgruppen und ein Teilnehmer auf den Verwaltungsbereich. Parallel ist eine MAE-Maßnahme zur Fähigkeitsüberprüfung mit acht Teilnehmern geplant.

Die Umsetzung umfasst eine Aktivierungsphase und die Sozialbetreuung. In der Aktivierungsphase geht es zunächst um das Erkennen und Bearbeiten von Vermittlungshemmnissen durch gezielte pädagogische Begleitung. Darauf folgt die Tätigkeit in den zwei Arbeitsgruppen in konkreten Projekten innerhalb der Gebietskulisse. Als Grundlage haben die Fachämter der Stadt Frankfurt (Oder) bereits eine entsprechende Liste zusammengestellt, in der u.a. Arbeiten im öffentlichen Raum und verschiedenen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sowie zur Erhaltung von Denkmalobjekten aufgeführt sind. Die kontinuierliche Sozialbetreuung als zweiter Baustein garantiert, dass jedem Teilnehmer eine individuelle Perspektive auf dem Arbeitsmarkt aufgezeigt wird. Zusätzlich erfolgt die umfassende Unterstützung bei der Bewältigung persönlicher Probleme.

Der Erfolg dieser Aktivitäten soll anhand der insgesamt erreichten Teilnehmer, der Teilnehmer, die nach Abschluss der Maßnahme in ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis eintreten (können), der Zahl der gesicherten stadtbildprägenden Gebäude, der umgesetzten Projekte in den Kitas der Stadt und der Kooperationspartner gemessen werden.

Potenzieller Träger des Projektes ist die DAA, die als einziger Träger über die notwendige Betriebserlaubnis für einen Beschäftigungsbetrieb verfügt. Im Frühjahr 2015 wurde unter Einbeziehung vergleichbarer Aktivitäten des bbw ein wirtschaftlich selbständiger Eigenbetrieb gegründet, der sich mittelfristig selbst tragen und erwirtschaftete Überschüsse in neue Beschäftigungsverhältnisse investieren soll.

Kooperationspartner des Projektes sind neben dem Beauftragten für Beschäftigungsförderung, der Unteren Denkmalschutzbehörde, dem Grünflächenamt sowie dem Amt für Jugend und Soziales der Stadt Frankfurt (Oder) das Jobcenter, kleine und mittlere Unternehmen aus der Region sowie verschiedene Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.

Der unrentierliche Anteil, der bislang nicht durch erhaltene Aufträge erwirtschaftet werden kann, beläuft sich gegenwärtig auf 250.000 € pro Jahr. Hinzu kommen die Kosten für einen Sozialbetreuer und projektbezogene Sachkosten in Höhe von insgesamt 150.000 € pro Jahr. Eine Unterstützung aus Mitteln der Sozialen Stadt wäre insbesondere in Form einer auf den Zeitraum 2016-2018 begrenzten Anschubfinanzierung für konkrete Projekt- bzw. Sachausgaben in Verknüpfung mit anderen, im IEK verankerten und / oder in der Gebietskulisse verorteten Projekten denkbar. Der konkrete Förderbedarf zur anteiligen Finanzierung von Sach- und Betriebskosten beträgt insgesamt 110.000 €.

5.5 Handlungsfeld 2: Integration, Teilhabe, Gesundheit

5.5.1 Ziele

Im Handlungsfeld 2 werden künftig folgende Ziele verfolgt:

1. Förderung der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und ihrer Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe;
2. Gestaltung und Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung von Lebensqualität und Lebenserwartung, v.a. zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen;
3. Stärkere Vernetzung und Qualifizierung der vorhandenen Angebote und Einrichtungen, v.a. zugunsten schwer erreichbarer Personen und Bevölkerungsgruppen;
4. Entwicklung und Förderung von bedarfsgerechten Angeboten zur Begegnung und Wissensvermittlung.

Die Bewertung der Zielerreichung erfolgt unter Berücksichtigung der im Rahmen des begleitenden Monitorings erhobenen Daten zur Entwicklung der Gebietskulisse im Vergleich zur Gesamtstadt (vgl. Abschnitt 5.9) und des spezifischen Beitrags der nachfolgend beschriebenen Projekte.

5.5.2 Geplante Projekte

Nr. 2.1 Gesund aufwachsen – Förderung der Gesundheit von Kindern

Die Ausführungen des letzten Kinderarmutsberichtes der Stadt Frankfurt (Oder)⁸⁸ sowie die im Rahmen der obigen Analyse und Evaluierung gewonnenen Erkenntnisse verdeutlichen, dass im Bereich der Armutsprävention und der Linderung der Folgen von Armut nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf in der Gebietskulisse (und darüber hinaus) besteht. Dabei kommt der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen eine besondere Bedeutung zu, da hier die Weichen für die Entwicklung im Erwachsenenalter gestellt werden.

Die Gesundheit gehört zu den Themen, bei denen sich Armut, Benachteiligung und fehlende Teilhabechancen am deutlichsten auswirken. Folglich sind präventive und gesundheitsfördernde Angebote für Kinder im Alter von 4-14 Jahren als Gegenmaßnahmen besonders geeignet. Eine aufgrund ihrer Rolle als Vorbilder und / oder Multiplikatoren ebenso wichtige Zielgruppe sind die Eltern, Lehrer und Erzieher.

Ein solches Projekt bedarf hinsichtlich der Inhalte, Akteure (Trägerschaft) und Kosten noch einer weiteren Konkretisierung. Wichtige Partner sind u.a. das Amt für Jugend und Soziales, das Gesundheitsamt sowie Kitas, Schulen, die beiden Eltern-Kind-Zentren und weitere soziale Träger.

Im Rahmen der Umsetzung sind z.B. folgende Maßnahmen und Aktivitäten denkbar:

- Angebote für präventive Gesundheitsförderung (z.B. Aktionstage, Projektwochen, Beratungsangebote, Informationsmaterialien, Tagungen, Seminare, Vorträge, Sport- und Entspannungsangebote)

⁸⁸ Stadt Frankfurt (Oder): Bericht über Kinder in besonderen Problemlagen aus der Perspektive der Jugendhilfe, 2. Fortschreibung 2012.

- Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern durch Wissensvermittlung zu gesunder Kindesentwicklung (z.B. Babypflege, gesundes Kochen, Versorgung)
- Fort- und Weiterbildung für Lehrer, Erzieher und anderes pädagogisches Personal.

Die Umsetzung des Projektes hängt u.a. von der notwendigen Konkretisierung ab. Der voraussichtliche Fördermittelbedarf zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten beträgt ca. 90.000 €.

Das Projekt lässt sich dem Leitbildbereich III „Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ und hier insbesondere dem Entwicklungsziel „gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben“ des INSEK zuordnen. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 3g „Erhalt und Entwicklung sozial ausgewogener Stadtteile mit gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner“ gegeben.

Im Falle einer erfolgreichen Durchführung könnte die Überführung in eine Regelfinanzierung erfolgen, da durch das Projekt möglicherweise bestehende Regelangebote ergänzt und Folgekosten im Erziehungshilfebereich minimiert werden.

Nr. 2.2 Deutsch-Polnische Jugendbegegnungen

Die Städte Frankfurt (Oder) und Ślubice können dank ihrer räumlichen Nähe zueinander sowie der vielfältigen Verflechtungen zwischen beiden Stadträumen die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft besser meistern, indem sie auf allen Ebenen zielgerichtet und partnerschaftlich miteinander kooperieren. Wesentliche Elemente dafür sind das Erlernen der Nachbarsprache möglichst bereits ab dem frühen Kindesalter sowie der Ausbau der Fremdsprachenkompetenz aller Bewohner.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass insbesondere die Kooperation mit der Institution Schule ermöglicht, einen geeigneten kontinuierlichen und verbindlichen Rahmen für einen gewinnbringenden interkulturellen Austausch zu bieten. Aufgrund dessen sollen als Projektidee „Deutsch-Polnische Jugendbegegnungen“ auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit deutschen und polnischen Klassen bzw. Kursen ausgerichtet werden. Zielgruppe des Projektes sind dementsprechend alle Schüler aus Frankfurt (Oder) und Ślubice.

Für die Projektträgerschaft kommen Träger der Jugendhilfe und andere sozio-kulturelle Einrichtungen mit deutsch-polnischem Fokus in Frage. Die Entscheidung soll im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens fallen.

Die Projektziele lassen sich wie folgt formulieren:

- Kennenlernen und Austausch von deutschen und polnischen Jugendlichen
- Wissensvermittlung zum Leben und Alltag im Nachbarland
- Abbau von gegenseitigen Vorbehalten / Vorurteilen
- Förderung sprachlicher und interkultureller Kompetenzen durch persönliche Kontakte
- Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz.

Das Projekt lässt sich dem „Leitbildbereich III: Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ des INSEK zuordnen. Darin ist ein „vielschichtiges und

breit aufgestelltes Kulturangebot mit grenzüberschreitender Ausstrahlung“ als eines der Entwicklungsziele formuliert. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 2d „Verbesserung der interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen“ gegeben.

Im Rahmen der Umsetzung sind folgende Aktivitäten denkbar:

- gemeinsame Kurse deutscher und polnischer Klassen
- spielerisches Erlernen der jeweils anderen Sprache z.B. durch Sprachtandems
- gemeinsame Aktivitäten und Ausflüge in der Doppelstadt
- Besuche von Gedenkstätten und Reflexionseinheiten u.a. zum Thema Menschenrechte
- Kleingruppenarbeit zu unterschiedlichen Themen wie z.B. Sport, Kultur, Freizeit; gemeinsame Präsentation der Ergebnisse
- gemeinsame Projekte mit hoher Jugendbeteiligung zur demokratischen Teilhabe z.B. Erstellung einer gemeinsamen Broschüre, gemeinsame Gestaltung eines Platzes, kleinteilige Herstellung einer Kommunikations-/ Freizeitanlage, künstlerische Workshops zur Verschönerung des Wohnumfeldes.

Die in diesem Zusammenhang anfallenden Sachkosten in Höhe von voraussichtlich 36.000 € sollen aus Mitteln des Programms Soziale Stadt finanziert werden. Um die Nachhaltigkeit des Projektes zu gewährleisten, sollen mittelfristig Strukturen aufgebaut werden, die eine Fortführung im Rahmen vorhandener Regelstrukturen ermöglichen.

Der Erfolg des Projektes soll u.a. anhand der Anzahl der Teilnehmer und begleiteten Gruppen, der Exkursionen, der Kooperationspartner sowie einer Einschätzung der Kursleiter zur Entwicklung der interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen der Teilnehmer gemessen werden.

Nr. 2.3 Modellhafte Schaffung armutssensibler Unterstützungsstrukturen für Familien

Frankfurt (Oder) belegt bei der Kinderarmut sowohl im landesweiten als auch bundesweiten Vergleich einen der Spitzenplätze (vgl. Abschnitt 2.4.5). Armutsphasen können erhebliche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung von Kindern haben. Besonders schwerwiegend ist laut einer UNICEF-Studie von 2005 vor allem die Ausgrenzung von Kindern aus armen Familien. Danach sind es nicht nur die materiellen Dinge, die diesen Kindern fehlen, sondern sie leiden auch unter sozialer Ungleichheit sowie fehlender Zuwendung, Erziehung und Bildung. Häufig wohnen diese Kinder in sozial belasteten Stadtteilen und brechen aufgrund von Konzentrationsschwächen und Sprachproblemen auch häufiger die Schule ab. In Folge mangelnder Bildung und der daraus resultierenden schlechten Berufschancen zementieren sich laut UNICEF die „Armutsbiografien“. Es kommt daher wesentlich auf eine nachhaltige Stärkung der materiellen und sozialen Ressourcen der Familien wie auch der Kinder und Jugendlichen an.

Besonders geeignet für eine frühzeitige und niedrigschwellige Unterstützung sind Kindertagesstätten, da aufgrund der Rechtsanspruchserweiterung in Frankfurt (Oder) ca. 70 Prozent aller Kinder unter drei Jahre eine Kita besuchen. Kitas stellen daher einen besonders geeigneten Ort für die Entwicklung einer armutssensiblen Pädagogik sowie von Angeboten der

Familienförderung unter dem Aspekt der Armutsprävention dar. Die Nutzung von Kindertagesstätten und Angeboten der Familienförderung vermeidet eine Stigmatisierung der benachteiligten Familien, da diese Jugendhilfeleistungen für alle Menschen der entsprechenden Zielgruppen gleichermaßen zugänglich sind.

Die Projektidee richtet sich an Familien mit Kindern im Vorschulalter und verfolgt insbesondere das Ziel einer Auseinandersetzung mit bzw. Heranführung an eine armutssensible Pädagogik in Kindertagesstätten. Das Projekt lässt sich dem „Leitbildbereich III: Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ des INSEK zuordnen. Darin ist die „gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen“ als eines der Entwicklungsziele formuliert. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 3g „Erhalt und Entwicklung sozial ausgewogener Stadtteile mit gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner“ gegeben.

Im Rahmen der Umsetzung können – auch modellhaft in einer konkreten Einrichtung in der Gebietskulisse – Angebote entwickelt werden, die dazu beitragen, dass Eltern bzw. Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können, unterstützt und befähigt werden, entsprechende Hilfsmöglichkeiten zu erschließen, ihre Selbsthilfekräfte aktivieren sowie von für sie belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen entlastet werden.

Darüber hinaus sind die Entwicklung und Evaluation neuer fachlicher Ansätze in Regeleinrichtungen sowie die Vernetzung und Qualifizierung vorhandener und neuer Angebote als Projekthinhalte denkbar. Der Erfolg des Projektes könnte an der Zahl entwickelter und durchgeführter Projekte sowie an der Zahl der Teilnehmer und Kooperationspartner gemessen werden.

Ein Projektträger soll mit Hilfe eines Interessenbekundungsverfahrens gefunden werden. Potenzielle Kooperationspartner sind insbesondere das Amt für Jugend und Soziales, die Kindertagesstätten und die beiden Eltern-Kind-Zentren in Frankfurt (Oder).

Zur anteiligen Finanzierung der Personal- und Sachkosten ist für den Zeitraum 2016-2018 ein Zuschuss aus Mitteln des Programms Soziale Stadt in Höhe von 110.000 € vorgesehen. Im Falle einer erfolgreichen Erprobung von Angeboten kann eine Überführung in die Regelfinanzierung erfolgen, da durch die Maßnahme ggf. bestehende Regelangebote gestärkt oder ergänzt und Folgekosten im Erziehungshilfebereich reduziert werden.

Nr. 2.4 Netzwerkstelle für deutsch-polnische Seniorenarbeit

Die Stadt Frankfurt (Oder) verfügt im Hinblick auf die Vernetzung von Angeboten für Senioren zwar über einen aktiven Seniorenbeirat und Bildungseinrichtungen, die sich auch dem grenzüberschreitenden und interkulturellen Austausch widmen. Zugleich fehlt es aus Sicht vieler Akteure u.a. an einem kontinuierlichen und verbindlichen Rahmen im Sinne einer räumlichen Anlaufstelle und an einem Ansprechpartner für den interkulturellen Austausch zwischen den Senioren, an offenen und / oder niedrigschwelligen deutsch-polnischen Angeboten für diese Zielgruppe sowie an einer Bündelung der vorhandenen Angebote und auch an Wissen.

Vor diesem Hintergrund entstand die Projektidee zur Einrichtung einer Netzwerkstelle für deutsch-polnische Seniorenarbeit. Potenzielle Projektträger sind der AWO Kreisverband Frankfurt (Oder) – Stadt e.V. und die ARLE gGmbH. Als mögliche Kooperationspartner kommen u.a. der Seniorenbeirat, die Seniorenakademie, die Volkshochschule, Słubfurt e.V., das Kooperationszentrum Frankfurt (Oder) - Słubice, das Collegium Polonicum, das Słubicer Kulturhaus SMOK, die Europa-Universität Viadrina, das Freiwilligenzentrum, der Pflegestützpunkt sowie soziale und kulturelle Einrichtungen der Doppelstadt in Frage.

Das Projekt verfolgt die nachstehenden Ziele:

- Integration von Bevölkerungsgruppen auf beiden Seiten der Oder
- Kennenlernen und Austausch von deutschen und polnischen Senioren
- Wissensvermittlung zum Leben und dem Alltag im Nachbarland
- Abbau von gegenseitigen Vorbehalten / Vorurteilen
- Förderung sprachlicher und interkultureller Kompetenzen
- Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz; Freude an einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft
- Lebendige Doppelstadt mit Aktiven im dritten Lebensdrittel
- Bekämpfung von Vereinsamungstendenzen bei Senioren
- Stärkung des bürgergesellschaftlichen Engagements im dritten Lebensdrittel

Der Bezug zum INSEK lässt sich über den Leitbildbereich III „Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ und die darin formulierten Entwicklungsziele 3, 4 und 5 herstellen. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 2d „Verbesserung der interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen“ gegeben.

Im Rahmen der Umsetzung sind folgende Maßnahmen und Aktivitäten vorgesehen:

- Einrichten einer barrierefreien, an der Grenze gelegenen Räumlichkeit unter Beachtung der vorhandenen Einrichtungen
- Bündelung bestehender Angebote und Initiativen
- Aktivierende Befragung auf beiden Seiten der Oder zur Angebotsstruktur
- Öffentlichkeitsarbeit/ Bekanntmachen der Koordinierungsstelle, Aufbau von Kooperationen
- Erarbeitung eines Veranstaltungsprogramms unter Hinzuziehung von Bestehendem/ Bewährten
- Formulierung neuer / fehlender Angebote mittels Aktivierung von Senioren
- Profilierung eines niedrigschwelligen Treffs *bez granic*
- Aufbau eines bürgergesellschaftlichen Pools von deutsch-polnischen Senioren

Der Erfolg des Projektes soll u.a. anhand der Zahl der Angebote und Veranstaltungen, der Teilnehmer an der Befragung sowie der Angebote und Veranstaltungen, der Zahl der Aktiven und Kooperationspartner und den Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit gemessen werden.

Zur anteiligen Finanzierung der Kosten für die barrierefreie Herrichtung geeigneter Räumlichkeiten sowie der Personal- und Sachkosten soll für den Zeitraum 2016-2018 ein Zuschuss in Höhe von 123.400 € aus Mitteln des Programms Soziale Stadt gewährt werden.

Um die Nachhaltigkeit des Projektes zu gewährleisten, sollen bereits in der Anlaufphase Strukturen aufgebaut werden, die es ermöglichen, das Projekt mit Hilfe des geplanten bürgergesellschaftlichen Pools ehrenamtlich weiterzuführen und entstehende Aufwendungen über Einnahmen aus Veranstaltungen zu finanzieren. Über den Europäischen Freiwilligendienst, den Bundesfreiwilligendienst und das Freiwilligenzentrum könnte das Projekt personell bereichert und gestärkt werden. Die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) hat ihre Bereitschaft signalisiert, mögliche Räumlichkeiten der Netzwerkstelle nach Auslaufen der Förderung mietkostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Nr. 2.5 Gegen Vereinsamung – aufsuchende soziale Arbeit

Der schon jetzt relativ hohe Bevölkerungsanteil von Senioren sowohl in der Gebietskulisse als auch in der Gesamtstadt wird zu Prognosen zufolge weiter steigen. Verschiedene Einrichtungen und Dienste beobachten eine zunehmende Kontaktarmut und Vereinsamung älterer Menschen. Aufgrund von Einschränkungen bei der Mobilität haben ältere und behinderte Menschen zunehmend Probleme, ihre Wohnung oder die Pflegeeinrichtung zu verlassen, um notwendige Wege wie Arztbesuche oder Einkäufe zu erledigen, an Veranstaltungen des öffentlichen Lebens teilzunehmen oder sich mit anderen Menschen auszutauschen. Unsicherheit, Scham oder Resignation verstärken die Rückzugstendenzen. Neben Senioren werden aber immer wieder auch Fälle bekannt, in denen Menschen jüngeren Alters persönlich überfordert und von der Nachbarschaft und dem sozialen Umfeld sozial isoliert in ihren Wohnungen leben.

Die genannten Personenkreise nehmen – wenn überhaupt – die vorhandenen Leistungen des sozialen Versorgungssystems zu einem relativ späten Zeitpunkt in Anspruch, sodass präventive Hilfen nicht mehr ihre Wirkung entfalten können. Die Problemlagen sind dann bereits fortgeschritten und verursachen mitunter hohe Folgekosten. Einsamkeit und fehlende gesellschaftliche Teilhabe sind Risikofaktoren für eine spätere Pflegebedürftigkeit. Oft fehlt den Betroffenen auch die Kenntnis oder der Mut, die an sich gut ausgebaute Struktur niedrigschwelliger offener Angebote in Frankfurt (Oder) in Anspruch zu nehmen. Vorurteile und Ängste gegenüber Ämtern und Behörden tragen dazu bei, dass Hilfe nicht oder zu spät gesucht oder in Anspruch genommen wird.

Dieser Entwicklung soll mit der vorliegenden Projektidee entgegengewirkt werden. Es lässt sich dem „Leitfeldbereich III: Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ des INSEK zuordnen. Darin ist die „gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen“ als eines der Entwicklungsziele formuliert. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 3g „Erhalt und Entwicklung sozial ausgewogener Stadtteile mit gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner“ gegeben.

Im Vorfeld der Umsetzung ist es zunächst erforderlich, die bestehenden Angebote ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe zusammenzutragen und (besser) miteinander zu vernetzen. Auf dieser Grundlage können die konkreten Bedarfe erfasst und die Projektidee präzisiert werden. Hierfür könnte der bereits etablierte Runde Tisch „Überforderte Nachbarschaften“ genutzt werden. Darüber hinaus ist mit Hilfe einer Interessenbekundung ein Projektträger zu gewinnen. Für diese Tätigkeit kommen z.B. bestehende ambulante soziale Dienste wie das Freiwilligenzentrum, der ASB, die Demenzberatung des ASB, der Pflegestützpunkt, der In-

ternationale Bund, die Volkssolidarität oder ambulante Pflegedienste in Frage. Wichtige Kooperationspartner sind die Wohnungsunternehmen.

Im Rahmen der Vorbereitung und Umsetzung sollen bestehende Angebote und Trägerstrukturen berücksichtigt und damit Doppel- oder Mehrfachstrukturen vermieden werden. Im Einzelnen sind folgende Aktivitäten denkbar:

- Durchführen von ehrenamtlichen Besuchsdiensten
- Schulung ehrenamtlich Tätiger, die im Bereich der aufsuchenden Arbeit tätig sind oder sein möchten u.a. zu den Themen: Lebenslage Seniorenalter, Problemlagen und Krankheitsbilder, Gesprächsführung, soziales Versorgungssystem in Frankfurt (Oder)
- haushaltsnahe Nachbarschaftshilfe
- aufsuchende Wohnberatung
- Vermittlung von Hilfsmitteln im alltäglichen Leben
- Vermittlung an weiterführende Dienste und Einrichtungen, ggf. einschließlich Begleitung dorthin
- Organisation von Kontakten zu Fahr- und Begleitdiensten
- Öffentlichkeitsarbeit.

Der Erfolg des Projektes soll u.a. anhand der Zahl der Kontakte, der beratenen Personen, der Weitervermittlungen, der Kooperationspartner, der ehrenamtlichen Helfer sowie der Schulungen und Schulungsteilnehmer gemessen werden.

Sofern die aufsuchenden Dienste von der Zielgruppe angenommen und positive Ergebnisse erzielt werden, könnte das Projekt in bestehende Angebote oder Einrichtungen integriert werden. Zudem könnten ehrenamtliche Helfer ihre Tätigkeit auch nach Auslaufen einer Förderung fortsetzen und ihr Wissen weitergeben. Langfristig könnten dadurch die bestehenden Versorgungsstrukturen gestärkt und Folgekosten durch nicht bedarfsgerechte oder zu spät in Anspruch genommene Dienste vermieden werden.

Zur anteiligen Finanzierung der Personal- und Sachkosten ist für den Zeitraum 2017-2020 ein Zuschuss aus Mitteln des Programms Soziale Stadt in Höhe von 240.000 € vorgesehen. Eine angemessene Beteiligung der Wohnungsunternehmen an der Konzipierung und Umsetzung des Projektes sollte geprüft werden.

5.6 Handlungsfeld 3: Städtebau, Wohnumfeld, Infrastruktur

5.6.1 Ziele

Im Handlungsfeld werden künftig folgende Ziele verfolgt:

1. Fortsetzung der Sanierung und Qualifizierung der städtischen Infrastruktur;
2. Aufwertung des öffentlichen Raumes, des Wohnumfeldes sowie der Grün- und Freiflächen;
3. Stärkung des Gebietes als urbaner, identitätsstiftender Lebensraum mit hoher Nutzungs- und Aufenthaltsqualität;
4. Qualitative und bedarfsgerechte Weiterentwicklung bestehender sozialer und kultureller Angebote.

Die Bewertung der Zielerreichung erfolgt unter Berücksichtigung der im Rahmen des begleitenden Monitorings erhobenen Daten zur Entwicklung der Gebietskulisse im Vergleich zur Gesamtstadt (vgl. Abschnitt 5.9) und des spezifischen Beitrags der nachfolgend beschriebenen Projekte.

5.6.2 Geplante Projekte

Nr. 3.1 Sanierung Integrationskita Hilde Coppi

Die Kita „Hilde Coppi“ befindet sich in der Rosengasse 1-2 zwischen der Magistrale im Osten und dem Lennépark im Westen. Als Integrationskita kümmert sich die Einrichtung um die gemeinsame Erziehung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen. Die Kita verfügt gegenwärtig über eine Kapazität von 85 Plätzen und ist vollständig ausgelastet. Der Anteil der körperlich und / oder geistig zum Teil schwerstbehinderten Kinder beträgt etwa ein Drittel. Aufgrund des vorhandenen Bedarfs, der inhaltlichen Ausrichtung und der zentralen Lage im Stadtzentrum ist der Bestand der Kita auch langfristig gesichert. Träger der Einrichtung ist die Wichern Diakonie Frankfurt (Oder) e.V. Eigentümerin des Grundstücks und der Gebäude ist die Stadt Frankfurt (Oder).



In den zurückliegenden Jahren wurden bereits verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionalität am und im Gebäude realisiert. Dennoch bestand weiterer Sanierungsbedarf, insbesondere zur Verbesserung der Energieeffizienz und Barrierefreiheit. Notwendig war u.a. der Austausch der Fenster, die Wärmedämmung der Fassade, die Abdichtung des Mauerwerks sowie die Erneuerung des Eingangsbereiches und von Teilen der Dacheindeckung.

Diese Maßnahmen lassen sich dem Zentralen Vorhaben 5 „Band der urbanen Funktionen von der Stadtbrücke bis zum Bahnhof“ des INSEK zuordnen. Der darin verankerte Baustein d „Aufwertung des Quartiers Wollenweberstraße“⁸⁹ mündete im Februar 2015 in den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg, der Stadt Frankfurt (Oder) und der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH. Diese sieht im Zeitraum 2015-2018 neben der Sanierung der Kita Hilde Coppi u.a. die Modernisierung und Anpassung des vorhandenen Wohnungsbestandes unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte Barrierefreiheit und Energieeffizienz, die Sanierung und Aufwertung des öffentlichen Raums, den Umbau der ehemaligen Bürgerschule zum Stadtarchiv sowie die Verlängerung von auslaufenden Miet- und Belegungsbindungen vor. Die Investitionskosten belaufen sich auf insgesamt ca. 23 Mio. Euro.

Die Sanierung der Kita wurde Anfang 2016 abgeschlossen. Dafür wurden aus dem Programm Soziale Stadt Fördermittel in Höhe von 312.000 € bereitgestellt. Die Realisierung leistete nicht nur einen Beitrag zur nachhaltigen Ertüchtigung der sozialen Infrastruktur sowie zur Stärkung der Gebietskulisse in funktionaler und gestalterischer Hinsicht (Handlungsfeld

⁸⁹ Vgl. INSEK 2014-2025, S. 175.

3), sondern auch zur Erreichung von Zielen im Handlungsfeld 2 und auf übergeordneter Ebene. Zu nennen sind hier u.a. die Förderung der Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und ihrer Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe sowie die Querschnittsziele Barrierefreiheit und Inklusion.

Nr. 3.2 Grundschule Mitte – Sanierung Schulgebäude (2.BA)

Die Aufwertung des Standortes der Grundschule Mitte in der Gubener Straße durch ein Bündel aus verschiedenen Einzelmaßnahmen im Zeitraum von 2008 bis 2013 gehört zu den bislang umfangreichsten und wichtigsten investiven Vorhaben in der Gebietskulissee. Zugleich hat es einen erheblichen und nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Attraktivität und Lebensqualität der gesamten Gubener Vorstadt geleistet (vgl. Abschnitt 3.5.2).



Im Schulgebäude wurden in den Jahren 2011-2012 u.a. die Sanitäreinrichtung und die Elektroinstallation erneuert. Im Rahmen eines zweiten Bauabschnittes soll nun die Gebäudehülle teilsaniert werden. Dabei sollen u.a. die Fenster im Hauptgebäude und im Anbau ausgetauscht werden. Vorgesehen ist auch eine Sanierung der Putzfassade des Anbaus. Dafür sind Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt in Höhe von insgesamt 700.000 € eingeplant. Das LBV hat die Förderfähigkeit des Vorhabens bereits dem Grunde nach bestätigt. Gegenwärtig werden die notwendigen Planungen erarbeitet.

Die Maßnahme trägt nicht nur zur Erreichung der Ziele im Handlungsfeld 3 bei, sondern fördert indirekt auch die Lebensqualität der Gebietsbevölkerung. Die relevanten Querschnittsziele werden berücksichtigt. Ein Bezug zum INSEK besteht über das Zentrale Vorhaben 3 (Sozial ausgewogene Lebensverhältnisse und leistungsfähige Bildung). Dessen Baustein a beinhaltet u.a. die Sanierung und Anpassung der Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.⁹⁰ Gleiches gilt auch für die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen an den Oberschulen „Heinrich von Kleist“ und „Ulrich von Hutten“.

Nr. 3.3 Oberschule „Heinrich von Kleist“ – Sanierung Schulgebäude und Ergänzungsbau



Die 3-zügige Heinrich-von-Kleist-Oberschule am Leipziger Platz 5 wurde im Jahr 2005 wegen damals rückläufiger Schülerzahlen und aufgrund städtebaulicher Erwägungen von der Beckmannstraße in das Sanierungsgebiet Altberesinchen verlegt und ist einer von momentan zwei Ober- schulstandorten in Frankfurt (Oder). Das denkmalgeschützte Schulgebäude selbst und die Außenanlagen befinden sich überwiegend in einem

⁹⁰ Ebenda, S. 166.

guten Zustand. Erneuerungsbedürftig sind jedoch insbesondere die Fenster der hofseitigen Fassade. Die voraussichtlichen Kosten für die im Jahr 2016 geplanten Sanierungsarbeiten belaufen sich auf ca. 400.000 €.

Dringender Handlungsbedarf resultiert darüber hinaus aus der Tatsache, dass das gegenwärtige Raumangebot der Oberschule bei Weitem nicht (mehr) den Anforderungen an einen zeitgemäßen Schulbetrieb entspricht. Gemäß den Raumprogrammempfehlungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für eine 3-zügige Oberschule fehlt es u.a. an Räumlichkeiten für das Lehrpersonal, für den Teilungs- und Ganztagsunterricht sowie für die Essensversorgung. Zusätzlicher Platzbedarf ergibt sich aus der inklusiven Beschulung in Verbindung mit dem geplanten Abbau von Förderschulkapazitäten.

Um die gemäß Schulentwicklungsplanung 2013-2018 notwendigen Kapazitäten vorhalten und den Standort als 3-zügige Oberschule langfristig sichern zu können, ist daher deren bauliche Erweiterung um einen Neubau an der Görlitzer Straße unumgänglich. Die Kosten werden gegenwärtig mit 3.000.000 € veranschlagt. Die Finanzierung des für den Zeitraum 2016-2018 geplanten Vorhabens soll über das Programm Soziale Stadt erfolgen.

Nr. 3.4 Oberschule „Ulrich von Hutten“ – Neubau Haus 2 und Freiflächengestaltung

Die Ulrich-von-Hutten-Oberschule in der Großen Müllroser Straße 16 ist der zweite Ober-
schulstandort in Frankfurt (Oder). Hier bieten zwei Gebäude zusammen die räumlichen Voraussetzungen zur Aufnahme von maximal sechs Klassenzügen. Das Haus 1 wurde in den Jahren 2005-2006 saniert. Eine Aula ist jedoch nicht vorhanden. Als temporärer Ersatz für das dahinterliegende, baufällige Haus 2 wurde im Jahr 2014 ein Containerbau errichtet. Dieser wurde zunächst bis Ende 2018 gemietet.



Die aktuelle Schulentwicklungsplanung 2013-2018 geht unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung der Schülerzahlen, des Anwahlverhaltens der Eltern und der Anforderungen der inklusiven Beschulung davon aus, dass an den Ober-
schulstandorten die Kapazitäten für insgesamt 10 Klassenzüge vorzuhalten sind. Da die Heinrich-von-Kleist-Oberschule nur eine Aufnahmekapazität von 3 Klassen hat, müssten 6 bis 7 Parallelklassen an der Ulrich-von-Hutten-

Oberschule aufgenommen werden. Sowohl aus Sicht der Pädagogen als auch des Landesamtes für Schule und Lehrerbildung kann ein geordneter und qualitativ hochwertiger Schulbetrieb an einer Oberschule dieser Größe jedoch nicht auf Dauer sichergestellt werden. Zu befürchten wäre außerdem, dass die ohnehin große Nachfrage nach den Plätzen am Karl-Liebknecht-Gymnasium – dem einzigen der Stadt ohne Zugangsvoraussetzungen – weiter zunehmen und auch hier zu Qualitätseinbußen führen könnte.

Erklärtes Ziel der Stadt Frankfurt (Oder) ist es daher, einerseits die Ulrich-von-Hutten-Oberschule zu stärken und zugleich das hohe Bildungsniveau an den Gymnasien zu halten. Die dafür erforderliche Erweiterung der Ulrich-von-Hutten-Oberschule wurde in vier Varianten untersucht, von denen sich unter Berücksichtigung von baulichen, pädagogischen und finanziellen Aspekten ein viergeschossiger Neubau sowie der Rückbau des Hauses 2 und

des Containers nach Ablauf der geplanten Nutzungsdauer als die wirtschaftlichste herauskristallisiert hat. Ein Neubau würde die optimale Umsetzung der im Schulkonzept beschlossenen praxisorientierten Ausbildung – u.a. in Gestalt des geplanten Berufsorientierungszentrums – ermöglichen. Die integrierte Aula wäre jederzeit auch für außerschulische Aktivitäten nutzbar. Auch in Bezug auf die funktionale Anbindung an Haus 1, die langfristigen Unterhaltungskosten und die Herstellung der Barrierefreiheit wäre ein Neubau die optimale Lösung.

Die Kosten für den Neubau und die Freiflächengestaltung sind mit insgesamt 5.349.700 € veranschlagt. Die Finanzierung soll aus Mitteln des Programms Soziale Stadt erfolgen. Die Umsetzung ist für den Zeitraum 2015-2018 vorgesehen.

Nr. 3.5 Teilsanierung ehemaliges Straßenbahndepot und Freiflächengestaltung



Das Projekt war in veränderter Form bereits Bestandteil des IHK 2008 (vgl. Abschnitt 3.2.2). Damaliges Anliegen war die vollständige Sanierung der Gebäude und die Entwicklung des ehemaligen Straßenbahndepots zu einem erlebnis- und bildungsorientierten „Frankfurter Event- und Technikzentrum“ (FETZ). Trotz vielfältiger Bemühungen konnte jedoch kein tragfähiges Nutzungs- und Finanzierungskonzept für das Gesamtareal gefunden werden. Dies gilt insbesondere für das ehemalige Verwaltungsgebäude und die Hallen 1-

3, die allesamt seit Mitte der 1990er Jahre leer stehen. Zudem befindet sich der Skaterverein Ostbunde e.V. seit 2012 nicht mehr am Standort.

Vor dem Hintergrund hoher Betriebskosten, dem zunehmend schlechten Erhaltungszustand der Gebäude und dem mittelfristigen Abschluss der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Südöstliches Stadtzentrum Frankfurt (Oder)“ sind wiederholt mögliche Varianten diskutiert worden. Favorisiert wurden zuletzt die Sanierung der vom Museumsverein genutzten Hallen 4 und 5 einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen sowie der Rückbau aller übrigen Gebäude als Vorbereitung für die anschließende Vermarktung dieser Flächen für Wohnzwecke. Mit der Eintragung des gesamten Areals einschließlich des Fuhrparks der Museumswerkstatt und der technischen Ausstattung in die Denkmalliste des Landes Brandenburg im Oktober 2014 haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert.

Unabhängig davon behält das grundsätzliche Anliegen, das Areal des ehemaligen Straßenbahndepots wieder einer aktiven Nutzung zuzuführen, weiterhin seine Gültigkeit. Damit lässt sich das Projekt dem Zentralen Vorhaben 7 des INSEK zuordnen (Universitätsquartier als Bindeglied zwischen Zentrum und Ziegenwerder). Dessen Baustein d beinhaltet die Reaktivierung verschiedener zentral gelegener Nutzungsbrachen südlich der Logenstraße, von denen das ehemalige Straßenbahndepot die größte ist.⁹¹

⁹¹ Vgl. INSEK 2014-2025, S. 181f.

Die wesentlichen Projektziele lassen sich wie folgt formulieren:

- Sicherung des Standortes des Museumsvereins
- Stärkung der Identifikation mit dem Stadtteil und seiner Historie
- Belebung des Areals und der Innenstadt insgesamt
- Verbesserung der funktionalen und städtebaulichen Einbindung in den umgebenden Stadtraum sowie der Verknüpfung zwischen Innenstadt, Universitätsquartier und Südöstlichem Stadtzentrum
- Revitalisierung einer stadtbildprägenden Brache
- Erweiterung der erlebnis- und bildungsorientierten Aktivitäten des Museumsvereins und Verbesserung seiner Einbindung in vorhandene Netzwerke.

Welches Konzept und damit welche Einzelmaßnahmen letztlich zur Umsetzung kommen, ist noch offen. Fester Baustein ist die Sanierung und Aufwertung der vom Museumsverein genutzten Flächen als Grundlage für die Sicherung des Vereins am historischen Standort des ehemaligen Straßenbahndepots sowie dessen funktionale und städtebauliche Integration in den umgebenden Stadtraum. Für die denkmalgerechte Sanierung der Hallen 4 und 5 einschließlich der Aufwertung der dazugehörigen Vorflächen sind gegenwärtig Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt in Höhe von 440.800 € vorgesehen. Die Umsetzung ist im Zeitraum 2016-2017 geplant.

Die Vorflächen sind gegenwärtig vollständig versiegelt und bieten keinerlei Aufenthalts- und Gestaltqualität. Hinzu kommt, dass auf dieser Fläche keinerlei Regenwasser auf natürlichem Wege versickern kann. Damit handelt es sich hier nicht nur um einen städtebaulichen, sondern auch einen stadttechnischen Missstand, der im Zusammenhang mit der Sanierung und Nachnutzung des Areals behoben werden soll.

Wenn es dem Verein mit Unterstützung der Stadtverkehrsgesellschaft (SVF) und der Stadt Frankfurt (Oder) darüber hinaus gelingt, die laufenden Kosten zu finanzieren und seine Aktivitäten auszubauen, kann das Projekt einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Südöstlichen Stadtzentrums und zur Bereicherung der Akteurslandschaft leisten.

Indikatoren für den Erfolg des Projektes könnten der Abschluss eines langfristigen Mietvertrages zwischen Museumsverein und Stadt sowie eines Kooperationsvertrages zwischen Museumsverein und SVF; die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen auf dem Gelände des Museumsvereins; die Anzahl der Besucher der durchgeführten Veranstaltungen sowie die Entwicklung der Mietgliederzahlen des Museumsvereins sein.

Nr. 3.6 Aufwertung Lennépark, nördlicher Teil und Umgebung

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat in den letzten 15 Jahren bereits umfangreiche Mittel in die denkmalgerechte Wiederherstellung des Lennéparks investiert. Der räumliche Schwerpunkt lag dabei auf dem südlichen Teil des Parks. Dagegen weist der nördliche Teil noch erhebliche gestalterische, bauliche und funktionale Mängel auf und wird deshalb im Fokus der kommenden Jahre stehen. Handlungsbedarf besteht auch vor dem Hintergrund aktueller Tendenzen der Verwahrlosung und Verschmutzung, des Drogen- und Alkoholmissbrauchs sowie Defiziten im Hinblick auf die objektive und subjektive Sicherheit, von denen u.a. der Lennépark betroffen ist (vgl. auch Projekt Nr. 2.6).

Der nördliche Teil der Parkanlage erstreckt sich von der Rosa-Luxemburg-Straße im Süden und reicht, dem Straßenzug Halbe Stadt folgend, über die Berliner Straße, den Topfmarkt und das Areal des ehemaligen Gaswerks hinweg bis zur Oderpromenade. Bei der denkmalgerechten Wiederherstellung sollen auch Zeugnisse aus jüngerer Zeit – wie das Karl-Marx-Denkmal – angemessen berücksichtigt werden. Eine Neugestaltung soll auch der Bereich des früheren Lebuser Tors erfahren.

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt ist mit der Sanierung des ebenfalls im nördlichen Teil der Parkanlage gelegenen Schöpferdenkmals – auch dank des Engagements vieler Bürger und Unternehmen – schon einmal ein Projekt umgesetzt worden, das nicht nur äußerst gelungen ist, sondern auch diesen Teil des Parks stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt hat (vgl. Abschnitt 3.5.2).



An diesen Erfolg soll nun angeknüpft werden. Die denkmalgerechte Sanierung und Wiederherstellung ausgewählter Bereiche – darunter der Hangwege, der in Ost-West-Richtung verlaufenden Hauptwege und des Fließes – leistet vorrangig einen Beitrag zur Aufwertung des öffentlichen Raumes (Ziel 2) und der Stärkung des Gebietes als urbaner, identitätsstiftender Lebensraum mit hoher Nutzungs- und Aufenthaltsqualität (Ziel 3). Dafür sollen ab 2016 Mittel in Höhe von 450.000 €

aus dem Programm Soziale Stadt bereitgestellt werden. Durch die aktive Mitwirkung von Bürgern und die Verknüpfung der Investitionen mit Maßnahmen der Beschäftigungsförderung könnten zusätzlich auch Ziele aus den anderen Handlungsfeldern verfolgt werden.

Die Aufwertung dieses bedeutenden innerstädtischen Grünzugs ist im INSEK an zwei Stellen verankert: Zum einen im Zentralen Vorhaben 5g „Denkmalgerechte Wiederherstellung des Lennéparks“ und zum anderen im Zentralen Vorhaben 8j „Aufwertung des Grünzugs Lennépark / Topfmarkt bis zur Oderpromenade mit Ausbildung des nördlichen Stadteingangs (Lebuser Tor)“.⁹²

Nr. 3.7 Aufwertung öffentlicher Raum Große Scharnstraße / Schmalzgasse



Der Straßenzug der Großen Scharnstraße entstand Ende der 1980er Jahre im Zuge der Nachverdichtung der Innenstadt als Fußgängerzone mit begleitender viergeschossiger Wohnbebauung und Einzelhandelsnutzungen in den Erdgeschosszonen. Eigentümerin der Gebäude ist die Wohnungsbaugenossenschaft Frankfurt (Oder) e.G. (WohnBau). Bereits seit längerem stehen die meisten Ladeneinheiten leer, der öffentliche Raum lädt kaum zum Verweilen ein und die Wohngebäude weisen einen zunehmenden Sanierungs-

⁹² Vgl. INSEK 2014-2025, S. 176 und 186.

bedarf auf. Ende 2012 nahmen sich verschiedene studentische Initiativen und Vereine der leerstehenden Räume und untergenutzten Flächen an und rückten die Straße so wieder verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. Hinzu kommt, dass in den kommenden Jahren am nördlichen und südlichen Ende des Straßenzuges mit der Sanierung des Rathauses, der Umgestaltung der Slubicer Straße und der geplanten Neubebauung der sich nördlich und südlich anschließenden Flächen umfangreiche öffentliche bzw. private Investitionen vorgesehen sind.

Welches Profil im Stadtgefüge die Große Scharnnstraße in Bezug auf die Nutzung und Gestaltung der Erdgeschosszonen und des öffentlichen Raums künftig übernehmen soll, ist gegenwärtig noch offen. Die WohnBau hat inzwischen umfangreiche Investitionen in den Gebäudebestand angekündigt, die voraussichtlich auch Veränderungen an den Wohnungsgrundrissen und der äußeren Erschließung der Gebäude beinhalten werden. Die Wiedersiedlung von Einzelhandel in den Erdgeschosszonen kommt gemäß Einzelhandels- und Zentrenkonzept nicht in Frage. Stattdessen könnten die leerstehenden Flächen künftig beispielsweise durch nicht störende Handwerks- und Gewerbebetriebe, Dienstleister oder gastronomische Anbieter genutzt werden.

Unabdingbar sind darüber hinaus Investitionen in den öffentlichen Raum. Hauptanliegen ist es, die Aufenthalts-, Nutzungs- und Gestaltqualitäten der Großen Scharnnstraße und der sich am südlichen Ende anschließenden Schmalzgasse – unter aktiver Mitwirkung der vorhandenen Nutzer – deutlich zu erhöhen, die Barrierefreiheit zu verbessern und letztlich die weitere Belebung dieses Raumes zu fördern. Dabei sind auch künstlerische Installationen denkbar. Im INSEK ist dieses Projekt unter dem Titel „Ausbildung eines charakteristischen Profils in der Großen Scharnnstraße“ als Baustein e des Zentralen Vorhabens 5 (Band der urbanen Funktionen von der Stadtbrücke bis zum Bahnhof) verankert. Für die Aufwertung des öffentlichen Raumes sollen aus dem Programm Soziale Stadt Mittel in Höhe von 210.000 € beantragt werden. Die Umsetzung ist nach Abschluss der Sanierung der Wohngebäude vorgesehen.

Nr. 3.8 Leipziger Platz (4.BA)



Im Zuge der Sanierung des Leipziger Platzes in Altberesinchen in den Jahren 1996 / 97 wurde u.a. östlich der Turnhalle ein Spielbereich gebaut. Dieser war zuletzt zum Teil ungenutzt und / oder in einem schlechten Zustand (Tennenfläche, Holzeinfassungen, Spielgeräte etc.). Im näheren Umfeld gibt es nur einen weiteren Spiel- und Bolzplatz, der jedoch eher für Jugendliche und Erwachsene geeignet ist. Insbesondere der Interessenverband Beresinchen e.V. wünschte sich deshalb eine Aufwertung und Erweiterung des Spielplatzes.

Diesen Wünschen konnte mit der Realisierung des 4. Bauabschnittes auf dem Leipziger Platz in den Jahren 2014 und 2015 entsprochen werden. Für die Umsetzung wurden 65.000 € aus dem Programm Soziale Stadt zur Verfügung gestellt.

Die neuen Spielflächen wurden weitgehend aus dem Bestand heraus entwickelt. Die vorhandenen Spielgeräte blieben erhalten und wurden um neue ergänzt. Die zentrale Sandfläche wurde vergrößert, neu eingefasst sowie um farbige, zum Spielen geeignete Kunststoffflächen, Sitzgelegenheiten, Abfallbehälter und einen kleinkronigen Baum ergänzt. Gegenstand des Projektes war darüber hinaus die Pflanzung neuer Bäume auf der Nordseite des Platzes. Der ehemals vorhandene Baumbestand wies regelmäßigen Kontrollen zufolge bereits erhebliche Schäden auf.

Die realisierten Maßnahmen tragen dazu bei, die Attraktivität und Nutzungsvielfalt der Spielflächen und des Leipziger Platzes insgesamt deutlich zu erhöhen und diesen Bereich als wichtigen Treffpunkt im Wohngebiet zu stärken.

Zur Information: Neue Räume für die Frankfurter Tafel



Das Ziel von Tafeln ist es, qualitativ einwandfreie Nahrungsmittel, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden können, an Menschen in Not zu verteilen. Seit 1994 versorgt die Frankfurter Tafel bedürftige Menschen mit Lebensmitteln, gibt ihnen Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützt sie bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme. Träger des Projektes ist die Frankfurter Arbeitsloseninitiative e.V. (FALI). Für die Umsetzung der Projektinhalte sorgen ca. 35 Beschäftigte, die über das

Jobcenter gefördert werden, ehrenamtlich tätig sind oder aus Spenden bezahlt werden.

Wichtige Kooperationspartner sind u.a. das Amt für Jugend und Soziales der Stadt Frankfurt (Oder), die WOWI, Sponsoren, kirchliche Einrichtungen, der DGB / Region Ostbrandenburg, die IG Metall Ostbrandenburg, diverse soziale Vereine, fünf Schulen im Rahmen der Pausenbrotversorgung sowie der Bundesverband und der Landesverband der Tafeln Deutschland e.V. Der Verein ist somit fester Bestandteil der Netzwerke auf verschiedenen Ebenen.

Versorgt und betreut werden zurzeit fast 1.600 Bedürftige, davon ca. 1.200 Erwachsene und fast 400 Kinder. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen sind Empfänger von Leistungen nach SGB II. Seit einiger Zeit nimmt insbesondere die Gruppe der Asylbewerber und Menschen mit Migrationshintergrund stark zu. Diese Größenordnung unterstreicht zum einen die hohe Armutsgefährdung, insbesondere in der Gebietskulisse, und verdeutlicht zum anderen den immensen Handlungsbedarf.

Das Domizil „Offene Tür“ der Frankfurter Tafel befand sich bis Ende 2015 in der Heinrich-Hildebrand-Straße 15a-b. Durch den im INSEK verankerten Rückbau der Wohngebäude Heinrich-Hildebrand-Straße 15-18a musste dieser Standort aufgegeben werden.

Nach intensiver Suche konnte die WOWI als Partner gewonnen und die leerstehende Gewerbeeinheit Topfmarkt 1 als geeigneter Ersatzstandort für die Essensausgabe und die Begegnungsstätte identifiziert werden. Im benachbarten Objekt Karl-Ritter-Platz 8 entstanden die notwendigen Personalräume.

Kern des Anfang 2016 abgeschlossenen Projektes war die bauliche Herrichtung der Räumlichkeiten und der anschließende Umzug der Frankfurter Tafel. Die Gesamtkosten beliefen

sich auf etwa 180.000 €. Davon entfielen ca. 60.000 € auf die Bereitstellung entkernter, funktionsfähiger Einheiten (Finanzierung durch die WOWI), ca. 105.000 € auf die Ausstattung und ca. 15.000 € auf den Umzug. Weitere Arbeiten wurden in Form von Eigenleistungen erbracht. Aufgrund der Dringlichkeit und des engen Zeitplans erfolgte die anteilige Finanzierung nicht, wie ursprünglich vorgesehen, über das Programm Soziale Stadt, sondern mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Programm Stadtumbau Ost.

Wie nachhaltig das Projekt ist, verdeutlicht die Tatsache, dass es seit dem Beginn im Jahr 1994 stets an die jeweiligen Erfordernisse für eine wirkungsvolle Unterstützung hilfebedürftiger Menschen angepasst wurde. Prognosen zeigen, dass auch in Zukunft die Anzahl hilfebedürftiger Personen (und der damit verbundene Unterstützungsbedarf) nicht abnehmen, sondern eher zunehmen wird. Die Nutzer der Tafel zeigen an jedem Lebensmittelausgabe- tag, wie sehr sie auf diese Hilfestellung angewiesen sind.

5.7 Handlungsfeld 4: Bürgermitwirkung und Stadtteilleben

5.7.1 Ziele

Im Handlungsfeld 4 werden künftig folgende Ziele verfolgt:

1. Stärkung der Bürgermitwirkung / des bürgergesellschaftlichen Engagements unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen;
2. Förderung kleinteiliger, bürgergetragener Projekte und Hilfe zur Selbsthilfe;
3. Weitere Verbesserung des Gebietsimages und der Stärkung der Identifikation der Bewohner mit dem Gebiet;
4. Stärkung vorhandener Netzwerke zur Entwicklung sozialraumorientierter Angebote.

Die Bewertung der Zielerreichung erfolgt unter Berücksichtigung der im Rahmen des begleitenden Monitorings erhobenen Daten zur Entwicklung der Gebietskulisse im Vergleich zur Gesamtstadt (vgl. Abschnitt 5.9) und des spezifischen Beitrags der nachfolgend beschriebenen Projekte.

5.7.2 Geplante oder fortlaufende Projekte

Nr. 4.1 Nachbarschaftsagentur

Die Idee zur Etablierung einer Nachbarschaftsagentur zur Entwicklung stabiler Bewohnerstrukturen war unter dem Titel „Entwicklung positiver Lebensbedingungen im Meurerhof“ bereits im IHK 2008 enthalten. Da die betreffende Wohnanlage in der Heinrich-Hildebrand-Straße 15-18a gemäß INSEK zurückgebaut wird, hat sich eine Umsetzung an diesem Standort erübrigt. Da die damals diagnostizierte Ausgangslage jedoch auch auf andere Gebiete zutrifft, wurde die Projektidee entsprechend weiterentwickelt.

Die Trägerschaft liegt (unverändert) beim Verein „Miteinander Wohnen“, der sich seit 1999 um Menschen kümmert, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Potenzielle Kooperationspartner sind u.a. die WOWI, die Frankfurter Arbeitsloseninitiative, die geplante Außenstelle der Zentralen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge Eisenhüttenstadt, das Freiwilli-

genzentrum, das Quartiersmanagement und verschiedene (öffentliche oder gemeinnützige) Institutionen aus dem Bereich Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung.

Ausgangspunkt sind Quartiere, in denen Bewohner mit multiplen Problemlagen und damit einhergehendem Unterstützungsbedarf leben. Dazu zählen zum Beispiel Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Schulden, Süchte, Einsamkeit und Altersarmut. Die betroffenen Quartiere sind unter anderem durch häufige Nachbarschaftskonflikte, Anonymität und Isolation, eine schwache Identität und ein schlechtes Image geprägt.

Dieser Situation soll an einem konkreten Ort mit einem Nachbarschaftstreff in der Berliner Straße entgegengewirkt werden, der als Kommunikations- und Begegnungsort mit hoher Beteiligung der Betroffenen fungiert. Dieser Treff soll ein niedrighschwelliger Anlaufpunkt für alle Fragen rund um das Zusammenleben mit kontinuierlicher Präsenz und Erreichbarkeit von Ansprechpartnern sein und – im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe – durch die Bewohner (ggf. mit Hilfe von Maßnahmen der Beschäftigungsförderung) selbst gestaltet und inhaltlich belebt werden. Bestandteil des Projektes ist auch der Aufbau eines Pools von Bewohnern, die sich gegenseitig Nachbarschaftshilfe leisten bzw. diese in Anspruch nehmen. Auch hier könnten Schulungen oder Instrumente der Beschäftigungsförderung zum Einsatz kommen. Eine wichtige Querschnittsaufgabe ist die kontinuierliche Vernetzung, Vermittlung und Aktivierung der Bewohner.

Mit diesem Projekt sollen die verschiedensten Formen gegenseitiger Hilfe und des Engagements für das Gemeinwesen gefördert und begleitet werden. Dadurch sollen das soziale Miteinander, nachbarschaftliche Beziehungen und die Selbsthilfe gestärkt werden. Das Projekt leistet auch einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung, zur Förderung der Arbeitsfähigkeit und zur Schaffung von Perspektiven im Falle von Arbeitslosigkeit, zum Erhalt der Selbstständigkeit im Alter und bei Mobilitätseinschränkungen.

Das Vorhaben lässt sich dem „Leitbildbereich III: Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ des INSEK zuordnen. Darin ist die „gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen“ als eines der Entwicklungsziele formuliert. Ferner ist die Ableitung aus dem INSEK durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 3g „Erhalt und Entwicklung sozial ausgewogener Stadtteile mit gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner“ gegeben.

Die Umsetzung des Projektes ist für den Zeitraum 2016-2018 vorgesehen. Gegenstand der geplanten anteiligen Förderung aus Mitteln des Programms Soziale Stadt in Höhe von 90.000 € sind die Kosten für eine Personalstelle und Sachkosten, die insbesondere für die bewohnergetragene Gestaltung des Nachbarschaftstreffs, des Wohnumfeldes sowie der Projekträume und -wohnungen anfallen. Mit Hilfe der personellen Unterstützung sollen bereits während der Anlaufphase die Voraussetzungen für eine (ehrenamtliche oder anderweitig finanzierte) Weiterführung des Projektes geschaffen werden. Darüber hinaus ist eine finanzielle Beteiligung der WOWI vorgesehen, v.a. bei der Herrichtung des Treffs und der Projektwohnungen sowie in Form eines Verzichts auf die Kaltmiete für den Nachbarschaftstreff.

Nr. 4.2 Stärkung des Kiezes Altberesinchen

Im Stadtgebiet Altberesinchen gibt es neben Geschäften, die die Nahversorgung sichern, eine Vielzahl hochspezialisierter gewerblicher Einrichtungen, die mit einer hohen Qualität,

einem guten Service und einem fachspezifischen Know How aufwarten können. Außerdem existiert mit dem Interessenverband Beresinchen e.V. ein engagierter Zusammenschluss lokaler Gewerbetreibender, der regelmäßig Projekte zur Belebung des Stadtteils und zur Förderung des Images von Altberesinchen als attraktiver Einkaufsstandort durchführt.

Trotz der bisherigen Bemühungen des Vereins ist es bislang nicht gelungen, das Stadtgebiet als attraktiven Ort des Einkaufens und Erlebens bei der Bevölkerung umfassend und nachhaltig bekannt zu machen. So kämpfen viele Anbieter um ihre Existenz und das Gebiet weist eine hohe Quote leerstehender Gewerberäume auf. Da die Mitglieder des Vereins die Aktionen in ehrenamtlicher Arbeit realisieren, sind darüber hinaus die personellen Ressourcen sowie das Know How für eine umfassende Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit stark begrenzt. Ein großer Teil der Gewerbetreibenden wie auch der Eigentümer konnte zudem noch nicht aktiviert werden, sich an den Vereinsaktivitäten zu beteiligen.

Vor diesem Hintergrund benötigen der Stadtteil und seine Akteure professionelle Unterstützung bei der Entwicklung eines attraktiven Ortes zum Leben und Arbeiten sowie Bummeln und Verweilen. Die Impulse hierfür sollen direkt von den Gewerbetreibenden vor Ort kommen und mit ihrer Hilfe umgesetzt werden, um zum einen das ehrenamtliche Engagement für den eigenen Kiez zu fördern und zum anderen ein authentisches Image zu entwickeln, das von allen mitgetragen und gelebt wird. Auch die Reduzierung des Gewerberaumleerstandes ist ein wichtiges Projektziel. Das INSEK benennt den Stadtteil Altberesinchen explizit als einen Ort, der sich durch eine hohe Eigendynamik auszeichnet, die durch gezielte Unterstützung bei schwierigen Vorhaben befördert werden soll. Die Ableitung ist durch die Zuordnung zum Zentralen Vorhaben 3f „Aktivierung der Bürger und Bürgerbeteiligung insbesondere im Rahmen von Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement“.⁹³

Die Trägerschaft für das Projekt soll beim Interessenverband Beresinchen e.V. und einem mittels Interessenbekundung ausgewählten professionellen Partner liegen. Wichtige potenzielle Kooperationspartner sind die lokalen Grundstückseigentümer, die übrigen Gewerbetreibenden sowie das Quartiersmanagement und der Sanierungsträger für Altberesinchen.

Im Rahmen der für den Zeitraum 2018-2020 angedachten Umsetzung sind folgende Aktivitäten geplant:

- Professionelle Unterstützung bei der Netzwerkarbeit sowie bei der Konzeption und Realisierung von Projekten
- Gebündelte Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der (gewerblichen) Angebote; Entwicklung eines Kiez-Marketings
- Aufbau einer Datenbank der leeren Gewerbeeinheiten
- Aktive Ansprache und Einbindung der Immobilieneigentümer
- Gewinnung neuer Mitglieder für den Interessenverband Beresinchen e.V.
- Umsetzung der Empfehlungen aus dem Quick Check bzw. Entwicklung bedarfsge-rechter neuer Maßnahmen (jährliche Maßnahmenplanung)
- Fundraising
- Finanzierung von Maßnahmen über den Verfügungsfonds der Sozialen Stadt (Eigen-anteil mindestens 50%).

⁹³ Vgl. INSEK 2014-2025, S. 149 und 168f.

Gegenstand der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt ist die Finanzierung der Personalkosten für die notwendige professionelle Unterstützung des Interessenverbandes über einen Zeitraum von drei Jahren (Anschubfinanzierung). Diese werden mit 75.000 € veranschlagt.

Der Erfolg und die Nachhaltigkeit des Projektes sollen u.a. an den Besucherzahlen bei Stadtteilaktivitäten und Marketing-Aktionen, den Umsätzen und der Fluktuation der Gewerbetreibenden, der Quote leerstehender Gewerberäume und den Mitgliederzahlen des Interessenverbandes gemessen werden. Ein wichtiger Indikator ist darüber hinaus die Fähigkeit des Interessenverbandes, die Aktivitäten nach Auslaufen der Förderung (in Bezug auf die Finanzierung, die Inhalte und den Prozess) eigenständig weiterzuführen.

Nr. 4.3 Quartiersmanagement

Wie im Rahmen der Evaluierung deutlich wurde, hat sich das Quartiersmanagement als zentraler Baustein der Programmumsetzung in hohem Maße bewährt und soll deshalb – unter Berücksichtigung ggf. veränderter Handlungsbedarfe – in gleicher Weise und gleicher Intensität fortgeführt werden. Zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten sollen im Zeitraum bis mindestens 2020 Fördermittel in Höhe von 50.000 € pro Jahr bereitgestellt werden.

Die Fortführung des Quartiersmanagements lässt sich dem Leitbildbereich III „Bildungs- und Kulturstadt mit internationalem Anspruch und hoher Lebensqualität“ des INSEK zuordnen. Relevante Zielstellungen auf übergeordneter Ebene sind insbesondere ein „vielschichtiges und breit aufgestelltes Kulturangebot mit grenzüberschreitender Ausstrahlung“, eine „hohe Anziehungskraft durch breites Angebot für Wohnen, soziale Infrastruktur, Einzelhandel und Mobilität“ sowie die „gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen“. Auf der Maßnahmenebene ist das Quartiersmanagement dem Zentralen Vorhaben 3 „Sozial ausgewogene Lebensverhältnisse und leistungsfähige Bildung“ zugeordnet. Der Baustein f beinhaltet die „Aktivierung der Bürger und Bürgerbeteiligung insbesondere im Rahmen von Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement“.

Mit Blick auf den mittelfristigen Abschluss der Gesamtmaßnahme nach 2020 wird es künftig bei allen Aktivitäten verstärkt darum gehen, auf die nachhaltige Sicherung der geschaffenen Akteurs- und Projektstrukturen hinzuwirken. Grundlage könnte ein entsprechendes Verstetigungskonzept sein (vgl. auch Abschnitt 5.10).

Nr. 4.4 Verfügungsfonds

Der Verfügungsfonds ist ein wichtiges und bislang sehr erfolgreiches Instrument zur Gewinnung geeigneter Akteure für die Belange der Sozialen Stadt, ihre Einbindung in die Finanzierung kleinteiliger Projekte und zum Aufbau selbsttragender Strukturen. Auf diese Weise leistet der Fonds mittel- bis langfristig einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung der Aktivitäten im Rahmen des Programms Soziale Stadt (vgl. auch Abschnitt 5.10). Voraussetzung für die Förderung von Projekten ist deren inhaltlicher und räumlicher Bezug zur Gebietskulisse. Die Mittel für den Verfügungsfonds speisen sich zu maximal 50 Prozent aus dem Programm Soziale Stadt, sofern die andere Hälfte – oder ein höherer Anteil – von Dritten oder aus zusätzlichen Mitteln der Gemeinde bereitgestellt wird.

In der bisherigen Programmumsetzung war der Verfügungsfonds Teil des sogenannten Quartiersfonds und hat Projekte in der Regel mit maximal 250 € unterstützt. Für den Zeitraum 2015-2017 stehen insgesamt 22.500 € aus Städtebaufördermitteln – und damit ein deutlich aufgestocktes Budget – zur Verfügung, so dass Projekte im Umfang von mindestens 45.000 € realisiert werden können. Unverändert sind die grundsätzliche Zielstellung und die konkrete Handhabung des Verfügungsfonds. Die Bewirtschaftung wird – wie bisher – in den Händen des Quartiersmanagements Frankfurt (Oder) liegen. Entscheidungen über die Förderung konkreter Projekte fallen – wie bisher – in Abstimmung mit der AG Soziale Stadt. Antragsberechtigt sind sowohl lokale Institutionen aller Art als auch Bewohner, Bewohnergruppen, Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer und andere natürliche Personen.

Nr. 4.5 Aktionsfonds

Auch der Aktionsfonds hat sich in der bisherigen Programmumsetzung einer großen Nachfrage erfreut und soll deshalb auch künftig in gleicher Weise fortgesetzt werden. Grundsätzlich förderfähig sind alle Projekte, die einen Beitrag zur Stärkung der Gemeinschaft bzw. der Nachbarschaft, der Stadtteilkultur, der Identifikation mit dem Stadtteil sowie zur Aktivierung von Bewohnern leisten, z.B. Aktionen zur Verschönerung des Wohnumfeldes, die Durchführung von Straßen- oder Hoffesten, der Aufbau von Nachbarschaftstreffs oder Selbsthilfegruppen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Wie der Verfügungsfonds richtet sich auch der Aktionsfonds sowohl an lokale Institutionen aller Art als auch an Bewohner, Bewohnergruppen, Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer und andere natürliche Personen.

Den Vorgaben des Landes Brandenburg entsprechend ist die Fördersumme auf maximal 250 € je Projekt und 2.500 € pro Jahr begrenzt. Anders als beim Verfügungsfonds können jedoch bis zu 100 Prozent der förderfähigen Kosten erstattet werden. Von Seiten des LBV liegt bereits eine Bestätigung für den Zeitraum 2015-2017 vor. Die maximale Fördersumme beträgt damit insgesamt 7.500 €.

Wie der Verfügungsfonds war auch der Aktionsfonds bislang Teil des sogenannten Quartiersfonds. Bis auf die formale Trennung der beiden Fonds sind keine weiteren Änderungen vorgesehen.

Nr. 4.6 Öffentlichkeitsarbeit

Eine umfassende und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit ist für die Erreichung der Programmziele von großer Bedeutung. Die vielfältigen Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit waren und sind ein wichtiges Instrument zur Information über den Stand der verschiedenen Projekte, zur Aktivierung, Vernetzung und Beteiligung der Bewohner und lokalen Akteure sowie zur Stärkung der Identifikation mit dem Quartier und seines Images.

An die Erfolge der bisherigen Programmumsetzung soll in den kommenden Jahren angeknüpft werden. Dafür stehen – zunächst für den Zeitraum 2015-2017 – Fördermittel in Höhe von etwa 10.000 € pro Jahr zur Verfügung.

Geplant sind u.a. folgende Maßnahmen:

- Aktualisierung des Familienwegweisers, ggf. Zusammenführung mit dem „Hilfelotsen Frankfurt (Oder)“

- Überarbeitung der Internetseite des Quartiersmanagements, u.a. zur Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit und der Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger
- Entwurf und Druck von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit
- Erstellung und Druck der Quartierszeitschrift
- Druck der vorliegenden Broschüre des Sport- und Gesundheitszentrums zum Thema Sport in der Kita.

Die Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit können in mehrfacher Hinsicht zur Verstärkung des bisher Erreichten beitragen. Mit den erarbeiteten Materialien stehen die darin aufbereiteten Informationen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Die beworbenen Angebote werden im Quartier bekannt und die Zielgruppen fragen sie nach. Auch Mitarbeiter der Verwaltung und lokaler Institutionen nutzen die Informationen für ihre Arbeit. Die einmal erarbeiteten Materialien können bei Bedarf fortlaufend aktualisiert und digital verbreitet werden. Die Internetseiten stehen nach einer einmaligen Überarbeitung (zzgl. der laufenden Aktualisierung) dauerhaft zur Verfügung. Kenntnisse und Fertigkeiten, die die Akteure im Zuge ihrer Mitwirkung (z.B. an der Quartierszeitschrift) erworben haben, können für weitere Beteiligungsprojekte genutzt werden. Bei Materialien der Öffentlichkeitsarbeit, die sich in der Frankfurter Bevölkerung als viel genutztes und nachgefragtes Medium etablieren, könnten mittelfristig anderweitige Finanzierungsquellen (lokale Wirtschaft, Verkauf) geprüft werden.

5.8 Organisationsstruktur

Wie im Rahmen der Evaluierung dargestellt, hat sich die bisherige Organisationsstruktur größtenteils bewährt (vgl. Abschnitt 0). Dementsprechend kann die bisherige Unterteilung in drei kommunizierende Ebenen – Entscheidung, Steuerung, Durchführung – beibehalten werden. Auch an der Struktur und den Akteuren der Entscheidungs- und der Durchführungsebene sind keine Veränderungen notwendig.

Gestraft werden soll hingegen die Steuerungsebene. Wie beschrieben, hat sich die AG Soziale Stadt als zentrales Steuerungs- und Koordinierungsgremium bewährt. Um dem Anspruch des integrierten Denkens und Handelns noch besser gerecht zu werden, soll der Kern der Arbeitsgruppe jedoch dauerhaft um einen Vertreter der WOWI erweitert werden. Vor allem deren Bereich Sozialmanagement / Quartiersbetreuung verfügt über vielfältige Kontakte und Wissen über Prozesse der (sozialen) Stadtteilentwicklung und leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Analyse der Handlungsbedarfe sowie zur Ableitung von Strategien und Projekten. Als zweites Wohnungsunternehmen mit größeren Beständen in der Gebietskulisse könnte ggf. auch die WohnBau einen Vertreter in die Arbeitsgruppe entsenden.

Um die AG Soziale Stadt für Einschätzungen und Impulse von außen zu öffnen, sollen die Beratungen nach Bedarf bestimmten Schwerpunktthemen gewidmet sein. Dementsprechend wird der Teilnehmerkreis um Experten aus dem jeweiligen Bereich erweitert.

Um trotz zukünftig schlanker Organisationsstrukturen dem hohen Anspruch des Programms an Information, Aktivierung, Transparenz und Beteiligung gerecht zu werden, sollen die Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Priorität hat hier die Neugestaltung und ggf. funktionale Erweiterung der Internetpräsenz www.wir-im-quartier-ffo.de.

5.9 Begleitendes Monitoring

Die systematische Beobachtung und Analyse der Entwicklung eines Gebiets anhand bestimmter Indikatoren wird als Monitoring bezeichnet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind u.a. für die Identifizierung von Problemlagen, die Fortschreibung eines IEK und die Entwicklung von Verstetigungsansätzen nach Auslaufen einer Förderung von Bedeutung.⁹⁴ Darüber hinaus sind seit 2013 alle Kommunen, die Zuwendungen aus den Programmen der Städtebauförderung erhalten, zur Teilnahme an einem elektronischen Monitoring für die entsprechenden Gesamtmaßnahmen verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund ist die Festlegung von Indikatoren notwendig, die für eine fortlaufende Beobachtung und Analyse der Entwicklung der Gebietskulisse sinnvoll und zugleich verfügbar und / oder für das elektronische Monitoring ohnehin verpflichtend sind. In der nachfolgenden Übersicht sind insgesamt 30 Indikatoren zusammengestellt, die die genannten Kriterien erfüllen. Davon lassen sich 22 den vier Handlungsfeldern zuordnen, die restlichen 8 haben übergreifenden Charakter. Die entsprechenden Daten stehen – meist auf kommunaler Ebene – für alle Indikatoren mit Ausnahme des Gewerberaumleerstandes zur Verfügung. Für die jährliche Fortschreibung der Daten zur Entwicklung der Gebietskulisse – in der Regel zum 31.12. eines Jahres – bietet sich der 30.06. des Folgejahres an. Zu diesem Zeitpunkt sind auch die Daten zum elektronischen Monitoring einzureichen.

⁹⁴ Vgl. BMVBS / BBSR (Hrsg.): Soziale Stadt – Arbeitshilfe Monitoring. Berlin / Bonn 2009.

Tabelle 14: Übersicht der Indikatoren für das begleitende Monitoring

HF	Indikator	Analyseebene	Quelle
1	Anzahl / Quote der Arbeitslosen insgesamt	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Quote der Arbeitslosen unter 25 Jahre	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Quote der Arbeitslosen über 54 Jahre	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Quote der Langzeitarbeitslosen	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Quote der arbeitslosen Ausländer ⁹⁵	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Quote der Empfänger von Leistungen nach SGB II	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Kinderarmutsquote	Gesamtstadt	LASV
	Anzahl / Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Größe leerstehender Gewerbraumeinheiten im EG	SoSt / Ges.stadt	N.N.
2	Anzahl der Fälle im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung	Gesamtstadt	Amt f. Jug. u. Soz.
	Anzahl / Quote der Teilnehmer an der Sprachförderung (Kinder im Einschulungsalter)	SoSt / Ges.stadt	Amt f. Jug. u. Soz.
	Sozialstatus von Familien mit Einschülern	Gesamtstadt	Ges.amt
	Medizinisch relevante Befunde bei Einschülern	Gesamtstadt	Ges.amt
3	Anzahl / Fläche der aufgewerteten / neu errichteten Einrichtungen der sozialen Infrastruktur	SoSt	Bauamt
	Anzahl / Fläche der aufgewerteten / neu geschaffenen Flächen im öffentlichen / halböffentlichen Raum ⁹⁶	SoSt	Bauamt
	Anzahl / Fläche leerstehender Gebäude oder Brachflächen	SoSt	Bauamt
	Umfang von Ordnungsmaßnahmen ⁹⁷	SoSt	Bauamt
	Auslastung der Einrichtungen der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung	SoSt / Ges.stadt	Amt f. Jug. u. Soz.
	Anzahl der Schüler an den Schulen in der Gebietskulissee	SoSt	Schulamt
4	Anzahl der VF-geförderten Projekte und Fördermitteleinsatz	SoSt	QM
	Anzahl der AF-geförderten Projekte und Fördermitteleinsatz	SoSt	QM
	Anzahl der Beteiligungs- und Informationsveranstaltungen mit Bezug zur Gebietskulissee und Teilnehmerzahl	SoSt	QM
übergreifend	Anzahl der Einwohner nach Altersgruppen ⁹⁸	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Größe ⁹⁹ der Haushalte	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anteil der Ausländer / Menschen mit Migrationshintergrund	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl der Zu- und Fortzüge	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl der Wohngebäude	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Größe ¹⁰⁰ der Wohneinheiten	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Sanierungsgrad der Gebäude	SoSt / Ges.stadt	KSt
	Anzahl / Größe ¹⁰¹ der leerstehenden Wohnungen	SoSt / Ges.stadt	KSt

Quelle: eigene Darstellung.

⁹⁵ Daten zur Arbeitslosigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht verfügbar.

⁹⁶ Unterteilt nach Straßen, Wegen, Plätzen, Spiel- und Sportflächen, Grünflächen.

⁹⁷ Unterteilt nach sanierten Altlastenflächen, Entsiegelungen und neu angelegten Flächen für öffentliche / private Nachnutzungen.

⁹⁸ Altersgruppen laut KSt: 0-17, 18-29, 30-44, 45-64, 65 Jahre und älter. Altersgruppen laut eMo: 0-5, 6-14, 15-17, 18-24, 25-64, 65-74, 75 Jahre und älter.

⁹⁹ Anzahl der Zimmer.

¹⁰⁰ Anzahl der Zimmer.

¹⁰¹ Anzahl der Zimmer.

5.10 Verstetigung

Seit einigen Jahren sind die an den Programmen der Städtebauförderung teilnehmenden Kommunen verstärkt dazu aufgefordert, frühzeitig Überlegungen anzustellen, wie die erfolgreichen Bemühungen im Rahmen der Programmumsetzung nach Auslaufen der Förderung gesichert und fortgeführt werden können. Für ein Programm wie die Soziale Stadt, in dem zum einen den nicht-baulichen Maßnahmen und zum anderen dem integrierten, ressortübergreifenden Denken und Handeln eine zentrale Bedeutung zukommt, gilt dies in besonderem Maße.

Mittelfristig könnte ein Verstetigungskonzept entsprechende Antworten liefern. Bis dahin sollen – neben den auf der Projektebene bereits enthaltenen Überlegungen – die nachfolgenden Stichworte erste Ansätze zum Ausdruck bringen:

- Ausbau der ressortübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, insbesondere zwischen dem Bauamt, dem Amt für Jugend und Soziales, dem Gesundheitsamt, der Wirtschaftsförderung, dem Stadtmarketing, Schulamt, Integrationsbeauftragte etc.);
- Überführung des Quartiersmanagements in reguläre Strukturen mit Hilfe privater Partner und der Unterstützung der entstandenen lokalen Netzwerke;
- Gewinnung weiterer privater Partner für konkrete Projekte zur Verbesserung der individuellen Lebensbedingungen und Teilhabechancen sowie zur Förderung der lokalen Ökonomie und des sozialen Zusammenhaltes (Kammern, Krankenkassen, Unternehmen, Wohnungsunternehmen und weitere Immobilieneigentümer, Arbeitsagentur / Jobcenter / Jugendberufsagentur etc.).

6 Verzeichnisse

6.1 Abbildungen

ABBILDUNG 1: ANZAHL DER EINWOHNER MIT HAUPTWOHNSITZ IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE - GESAMTSTADT 2007-2013	13
ABBILDUNG 2: ANZAHL DER GEBURTEN UND STERBEFÄLLE IN DER GEBIETSKULISSE 2011-2013	14
ABBILDUNG 3: ANZAHL DER GEBURTEN UND STERBEFÄLLE IN DER GESAMTSTADT 2011-2013	14
ABBILDUNG 4: ANZAHL DER ZU- UND FORTZÜGE IN DIE / AUS DER GEBIETSKULISSE 2011-2013.....	15
ABBILDUNG 5: ANZAHL DER ZU- UND FORTZÜGE IN DIE / AUS DER GESAMTSTADT 2009-2013.....	15
ABBILDUNG 6: ANZAHL DER EINWOHNER MIT HAUPTWOHNSITZ NACH ALTERSGRUPPEN IN DER GEBIETSKULISSE 2007-2013	16
ABBILDUNG 7: ANZAHL DER EINWOHNER MIT HAUPTWOHNSITZ NACH ALTERSGRUPPEN IN DER GESAMTSTADT 2007-2013.....	17
ABBILDUNG 8: ANTEIL DER AUSLÄNDER MIT HAUPTWOHNSITZ IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE - GESAMTSTADT 2007-2013.....	18
ABBILDUNG 9: HAUSHALTSGRÖßEN IN DER GEBIETSKULISSE 2011-2013	20
ABBILDUNG 10: HAUSHALTSGRÖßEN IN DER GESAMTSTADT 2011-2013	20
ABBILDUNG 11: BESCHÄFTIGUNGSQUOTE IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE – GESAMTSTADT 2009-2013	22
ABBILDUNG 12: ANZAHL DER AUSZUBILDENDEN IN DER GESAMTSTADT 2007-2013	23
ABBILDUNG 13: ARBEITSLOSENQUOTE IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE – GESAMTSTADT 2009-2013	25
ABBILDUNG 14: ANZAHL DER ARBEITSLOSEN UNTER 25 JAHRE NACH SGB II IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE - GESAMTSTADT 2009-2013	26
ABBILDUNG 15: ANZAHL DER LANGZEITARBEITSLOSEN NACH SGB II IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE - GESAMTSTADT 2009-2013 (OHNE 2011)	27
ABBILDUNG 16: ANZAHL DER ERWERBSFÄHIGEN UND NICHT ERWERBSFÄHIGEN LEISTUNGSEMPFÄNGER NACH SGB II IN DER GEBIETSKULISSE 2009-2013	28
ABBILDUNG 17: ANZAHL DER ERWERBSFÄHIGEN UND NICHT ERWERBSFÄHIGEN LEISTUNGSEMPFÄNGER NACH SGB II IN DER GESAMTSTADT 2009-2013	28
ABBILDUNG 18: QUOTE DER LEISTUNGSEMPFÄNGER NACH SGB II IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE - GESAMTSTADT 2009-2013	29
ABBILDUNG 19: ANZAHL DER ALLEINERZIEHENDEN LEISTUNGSEMPFÄNGER NACH SGB II IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE - GESAMTSTADT 2009-2013.....	30
ABBILDUNG 20: ANTEIL DER NICHT ERWERBSFÄHIGEN HILFEBEDÜRFTIGEN UNTER 15 JAHRE (KINDERARMUTSQUOTE) IM VERGLEICH DER KREISFREIEN STÄDTE IM LAND BRANDENBURG 2008-2013	31
ABBILDUNG 21: KAPAZITÄTEN DER KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN UND ANZAHL DER BETREUTEN KINDER IN DER GEBIETSKULISSE 2011-2014	33
ABBILDUNG 22: KAPAZITÄTEN DER KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN UND ANZAHL DER BETREUTEN KINDER IN DER GESAMTSTADT 2011-2014	34
ABBILDUNG 23: ANZAHL DER BETREUTEN FÄLLE IM BEREICH DER ERZIEHUNGS- UND FAMILIENBERATUNG IN DER GESAMTSTADT 2007-2014.....	35
ABBILDUNG 24: ANZAHL DER TEILNEHMER AM KINDERSPRACHTEST UND AN DER SPRACHFÖRDERUNG IN DER GEBIETSKULISSE 2010/11-2013/14	35
ABBILDUNG 25: ANZAHL DER TEILNEHMER AM KINDERSPRACHTEST UND AN DER SPRACHFÖRDERUNG IN DER GESAMTSTADT 2010/11-2013/14	36
ABBILDUNG 26: ANTEIL DER TEILNEHMER AN DER SPRACHFÖRDERUNG IM VERGLEICH GEBIETSKULISSE – GESAMTSTADT 2010/11-2013/14	36

ABBILDUNG 27: ENTWICKLUNG DER SCHÜLERZAHLEN NACH SCHULSTUFEN IN DER GESAMTSTADT 2007/08-2012/13	37
ABBILDUNG 28: ANTEIL DER EINSCHÜLER AUS FAMILIEN MIT NIEDRIGEM SOZIALSTATUS IM VERGLEICH DER KREISFREIEN STÄDTE IM LAND BRANDENBURG 2009-2013 (OHNE 2011)	38
ABBILDUNG 29: ANZAHL UND GRÖÖE DER WOHNUNGEN IN DER GEBIETSKULISSE 2011-2013.....	41
ABBILDUNG 30: ANZAHL UND GRÖÖE DER WOHNUNGEN IN DER GESAMTSTADT 2011-2013	41
ABBILDUNG 31: ANZAHL UND GRÖÖE DER LEERSTEHENDEN WOHNUNGEN IN DER GEBIETSKULISSE 2011-2013	43
ABBILDUNG 32: ANZAHL UND GRÖÖE DER LEERSTEHENDEN WOHNUNGEN IN DER GESAMTSTADT 2011-2013	43

6.2 Tabellen

TABELLE 1: ÜBERSICHT DER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE AUS DER ANALYSE DER STATISTISCHEN DATEN	45
TABELLE 2: UMSETZUNGSSTAND DER GEPLANTEN PROJEKTE 2008-2014.....	47
TABELLE 3: FÖRDERMITTELEINSATZ FÜR UMGESETZTE / FORTLAUFENDE PROJEKTE 2008-2014.....	47
TABELLE 4: ÜBERSICHT DER UMGESETZTEN / FORTLAUFENDEN PROJEKTE 2008-2014.....	48
TABELLE 5: ÜBERSICHT DER NICHT UMGESETZTEN PROJEKTE 2008-2014.....	49
TABELLE 6: BEWERTUNG DER UMGESETZTEN PROJEKTE IM HANDLUNGSFELD 1	55
TABELLE 7: BEWERTUNG DER UMGESETZTEN PROJEKTE IM HANDLUNGSFELD 2.....	62
TABELLE 8: BEWERTUNG DER UMGESETZTEN PROJEKTE IM HANDLUNGSFELD 3.....	69
TABELLE 9: BEWERTUNG DER UMGESETZTEN PROJEKTE IM HANDLUNGSFELD 4.....	75
TABELLE 10: ÜBERSICHT DER ERFOLGREICHSTEN PROJEKTE 2008-2014 IN BEZUG AUF DEREN BEITRAG ZUR ERREICHUNG DER PROJEKTÜBERGREIFENDEN ZIELE.....	77
TABELLE 11: ÜBERSICHT DER PROJEKTÜBERGREIFENDEN ZIELE MIT DEN GRÖÖSTEN FORTSCHRITTEN	78
TABELLE 12: FÖRDERMITTELBEDARF FÜR DIE GEPLANTEN / FORTLAUFENDEN PROJEKTE 2015-2020	83
TABELLE 13: ÜBERSICHT DER GEPLANTEN / FORTLAUFENDEN PROJEKTE 2015-2020	84
TABELLE 14: ÜBERSICHT DER INDIKATOREN FÜR DAS BEGLEITENDE MONITORING	109

6.4 Abkürzungen

ALG	Arbeitslosengeld
Amt f. Jug. u. Soz.	Amt für Jugend und Soziales
ARLE	Arbeiten und Leben in historischen Gebäuden gemeinnützige GmbH
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BA	Bauabschnitt
BauGB	Baugesetzbuch
BIWAQ	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier
CVJM	Christlicher Verein Junger Menschen
DAA	Deutsche Angestelltenakademie
DSK	Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
eMo	Elektronisches Monitoring
EU	Europäische Union
EUV	Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
FALI	Frankfurter Arbeitsloseninitiative e.V.
Ges.amt	Gesundheitsamt
GS	Grundschule
HF	Handlungsfeld
IEK	Integriertes Entwicklungskonzept
IGIS	Interessengemeinschaft Innenstadt
IHK	Integriertes Handlungskonzept
INSEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
JBA	Jugendberufsagentur
KEK	Kinder-Eltern-Kompetenzzentrum
KoFi	Kosten- und Finanzierungsübersicht
KSt	Kommunale Statistikstelle
LBV	Landesamt für Bauen und Verkehr
MAE	(Arbeitsgelegenheit mit) Mehraufwandsentschädigung
MGH	Mehrgenerationenhaus
MIL	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
OB	Oberbürgermeister
OS	Oberschule
OSZ	Oberstufenzentrum
QM	Quartiersmanagement
RAA Brandenburg	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie
RSI	Rückführung sozialer Infrastruktur (Teilprogramm im Stadtumbau Ost)
SGB	Sozialgesetzbuch
SGZ	Sport- und Gesundheitszentrum
SMOK	Ślubiczer Stadtkulturzentrum
SPI	Stiftung SPI
SVV	Stadtverordnetenversammlung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
WOWI	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UPL	Umsetzungsplan
ÜAZ	Überbetriebliches Ausbildungszentrum des Berufsförderungswerks des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg e.V.

6.6 Quellen

- BMVBS / BBSR (Hrsg.): Soziale Stadt – Arbeitshilfe Monitoring. Berlin / Bonn 2009.
- Dr. Lademann & Partner: Potenzialanalyse des Einzelhandels in Frankfurt (Oder) und Słubice. Ergebnispräsentation vom 17.09.2012.
- Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg: Brandenburger Sozialindikatoren 2011, 2012, 2013, 2014.
- Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft: Städtebauförderungsrichtlinie 2009, Fortschreibung 2012.
- Stadt Frankfurt (Oder): Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt 2008.
- Frankfurt-Słubicer Handlungsplan 2010-2020.
- Stadt Frankfurt (Oder): Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2013.
- Stadt Frankfurt (Oder): Diverse Konzepte der Jugendhilfeplanung (Jugendförderplan, Kindertagesbetreuungsplanung, Konzeption Familienförderung).
- Stadt Frankfurt (Oder): Bericht über Kinder in besonderen Problemlagen aus Perspektive der Jugendhilfe (Kinderarmutsbericht), 2. Fortschreibung 2012.
- Stadt Frankfurt (Oder): Schulentwicklungsplanung 2013-2018.
- Stadt Frankfurt (Oder): Situation der Flüchtlinge in der Stadt Frankfurt (Oder). Präsentation vom 09.04.2015.
- Vereinbarung zwischen dem Land Brandenburg, der Stadt Frankfurt (Oder) und der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH zur Fortführung des Stadtumbaus 2014-2018.

7 Anlagen

- Kosten- und Finanzierungsübersicht
- Karte der umgesetzten / laufenden Projekte 2008-2014
- Karte der geplanten / fortlaufenden Projekte 2015-2020